



# Landtag von Baden-Württemberg

84. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 3. Februar 2010 • Haus des Landtags

Beginn: 10:02 Uhr

Mittagspause: 12:27 bis 13:31 Uhr

Schluss: 14:57 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	6015	Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP . . . . .	6034
		Minister Heribert Rech. . . . .	6035
Umbesetzung bei den Schriftführern . . . . .	6015	Beschluss . . . . .	6040
<b>Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2010/11 (Staatshaushaltsgesetz 2010/11 – StHG 2010/11)</b>			
<b>a) Einzelplan 01: Landtag</b>			
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5701 . . . . .	6015		
Abg. Joachim Kößler CDU . . . . .	6015		
Abg. Reinhold Gall SPD . . . . .	6016		
Abg. Theresia Bauer GRÜNE . . . . .	6018		
Abg. Hagen Kluck FDP/DVP . . . . .	6019		
Beschluss . . . . .	6020		
<b>b) Einzelplan 03: Innenministerium</b>			
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5703 . . . . .	6020		
Abg. Hans Heinz CDU . . . . .	6020		
Abg. Reinhold Gall SPD . . . . .	6023		
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE . . . . .	6026		
Abg. Hagen Kluck FDP/DVP . . . . .	6028		
Abg. Nicole Razavi CDU . . . . .	6029		
Abg. Hans-Martin Haller SPD . . . . .	6031		
Abg. Werner Wölfl GRÜNE . . . . .	6032		
		<b>c) Einzelplan 05: Justizministerium</b>	
		Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5705 . . . . .	6042
		Abg. Bernd Hitzler CDU . . . . .	6042
		Abg. Rainer Stickelberger SPD . . . . .	6043
		Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE . . . . .	6045
		Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP . . . . .	6047
		Minister Dr. Ulrich Goll . . . . .	6050
		Beschluss . . . . .	6054
		<b>d) Einzelplan 11: Rechnungshof</b>	
		Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5711 . . . . .	6054
		Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU . . . . .	6054
		Abg. Ingo Rust SPD . . . . .	6055
		Abg. Eugen Schlachter GRÜNE . . . . .	6056
		Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP . . . . .	6057
		Beschluss . . . . .	6058
		Nächste Sitzung . . . . .	6058
		Anlage	
		Vorschlag der Fraktion GRÜNE – Umbesetzung bei den Schriftführern . . . . .	6059

## Protokoll

über die 84. Sitzung vom 3. Februar 2010

Beginn: 10:02 Uhr

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 84. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Gespräche einzustellen.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Dr. Splett erteilt.

Krankgemeldet sind Frau Abg. Dr. Unold sowie die Herren Abg. Kaufmann und Kretschmann.

Aus dienstlichen Gründen hat sich heute Herr Ministerpräsident Oettinger entschuldigt.

Dienstlich verhindert ist Herr Staatssekretär Drautz.

Aufgrund der Verhinderung des Ministerpräsidenten haben die Fraktionen gestern Nachmittag vereinbart, die ursprünglich für heute vorgesehene Beratung des Einzelplans 02 – Staatsministerium – auf morgen zu verschieben und stattdessen heute mit dem Einzelplan 01 – Landtag – die Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans zu beginnen.

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion GRÜNE für eine Umbesetzung bei den Schriftführern (*Anlage*). – Ich stelle fest, dass Sie der vorgeschlagenen Umbesetzung zustimmen.

Wir treten dann in die Tagesordnung ein.

Ich rufe den **einzigen Punkt** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2010/11 (Staatshaushaltsgesetz 2010/11 – StHG 2010/11)**

Wir kommen zunächst zum **Buchstaben a:**

**Einzelplan 01: Landtag**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5701**

**Berichterstatter: Abg. Joachim Kößler**

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 01 eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kößler.

**Abg. Joachim Kößler** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Gesamthaushalt des Landtags beläuft sich im Jahr 2010 auf 51,8 Millionen € und im Jahr

2011 auf 61,3 Millionen €. Der Anteil des Einzelplans 01 am Gesamtetat des Landes liegt damit auch weiterhin unter 2 Promille.

Im Vergleich zu den Ansätzen des Jahres 2009 erhöhen sich die Ausgaben im Jahr 2010 um gut 5 % und im Jahr 2011 gar um 24 %. Wesentliche Ursachen sind die gestiegenen Ausgaben für Personal. Sie erhöhen sich im Jahr 2010 um 2 % auf 38,2 Millionen €. Im Jahr 2011 schlagen die mit der Parlamentsreform einhergehenden Steigerungen mit gut 26 % durch und erhöhen die Personalausgaben auf 47,4 Millionen €.

Hauptsächlich handelt es sich dabei um Änderungen der Altersversorgung; sie machen 4,3 Millionen € aus. Die Anhebung der Diäten auf das Niveau eines Vollzeitparlaments macht mit 1,8 Millionen € ebenfalls einen erheblichen Betrag aus. Die Erhöhung der Mitarbeiterentschädigung schlägt mit 2,3 Millionen € zu Buche.

Von der Umgestaltung der Altersversorgung der Abgeordneten, von der in der laufenden Periode 50 Abgeordnete betroffen sind, geht in den kommenden Jahren zwar eine Mehrbelastung aus; sie wird in der Zukunft jedoch zu Entlastungen führen, und zwar ab dem Jahr 2017. Die Entlastungswirkung wird so lange fortgesetzt, bis der letzte Abgeordnete, für den noch die alte Regelung gilt, das Parlament verlässt. Das heißt, danach wird der Haushalt des Landtags von Altersversorgungsausgaben der bisherigen Form frei sein.

Insgesamt wird der Haushalt des Landtags natürlich stark von den Personalkosten dominiert. Über 70 % des Haushaltsansatzes sind Personalausgaben. Gut die Hälfte davon sind Ausgaben und Aufwendungen für Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und deren Hinterbliebene. Die zweite Hälfte wird für die eigentliche Landtagsverwaltung sowie für den parlamentarischen Beratungsdienst gebraucht. Insgesamt handelt es sich derzeit um 171 Mitarbeiter, davon 132 in der eigentlichen Landtagsverwaltung und 37 im Parlamentarischen Beratungsdienst sowie zwei Fahrer der Fraktionen.

Lassen Sie mich etwas ausführlicher auf die zusätzlichen Stellen eingehen, insbesondere in der Landtagsverwaltung und im Parlamentarischen Beratungsdienst. Durch die Parlamentsreform sind die Anforderungen an den Mitarbeiterstab des Landtags und des Parlamentarischen Beratungsdiensts erheblich gestiegen. Hierzu will ich einfach ein paar Daten nennen.

Bis zum Ende der Legislaturperiode wird im Vergleich zur vorangegangenen Periode die Zahl der Drucksachen um rund 50 % steigen, die der selbstständigen Anträge um 30 % und die der Kleinen Anfragen um nahezu 100 %. Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt der zusätzlichen Aufgaben. Weitere Aufga-

(Joachim Kößler)

ben kommen hinzu, die die Landtagsverwaltung zu bewältigen hat, und zwar erstens die Prozessänderung im Hinblick auf die Altersversorgung – hier müssen zukünftig zwei Systeme gleichzeitig betrieben werden – und zweitens die aufwandsbezogene Abrechnung der Fahrtkosten, die wir in Zukunft machen müssen.

Die Stellenausweitung beim Parlamentarischen Beratungsdienst der Fraktionen hat ebenfalls ihre Begründung im Hinblick auf das Vollzeitparlament. Erhöhte Anforderungen an die einzelnen Abgeordneten erfordern eine höhere Beratungskapazität. Von Lothar Späth stammt das folgende Zitat:

*Es gibt Politiker, die meinen, von nichts etwas verstehen zu müssen, weil man nur so unbefangen über alles Mögliche reden könne.*

Wir wollen das natürlich nicht. Wir wollen Abgeordnete, die wissen, wovon sie reden. Wir wollen ein Parlament sein, das die Regierung effizient kontrolliert, sachkundige Kritik übt, fachkundige Anfragen stellt und Alternativen zu Regierungsvorschlägen erarbeiten kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der Grünen)

Daher geht es bei der Stellenausweitung nicht um übertriebene Personalausstattung. Es geht um vernünftige und sachgerechte Beraterkapazität.

Lassen Sie mich noch wenige Sätze zu den Sachausgaben sagen. Die Sachausgaben des Landtags erhöhen sich moderat auf 12,1 Millionen € im Jahr 2010 und auf 12,4 Millionen € im Jahr 2011. Hierbei schlagen die Zuschüsse an die Fraktionen mit 60 % zu Buche.

Meine Damen und Herren, trotz aller Ausgabesteigerungen kann man feststellen, dass unser Parlament neben dem Landtag von Nordrhein-Westfalen die kostengünstigste Volksvertretung aller Bundesländer ist. Der Landtag von Baden-Württemberg kostet jeden Einwohner des Landes im Jahr 2010 umgerechnet 4,80 € und im Jahr 2011 aufgrund der dargelegten Ausgabehöhen 5,70 €.

In anderen Flächenstaaten liegen die Ausgaben pro Kopf bedeutend höher. In Niedersachsen und in Bayern betragen sie 6 € pro Einwohner. Rheinland-Pfalz liegt bei den Ausgaben pro Kopf mit 8,65 € um 50 % höher als Baden-Württemberg.

Auch hinsichtlich der Relation zwischen Mitarbeitern und Abgeordneten zeigt sich, dass wir ein effizientes und zugleich kostenbewusstes Parlament sind. Auf einen Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg kommt ein Mitarbeiter der Landtagsverwaltung. In Bayern beträgt dieses Verhältnis 1 : 1,2 und in Niedersachsen 1 : 1,5.

Dass die Zahl der Abgeordneten in unserem Landtag angemessen und nicht, wie manchmal behauptet wird, zu hoch ist, lässt sich anhand der Relation zwischen Einwohnerzahl und Abgeordnetenzahl ablesen. In Baden-Württemberg kommen auf einen Abgeordneten 77 300 Einwohner. In Bayern sind es 66 900 und in Rheinland-Pfalz sogar nur 40 000 Einwohner.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ein Abgeordneter des Landtags von Baden-Württemberg im Durchschnitt weit mehr

Einwohner vertritt, als dies bei Abgeordneten in anderen Landesparlamenten der Fall ist, und dies bei bedeutend geringeren Kosten.

Ich möchte Ihnen, Herr Präsident – ich glaube, dabei spreche ich im Namen aller –, unseren Dank

(Abg. Walter Heiler SPD: Er hört gar nicht zu!)

für gute Betreuung und Unterstützung sagen. Bitte übermitteln Sie diesen Dank dem Direktor des Landtags

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Er hört das gerade selbst! Da hinten sitzt er! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Den Dienstweg muss man schon einhalten!)

sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung. Danken möchte ich insbesondere dem Besucherdienst. Seine Tätigkeit ist politische Bildung, insbesondere auch für Jugendliche. Vielen Bürgerinnen und Bürgern und darunter auch vielen Jugendlichen wird beim Besuch des Landtags erst richtig bewusst, was wir hier eigentlich tun.

Lassen Sie mich zum Schluss einige persönliche Bemerkungen machen. Ich zitiere § 7 Abs. 1 der Arbeitsstättenverordnung:

*Arbeits-, Pausen-, Bereitschafts-, Liege- und Sanitätsräume müssen eine Sichtverbindung nach außen haben.*

Hierzu als Ergänzung noch ein Kommentar aus einer Abhandlung über die Arbeitsplatzgestaltung: Besseres Licht ist gleich bessere Arbeit. Die Überlegung dahin gehend überlasse ich Ihnen. Denken Sie darüber nach.

(Abg. Stephan Braun SPD: Das haben wir jetzt nicht verstanden! – Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Ich denke, dass wir mittel- bis langfristig zu Ergebnissen kommen sollten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Guter Mann!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Gall.

**Abg. Reinhold Gall SPD:** Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Wenn man das Gesamtvolumen des Einzelplans 01 – Landtag – betrachtet, dann könnte man auch zu dem Ergebnis kommen, es lohne sich gar nicht groß, darüber hier im Parlament zu diskutieren. Das Gegenteil aber – das will ich ausdrücklich sagen – ist der Fall. Denn gerade auch dieser Haushalt oder zumindest einzelne Titel des Einzelplans 01 geben immer wieder Anlass zu öffentlichen Diskussionen, auch deshalb, weil es immer Kreise gibt, die ein hohes Interesse daran haben, beim Thema Diäten, insbesondere mit Bezug auf Diätenerhöhungen oder auf die finanzielle Ausstattung von Fraktionen, öffentliche Brisanz herzustellen, während andere Themen, etwa die räumliche und sächliche Ausstattung von Fraktionen, die Arbeitsbedingungen für Mit-

(Reinhold Gall)

arbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch für Abgeordnete und für Medienvertreter, oder die situativen Voraussetzungen für Besuchergruppen eher eine untergeordnete Rolle in der öffentlichen Diskussion spielen.

Herr Kollege Köbler, Sie haben es in Promille ausgedrückt. Ich will es einmal in Prozent ausdrücken. Gerade einmal 0,14 % des Gesamthaushalts im Jahr 2010 bzw. 0,17 % im Jahr 2011 wenden wir für die Arbeit des Landtags auf, um dem nachzukommen, was die Landesverfassung uns aufgibt, nämlich die gesetzgebende Gewalt auszuüben und die ausführende Gewalt zu überwachen.

In nachvollziehbaren Zahlen ausgedrückt heißt dies, dass jede Bürgerin und jeder Bürger des Landes Baden-Württemberg nicht einmal 5 € pro Jahr ausgeben, um den Parlamentsbetrieb aufrechtzuerhalten, damit wir unserem Verfassungsauftrag gerecht werden können. Das sind, wie ich immer wieder gerne sage, die Demokratiekosten für das Land Baden-Württemberg.

Demokratie ist vielleicht – wie Helmut Schmidt einmal gesagt hat – zwar die langsamste aller Regierungsformen, aber sie ist, wie ich meine, nach wie vor die beste und gleichzeitig natürlich auch eine außerordentlich kostengünstige Regierungsform. Kostengünstig – das haben Sie gesagt, Herr Kollege Köbler – sind wir im Vergleich mit anderen Bundesländern allemal. Es darf aber durchaus einmal die Frage gestellt werden, ob es denn ein Wert an sich ist, immer das billigste Parlament zu sein. Ein Qualitätsmerkmal scheint mir dies ohnehin nicht zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Gleichwohl bewegen wir uns im Vergleich mit anderen Bundesländern am unteren Ende der Ausgabeskala.

Der Rechnungshof hat dies als Resultat seiner Prüfungen immer wieder bestätigt. Er hat dem Parlament, den Fraktionen und der Landtagsverwaltung immer wieder bestätigt, dass überwiegend sorgfältig mit den öffentlichen Mitteln umgegangen wird. Meine Damen und Herren, werde Kolleginnen und Kollegen, ein solches Prüfungsergebnis betrachte ich beinahe als eine Seligsprechung; denn jedes Unternehmen und jede Bank wäre froh über ein solches Ergebnis und würde sich damit brüsten.

Das haben wir auch mit dem neuen Fraktionsgesetz, das wir vor einiger Zeit in diesem Haus verabschiedet haben, unter Beweis gestellt. Durch dieses neue Fraktionsgesetz haben wir uns nicht etwa mit mehr Geld bedient, sondern wir haben dem Wandel der Zeit in der Parlamentsarbeit Rechnung getragen. Dies wurde im Übrigen auch vom Bundesverfassungsgericht attestiert.

Meine Damen und Herren, es würde – das sollte man an dieser Stelle wieder einmal betonen – an der Lebenswirklichkeit vorbeigehen, wenn wir uns als Fraktionen im Parlament nur als einen Teil der parlamentarischen Willensbildung verstünden. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger uns als unmittelbaren Adressaten der politischen Willensbildung betrachten und damit natürlich auch Erwartungen verbinden. Diese Erwartungen zu erfüllen und diese Anliegen zu berücksichtigen, das kostet letztlich aber auch Geld.

Gleichwohl haben wir uns mit den zusätzlichen Stellen im Doppelhaushalt in erster Linie für die Landtagsverwaltung starkgemacht. Das heißt im Klartext: Die vier zusätzlichen Stellen, die für den EDV-Bereich, für den Informations- und Kommunikationsbereich und für das Veranstaltungsmanagement vorgesehen sind, entlasten das Personal der Landtagsverwaltung. Die Schaffung von vier zusätzlichen Stellen, die wir für die Fraktionen – wohlgerne ab dem Jahr 2011 – vorgesehen haben, ist nichts anderem als der Umstellung auf ein Vollzeitparlament geschuldet, die zwangsläufig auch für die Fraktionen mehr Arbeit bedeutet.

Wir stehen als SPD-Fraktion hierzu und sagen: Die personelle und sächliche Ausstattung des Parlaments und der Fraktionen darf nicht weiter hinter der personellen und sächlichen Ausstattung der Regierung hinterherhinken.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, auch bei diesen Haushaltsberatungen will ich zum Schluss ein Thema ansprechen, das uns alle, meine ich, beschäftigen sollte. Der Landtag – das sind wir – stellt durch Beschlüsse – nicht nur bei den Haushaltsberatungen, wie in diesen Tagen – erhebliche Mittel im Land zur Verfügung. Logischerweise sind damit häufig auch klare politische Vorgaben und Erwartungen seitens des Parlaments verbunden, die dann von der Exekutive umzusetzen sind. Das heißt, nachgeordnete Behörden, Ämter und Beamte formulieren Kriterien, nach denen diese Mittel ausgegeben werden. Dabei verfahren sie manchmal mehr und manchmal weniger transparent. Nicht selten ernten wir als Parlamentarier die Kritik an diesen Ausführungsverordnungen.

Meine Damen und Herren, diese Problematik wurde wiederholt nicht nur von uns, von der Opposition, angesprochen, sondern auch vonseiten der Regierungsfaktionen oder gar von Ministern – sie sind im Moment allerdings gerade nicht da; ich meine z. B. Herrn Minister Hauk. Deshalb hätte ich – mit Verlaub, Herr Präsident – schon erwartet – weil wir dies, wie gesagt, nicht zum ersten Mal ansprechen –, dass Sie als Präsident dieses Thema einmal aufgreifen und darauf hinwirken, dass nach Möglichkeiten gesucht wird, wie wir als Parlament besser mitwirken können – ich spreche in diesem Fall von Mitwirkung und nicht von Mitbestimmung –, wenn es darum geht, wie Ausführungsverordnungen und Verwaltungsbestimmungen für die politischen Vorgaben, die von diesem Parlament verabschiedet werden, umgesetzt werden.

Das heißt, unsere Forderung bleibt bestehen: Es muss nach Wegen gesucht werden, Mitwirkungsmöglichkeiten bei Ausführungs- und Verwaltungsverordnungen zukünftig besser zu nutzen, damit Parlamentsentscheidungen in der Praxis auch so umgesetzt werden, wie wir es hier wollen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Im Übrigen schließen wir uns natürlich dem Dank, den Kollege Köbler den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung gegenüber zum Ausdruck gebracht hat, gern an. Wir bedanken uns für die viele Arbeit, die sie natürlich gerade auch im Rahmen der Haushaltsberatungen haben. Wir bedanken uns für die Nachsicht und die Geduld, die sie manchmal mit den Abgeordneten haben müssen.

(Reinhold Gall)

Ich signalisiere die Zustimmung der SPD-Fraktion zum Einzelplan 01.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, ich darf noch bekannt geben: Die Fraktionen haben sich darauf geeinigt, den Einzelplan 08 – Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum –, der morgen aufgerufen werden sollte, bereits – –

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Nein, die Grünen wollen nicht! – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

– Keine Einigung?

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Keine Einigung!)

– Verzeihung, dann bin ich von etwas Falschem ausgegangen.

Dann setzen wir die Beratung des Einzelplans 01 fort. Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer.

**Abg. Theresia Bauer GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine beiden Vorredner haben schon sehr detailreich aufgeführt, wie sich die Veränderungen im Einzelplan 01 – Landtag – erklären. Wir haben es da – da hilft, glaube ich, alles Drumherumreden nichts, wenn man sich die Relation des Einzelplans 01 zum Gesamthaushalt anschaut – mit einer erheblichen und auch einer ganz außergewöhnlichen Ausgabesteigerung zu tun. Ich möchte Ihnen auch in aller Deutlichkeit sagen: Wir haben es uns als Grünen-Fraktion nicht leicht gemacht, diesen Ausgabesteigerungen zuzustimmen. Wir haben ausführlich darüber beraten, und wir haben auch interfraktionell die ganze Legislaturperiode über miteinander darüber gesprochen. Es gibt gute Gründe, dass die Öffentlichkeit uns an diesem Punkt auch kritisch und sehr genau über die Schulter schaut und nachfragt, ob das, was wir tun, in diesen Zeiten gerechtfertigt ist. Immerhin verteilen wir bei Haushaltsberatungen nicht nur Geschenke, sondern notwendigerweise auch Zumutungen.

Die Grünen-Fraktion ist trotz aller Vorsicht, die wir bei diesem Thema für angemessen und für richtig halten, zu dem Ergebnis gekommen, dass diese Ausgabesteigerungen legitim und angemessen sind. Wir als Grünen-Fraktion werden deswegen dem vorgelegten Haushaltsplan zustimmen.

Ich möchte noch einmal betonen: Der Grund, warum wir das machen, ist nicht etwa, dass wir sagen: „Baden-Württemberg geht es relativ gut, wir können uns so etwas leisten; das ist uns das Parlament wert.“ Der Grund ist auch nicht, dass wir den Vergleich zu anderen Bundesländern herstellen und sagen: „Der Landtag von Baden-Württemberg ist noch immer das zweitbilligste Landesparlament.“ Mit solchen Erklärungen in diesen Zeiten – –

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nicht billig, sondern preiswert!)

– Ob günstig oder preiswert, diese Argumentation trägt nicht weit.

Der Grund dafür, dass wir diese erheblichen Ausgabesteigerungen letztendlich vertreten, ist schlicht die Überlegung, dass wir dieses Parlament verändern wollen, es auf die Herausforderungen der Demokratie besser vorbereiten wollen und es auch besser ausstatten wollen, damit sich die Arbeitsfähigkeit des Parlaments besser darstellt. Der Grund ist also, dass wir unsere Handlungs- und Arbeitsfähigkeit verbessern wollen. Deswegen brauchen wir sowohl im Bereich der Verwaltung als auch hinsichtlich der persönlichen Mitarbeiter und der Fraktionsmitarbeiter sowie letztlich auch bei der Frage der Diäten eine andere Prioritätensetzung.

Der Übergang zum Vollzeitparlament – das möchte ich auch noch einmal betonen – bedeutet nicht nur, dass sich der Umfang an parlamentarischen Vorgängen, Initiativen und Anträgen erhöht. Wir verstehen unsere Arbeit auch so, dass wir nicht nur in den parlamentarischen Gremien agieren, sondern z. B. auch die Aktivitäten hinsichtlich Veranstaltungen und Anhörungen ausweiten.

Diese Veränderungen schlagen sich schon in der laufenden Legislaturperiode nieder. Wir bekommen auch vonseiten der Verwaltung sehr deutliche Rückmeldungen, dass es einen Unterschied macht, ob man eine Anhörung mit 30 Personen durchführt oder ob das Haus hier wirklich voll ausgelastet ist, weil das öffentliche Interesse an den Veranstaltungen zugenommen hat. Wir haben in dieser Legislaturperiode – zumindest als Grüne – so starke Rückmeldungen und so viel Interesse an den Veranstaltungen wie noch nie. Wir wissen aber auch, dass das für das Personal hier im Haus nicht nebenbei zu erledigen ist, sondern auch eine zusätzliche Belastung bedeutet.

Uns ist auch bewusst, dass unsere neuen technischen Ausstattungen für die Verwaltung im Haus einen neuen Aufwand bedeuten. Der Umfang an Kommunikation, an Begleitung und Betreuung bei der technischen Infrastruktur in diesem Haus hat erheblich zugenommen. Deswegen können wir in diesem Bereich die Aufstockung von Stellen mittragen.

Dennoch sei mir an diesem Punkt noch eine kritische Bemerkung erlaubt. Ich finde, wir sind trotzdem in der Pflicht, zu prüfen, wie man auch im Vollzeitparlament Effizienzreserven heben kann. Ich bin sicher, auch da kann man in unserem Haus fündig werden. Ich möchte einfach einmal daran erinnern, dass wir schon eine Weile Abteilungsleitungsstellen nicht besetzt haben. Vielleicht kann man auf der Leitungsebene frei bleibende Stellen für eine längere Zeit frei halten oder einmal komplett streichen. Da sind wir mit den Überlegungen noch nicht am Ende, und wir sollten weiterverfolgen, dass es auch in diesem Haus Effizienzreserven gibt, die gehoben werden können.

Ich möchte mich an dieser Stelle auch dem Dank anschließen, den meine Kollegen zuvor schon ausgesprochen haben. Uns ist sehr bewusst, dass wir unsere Arbeit nur machen können, weil in diesem Haus in der Verwaltung sehr viel für die Fraktionen und für die Abgeordneten im Einzelnen geleistet wird. Wir sind auch unruhige Gemüter, kommen immer wieder kurzfristig mit Aufträgen und nehmen Menschen in Anspruch. Wir möchten uns für die Arbeit der Verwaltung ganz herzlich bedanken und wünschen uns auch in Zukunft eine gute Zusammenarbeit.

(Theresia Bauer)

Ich mache noch eine letzte Bemerkung, obwohl meine Redezeit schon abgelaufen ist: Wenn wir heute hier eine Mittelsteigerung für dieses Parlament beschließen und damit Voraussetzungen für ein handlungsfähigeres und stärkeres Parlament schaffen, dann muss uns doch bewusst sein, dass das nur die Voraussetzungen sind. In Wirklichkeit entsteht ein starkes Parlament einzig und allein durch das, was es tut und wie es agiert. Wir alle sind aufgerufen, die Arbeit des Parlaments mit Leben, mit Selbstbewusstsein und mit Stärke in der Sache zu erfüllen. Das ist durchaus eine Herausforderung.

Ich möchte diesen Haushalt heute auch als Selbstverpflichtung wahrnehmen, dass wir das Parlament auch mit einem starken parlamentarischen Leben ausstatten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kluck für die Fraktion der FDP/DVP.

**Abg. Hagen Kluck** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist gut, dass es bei der heutigen Beratung über den Etat des Landtags nicht um die Erhöhung der Abgeordnetenbezüge geht. Die Bezüge werden in diesem Jahr voraussichtlich sinken, weil wir die Kopplung mit der allgemeinen Einkommensentwicklung eingeführt haben. Dieser Automatismus ist richtig. Unsere Bezüge steigen nur dann, wenn dies auch die Einkommen der Bürgerinnen und Bürger tun. Im umgekehrten Fall sinken unsere Bezüge entsprechend.

(Unruhe)

Diese Tatsache sollte auch die letzten Kritiker dieser Neuregelung innerhalb und außerhalb dieses Hauses überzeugen. Wenn die Ausgaben für den Landtag in diesem Jahr etwas und im nächsten Jahr kräftiger in die Höhe gehen, hat das nichts mit irgendwelchen Bereicherungsabsichten raffgieriger Politiker zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Der Etat des Landtags sieht auch keine gläserne Pyramide als neuen Plenarsaal vor. Die Mehrausgaben sind einfach erforderlich, damit die wachsenden Aufgaben der Landtagsverwaltung und der Landtagsfraktionen erfüllt werden können. Im laufenden Jahr ändert sich noch nicht so viel, aber 2011 greift die Parlamentsreform voll.

Von dem häufig verwendeten Begriff „Vollzeitparlament“ halte ich nicht sehr viel, denn in Teilzeit lassen sich die Aufgaben einer Abgeordneten oder eines Abgeordneten ohnehin nicht erfüllen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Rainer Stichelberger SPD)

Mit den neuen Strukturen werden auch keineswegs berufserfahrene Frauen und Männer aus dem Parlament gedrängt. Wir ziehen damit nur einen klaren Trennungsstrich zwischen Legislative und Exekutive, und der ist in Baden-Württemberg schon lange überfällig.

Mit seiner Parlamentsreform sorgt der Landtag auch für mehr Transparenz. Er hat damit bewiesen, dass er reformwillig und

reformfähig ist. Durch die Änderung bei der Versorgung haben die Abgeordneten unter Beweis gestellt, dass sie keine Besserstellung gegenüber vergleichbaren Berufsgruppen wollen.

Auch die Wahlkreisreform konnte allen Unkenrufen zum Trotz in die Tat umgesetzt werden. Leider hat die Opposition auf halbem Weg der Mut verlassen. Wahrscheinlich hat sie doch ein bisschen Angst vor zu vielen neuen Gesichtern in ihren Fraktionen. Wir sind aber der Meinung, dass das neue Wahlrecht, die Zweitausteilung nach prozentualen Ergebnissen, für mehr Chancengleichheit bei den Nicht-CDU-Bewerbern sorgt. Die CDU kann sich genüsslich zurücklehnen, weil sie keinen einzigen Abgeordneten über die Zweitausteilung bekommt.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Wir sind aber auch für Chancengleichheit!)

– Das ist gut so. Dann hätten wir vielleicht auch bei den Wahlkreisen – nachdem Sie das sagen, Herr Herrmann – die Benachteiligung des Regierungsbezirks Tübingen ein bisschen aufheben können. Das machen wir dann nächstes Mal.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Jeder ist seines Glückes Schmied!)

Leider ist der Kollege Dr. Schmid gerade nicht da. Ich heiße ihn schon jetzt im Wahlkreis 60 – Reutlingen – herzlich willkommen. Dort rechnet er sich wohl bessere Chancen aus als in seinem bisherigen Wahlkreis.

(Unruhe)

Gestatten Sie mir neben dem Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung noch ein Lob für den Herrn Präsidenten. Er hat maßgeblich dazu beigetragen, dass sich der Landtag auch in dieser Legislaturperiode nach außen geöffnet hat. Die Teilnahme an der „stuttgarnacht“ bzw. der Stuttgarter Kulturnacht, wie es früher hieß, hat unser Parlament und seine wirklich vorzeigbare Kunstdimension wieder vielen Tausend Besucherinnen und Besuchern nähergebracht.

Wir Liberalen freuen uns schon auf den nächsten Tag der offenen Tür im Landtag, der die Verbundenheit der Baden-Württemberger mit ihrem Parlament erneut deutlich machen wird.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es! – Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Landtag ist keine abgehobene Institution, die sich von der Bevölkerung abschottet.

(Unruhe – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Pst!)

Er ist und bleibt die Volksvertretung. Damit es so bleibt, wird die FDP/DVP-Fraktion dem Einzelplan 01 einmütig zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Reinhold Gall SPD – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 01 – Landtag.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/5701.

Ich rufe auf

Kapitel 0101

Landtag

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 0101 wurde einstimmig zugestimmt.

Wir sind damit am Ende der Beratung des Einzelplans 01.

(Unruhe)

Ich rufe den **Buchstaben b** der Tagesordnung auf:

### **Einzelplan 03: Innenministerium**

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5703**

**Berichterstatter: Abg. Manfred Hollenbach**

**Berichterstatter für die Bereiche Verkehr und Straßenbau: Abg. Werner Wölfl**

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 03 – Innenministerium – eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Heinz das Wort.

**Abg. Hans Heinz** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Innenministerium hat zwei außerordentlich wichtige Aufgabenbereiche als Schwerpunktthemen der gesamten Landespolitik. Das ist zum einen das Thema „Innere Sicherheit“ mit Polizei, Verfassungsschutz, Katastrophenschutz und Feuerwehrwesen. Daneben ist das Thema Infrastruktur im Verkehrsbereich genauso groß. Wir brauchen eine gute Infrastruktur des Landes. Für den Bereich Verkehr wird meine Kollegin Razavi in der zweiten Runde sprechen.

Ich möchte auch noch kurz auf die Aufgaben des Innenministeriums eingehen, die neben diesen beiden großen Themen stehen: Es gibt noch den gesamten Bereich der kommunalen Selbstverwaltung, aber auch die Themen Ausländerrecht, Integration, Dienstrecht – auch das muss heute noch einmal ein Wort wert sein –, Glücksspiel und andere Dinge.

Lassen Sie mich mit einigen allgemeinen Bemerkungen zum Haushalt des Innenministeriums beginnen. Das Innenministerium musste wie andere Ministerien ebenfalls Einsparauflagen akzeptieren, und zwar in Höhe von 223 Millionen € für die Jahre 2010 und 2011. Das ist keine geringe Summe. Wenn Sie das Gesamte sehen, dann erkennen Sie, dass die Ausgabesteigerungen im Jahr 2010 mit 1,5 % sehr moderat sind. Wenn man dann noch unterstellt, dass wir beim Innenministerium einen Personalkostenanteil von fast 50 % haben, dann bestätigt das diese Einschätzung. Wir haben im Jahr 2011 sogar eine leichte Abnahme, tendenziell also eher weniger Ausgaben.

Mit 4 Milliarden € liegt der Innenhaushalt mit etwa 11 % Anteil am gesamten Haushalt an zweiter Stelle hinter dem Kultusetat. Die Investitionsausgaben liegen im Jahr 2010 bei etwa 525 Millionen €, im Jahr 2011 bei etwa 508 Millionen €. Investive Schwerpunkte sind vor allem der Verkehrsbereich, der Straßenbau. Aber auch für den uns bereits seit mehreren Jahren begleitenden Digitalfunk stehen 100 Millionen € bereit. Sie wissen, dass wir hier in der Phase der Aufstellung der Masten, bundesweit gesehen, mittlerweile am weitesten sind. Wir haben den Digitalfunk bisher am weitesten vorangetrieben.

Wenn ich über Digitalfunk rede, so muss ich auch darauf hinweisen: Hauptnutzer des Digitalfunks ist die Polizei. Eher im zweiten Glied folgen die Feuerwehr und der Rettungsdienst. Aber die Polizei steht hier an erster Stelle.

Damit möchte ich zum Bereich Polizei überleiten. Die CDU in Baden-Württemberg ist seit Jahren ein Garant dafür, dass unsere Polizei gut ausgestattet ist und Baden-Württemberg ein sehr sicheres Bundesland ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

Wir sehen das hohe Sicherheitsbedürfnis unserer Bürgerinnen und Bürger. Deshalb gilt für die CDU-Landtagsfraktion: Neben dem Primat der Bildungspolitik, das ich als Innenpolitiker auch immer wieder betone, sind die innere Sicherheit und eine ausgewogene Infrastrukturpolitik Kernaufgaben unseres Landes.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Jawohl!)

Die Rahmenbedingungen sind meines Erachtens nach wie vor vorzeigbar. Seit 2007 haben wir einen Rückgang bei der Kriminalitätsbelastung zu verzeichnen. Dabei muss man immer wieder anfügen – darauf können wir stolz sein –: Das ist kein Verdienst der CDU allein;

(Lachen bei der SPD)

vielmehr garantiert die Bevölkerung, dass wir bei der Kriminalitätsbelastung seit Jahren immer den besten oder den zweitbesten Platz belegen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das liegt auch an der Landesregierung!)

– Auch. Das liegt an allen Menschen. Es liegt auch daran, dass wir Vollbeschäftigung haben, Frau Haußmann. All diese Dinge spielen da eine Rolle. Trotzdem muss man, wenn man Polizeiarbeit im Vergleich mit anderen Bundesländern bewertet, auch diesen Faktor, die Kriminalitätsbelastung, mit heranziehen. Da liegen wir seit über zehn Jahren immer auf dem besten oder auf dem zweitbesten Platz.

Gleichzeitig ist die Aufklärungsquote bei uns – ebenso wie in Bayern und in Sachsen bzw. den Ländern, die an dritter und vierter Stelle liegen – noch immer sehr hoch und vorzeigbar. Sie liegt auf einem sehr guten und hohen Niveau.

Wenn man nun weiß – das kann man auch ganz offen sagen –, dass wir bei der Relation der Zahl der Polizeikräfte gegenüber der Bevölkerungszahl eher auf einem hinteren Mittelfeldplatz liegen, dann wird noch einmal deutlich, welche auszeichne-

(Hans Heinz)

te Arbeit unsere Polizei hier in Baden-Württemberg leistet. Namens der CDU-Fraktion möchte ich mich bei allen Beamtinnen und Beamten der Polizei bedanken, die hier Tag für Tag einen schwierigen Dienst leisten. Herzlichen Dank!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Auf die Polizei kommen immer wieder – Sie hören das bei diversen Reden – neue Aufgaben zu, z. B. die stetig steigende Belastung durch die Internetkriminalität. Aber auch der internationale Terrorismus zeigt sich hier in Baden-Württemberg immer wieder in der Form, dass wir „Gefährder“ überwachen müssen. Das ist eine Belastung, die eigentlich mehr Stellen nötig machte. Angesichts der massiven Steuereinbrüche, die wir hinnehmen müssen, muss jedoch auch die Polizei ihren Sparbeitrag, ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten.

Deshalb bin ich froh, dass es uns gelungen ist – die CDU-Fraktion hat sich hierfür mit den Mitteln aus dem „Fraktionskorridor“ eingesetzt –, die Polizeizulage für die Polizeianwärter wieder aus der Streichliste der Haushaltsstrukturkommission herauszunehmen. Das ist, glaube ich, ein gutes Signal auch an die Polizei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Bereits beim Konjunkturprogramm II haben wir versucht, über ein sogenanntes Arbeitsumfeldprogramm die räumliche Ausstattung der Dienststellen zu verbessern. Damals mussten wir in der Fraktion akzeptieren – Thomas Blenke und ich; wir haben dafür geworben, aber keine Mehrheit dafür erhalten –, dass die Mittel aus dem Konjunkturprogramm in den Bausektor gehen. Wir haben hier in Stein investiert. Jetzt haben wir es aber geschafft, dass wir auch in der Fraktion eine Mehrheit für die Forderung gefunden haben, die Arbeitsbedingungen in den Polizeidienststellen zu verbessern. Mit 2 Millionen € können wir hier einen Beitrag leisten, der auch sofort und unmittelbar konjunkturwirksam wird; denn diese Aufgaben können ohne europaweite Ausschreibungen direkt an heimische Unternehmen vergeben werden.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU)

Eine der Konsequenzen aus dem Amoklauf von Winnenden und Wendlingen war, dass wir auch unsere Polizeibeamten besser schützen müssen. Das ist sicher auch dem veränderten Einsatzkonzept geschuldet. Wir warten heute nicht mehr, bis das SEK kommt, sondern wir sagen: Die Polizisten, die zuerst da sind, auch wenn sie normale Streifenpolizisten sind, sollen in das Gebäude hineingehen. Deshalb brauchen diese Beamten einen besseren Schutz, etwa durch ballistische Helme, und auch einen sogenannten Tiefschutz. Das müssen wir verbessern. Das war eine der Konsequenzen aus dem Expertenkreis Amok. Wir stellen Mittel in Höhe von 3,6 Millionen € bereit, um in jedem Streifenwagen – es sind immerhin 2 200 Fahrzeuge – entsprechende Helme und eine solche Ausrüstung vorzuhalten.

Lassen Sie mich am Schluss des Kapitels „Polizei“ noch kurz auf den Antrag der SPD eingehen. Die Forderung, den Freiwilligen Polizeidienst abzuschaffen, ist eine Platte, die wir gelegentlich schon einmal gehört haben.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das kommt jedes Jahr!)

Sie wollen, dass wir dieses Geld nun für Investitionen in mehr Nichtvollzugsstellen verwenden. Sie wissen ja, dass wir die Einsparauflagen beim Nichtvollzug gestoppt haben. Die Umsetzung der Einsparrate, die wir durch die Verwaltungsreform innerhalb der Verwaltung durch jede Dienststelle erbringen lassen wollten, haben wir bei etwa 10,5 % gestoppt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Man muss wieder aufbauen! Nicht stoppen! – Abg. Reinhold Gall SPD: Man braucht mehr Personal in diesem Bereich!)

– Ich bin auch für das Aufbauen. Gleichzeitig bin ich aber auch dafür, dass man den Bürgern sagt, dass man dafür an anderer Stelle etwas wegnehmen muss.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das sagen wir ja auch!)

Wir aber wollen beim Freiwilligen Polizeidienst nichts wegnehmen. Wenn Sie das nicht wollen, müssen Sie die dann zusätzlich benötigten Stellen wieder finanzieren und müssen den Bürgern sagen, dass das mehr Geld kostet. So ehrlich muss man miteinander sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Realisierung dieser Maßnahme halten wir im Moment nicht für möglich.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie haben 2,5 Millionen € für Zeitungsanzeigen vom Rau übrig!)

Lassen Sie mich zwei, drei Sätze zur Dienstrechtsreform sagen. Wir haben in der vergangenen Zeit intensiv darüber diskutiert, und wir werden, denke ich, auch noch die nächsten Monate hindurch intensiv über die Dienstrechtsreform beraten müssen. Wir haben über den großen Brocken – die Altersgrenzen bei 62 und bei 67 Jahren – entschieden. Das war keine leichte Entscheidung. Wir haben darüber hinaus im Kabinett und in den Regierungsfractionen die Eckpunkte verabschiedet.

Ich will, auch mit Blick auf die Zeit, nur noch schlaglichtartig einige Dinge erwähnen; hierüber war zum Teil auch schon in den Medien zu lesen. Wir ermöglichen die freiwillige Weiterarbeit mit entsprechenden Zuschlägen, aber auch in Teilzeit. Wir wollen das Programm sehr attraktiv machen. Als Dienstherr kann man entsprechende Anträge nur ablehnen, wenn man dienstliche Interessen geltend macht. Wir belassen aber die absolute Altersgrenze bei 68 Jahren, und zwar auch in den kommunalen Wahlämtern.

Wir investieren im Bereich der Gesundheitsprävention über alle Ministerien hinweg 6 Millionen €. Für die Antragsaltersgrenze haben wir über einen Fraktionsantrag der FDP/DVP und der CDU bereits die entsprechenden Weichen gestellt. Für Schwerbehinderte bleibt die bisherige Regelung erhalten.

Wir ermöglichen analog zu der Regelung beim allgemeinen Rentenrecht, dass jemand, der mindestens 45 Jahre lang im Dienst war, ohne Abschlüsse in den Ruhestand gehen kann.



(Hans Heinz)

Im Gegenzug müssen wir eine Gegenfinanzierung planen. Wir müssen in aller Offenheit sagen, dass wir hier entsprechende Abschläge machen. Bislang wurde die Zeit der Hochschulbildung mit bis zu drei Jahren angerechnet. Wir verkürzen diese Zeit auf zwei Jahre und vier Monate. Das bringt eine massive Gegenfinanzierung.

Ich persönlich bin nun sehr gespannt, ob es uns gelingt, durch diese Anreize für die freiwillige Weiterarbeit wirklich so viele Beamte zu motivieren, länger zu arbeiten, dass wir tatsächlich den angestrebten Einspareffekt haben.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Da sind wir auch gespannt! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Ich sage ganz klar, obwohl ich das vielleicht selbst nicht mehr erleben werde: Wenn es nicht klappt, muss man hier konsequent mehr sparen. Denn sonst kommen wir auf keinen grünen Zweig. Man muss da auch ein bisschen Mut beweisen. Ich hätte diesen Mut schon jetzt aufgebracht, aber, wie gesagt, es wurde wieder verschoben. So ist das Leben.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Wie sparen Sie denn? – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie werden es schon noch erleben! So alt sind Sie noch nicht!)

Ich hoffe und ich wünsche den Kollegen, dass das dann in der nächsten Legislaturperiode funktioniert.

Wir modernisieren aber auch das gesamte Dienstrecht. Wir führen die unterhältige Teilzeit mit 30 % ein. Es gibt einen Sonderurlaub zur Betreuung von kranken Kindern. Die Inanspruchnahme von Sabbatjahren wird verbessert. Wir ermöglichen die Trennung der Versorgungssysteme. Auch bei den kommunalen Wahlbeamten gibt es in drei Gruppen geringfügige Verbesserungen der Einstufungen. Es gibt keine große Lösung; das ist eine kleine Lösung.

Eine Novellierung des LPVG haben wir leider nochmals verschoben. Aus meiner Sicht hätten wir das auch gleich machen können. Aber vielleicht schaffen wir dann beim nächsten Mal den großen Wurf. Ich bin auch in diesem Punkt gespannt.

Als ich einen Blick in das Protokoll des Finanzausschusses geworfen habe – jetzt komme ich zu meinem zweiten Thema –, habe ich gesehen: Der Finanzausschuss hat sehr lange über Aulendorf diskutiert. Ich habe es einmal nachgelesen. Auch in unserer Fraktion wurde intensiv über Aulendorf beraten. Wir haben uns diese Entscheidung keinesfalls leicht gemacht. Aber ich denke, so, wie es jetzt entschieden worden ist – dass wir eine gemeinsame Lösung mit der Stadt und mit den kommunalen Landesverbänden suchen, dass die über das FAG auch mit ins Boot kommen –, ist es in Ordnung. Man kann es so machen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Es wurde deshalb viel darüber gesprochen, weil Sie in diesem Titel etwas anderes versteckt haben! Das Parkhaus am Feldberg haben Sie darunter versteckt!)

Wir haben die Messlatte auch hochgelegt, weil wir klar sagen: Ohne dass Aulendorf eigene Beiträge bringt, können wir nichts vom Land geben. Ich glaube, mit der jetzigen Lösung kann man hier leben und kann Aulendorf eine Perspektive ge-

ben, dass es im Jahr 2016, wenn es die entsprechenden Rahmenbedingungen erfüllt, wieder die Chance hat, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Den Umbau der Feuerweherschule in Bruchsal will ich kurz ansprechen, weil er in dem Doppelhaushalt doch mit immerhin 12,4 Millionen € zu Buche schlägt, wobei ich schon klar sage: Wir haben nicht das Geld, das aus „Fresh Money“, aus allgemeinen Haushaltsmitteln zu finanzieren. Wir werden das aus dem Topf der Feuerschutzsteuer erbringen, der sich aber insgesamt gar nicht so schlecht entwickelt. Wenn man sieht, dass wir hier in den nächsten zwei, drei Jahren eine Aufgabe schultern, die insgesamt knapp 30 Millionen € kostet, und wenn man dazu noch in Rechnung stellt, dass wir in der Vergangenheit für das „Heim am Titisee“ einen Betrag von, wie ich glaube, über 8 Millionen € investiert haben, dann kann man sagen: Wir haben in diesem Bereich der Feuerwehr Rahmenbedingungen geschaffen, die es dem Ehrenamt ermöglichen, dass wir hier entsprechende Beträge in Fort- und Weiterbildung und in Erholung investieren und damit Rahmenbedingungen schaffen, die gut und zeitgemäß sind.

Ich möchte in diesem Zusammenhang allen Feuerwehrfrauen und -männern, die sich ehrenamtlich, aber auch in der Berufsfeuerwehr für das Wohl der Allgemeinheit einsetzen und hier ihren Dienst leisten, herzlich Dank sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Kollege Gall z. B.!)

Ich will kurz den Katastrophenschutz ansprechen. Das Land hat hier aus meiner Sicht – beim DRK habe ich das hautnah mitbekommen – ein zukunftsweisendes Konzept entwickelt. Wir haben unter dem Druck der öffentlichen Kassen leider auch die Einheiten reduzieren müssen. Wir mussten von 152 auf 120 gehen. Wir haben die fünf Medical Taskforces, die von Berlin kommen, disloziert in diese Einsatzeinheiten eingebunden. Ganz besonders wichtig war mir, dass wir für eine Alltagstauglichkeit gesorgt haben. Das heißt: Wir wollen nicht nur für den Katastrophenfall bei einem Terroranschlag bereitstehen, sondern wir wollen auch, wenn ein sogenannter Massenansturm von Verletzten auftritt, diese Investitionen, die sich in zehn Jahren immerhin auf 30 Millionen € belaufen werden, alltagstauglich einsetzen, sodass man auch dann diese Menschen und das Material einsetzen kann. Das halte ich für einen ganz wichtigen Fortschritt.

Wichtig ist auch, dass es uns gelungen ist, dass wir aus dem Konjunkturprogramm des Bundes einen Betrag von 20 Millionen € herauslösen und lockermachen konnten. Davon werden 15 Millionen € vom Bund und 5 Millionen € vom Land geschultert. Das bringt uns hier erheblich nach vorn.

Ich will kurz noch das Alkoholverkaufsverbot ansprechen. Darüber haben wir hier im Plenum schon bei mehrfachen Gelegenheiten diskutiert. Es wird nun im März in Kraft treten. Ich persönlich glaube: Das ist ein wichtiger Beitrag, mit dem wir hier an mancher Tankstelle für Sicherheit und Ordnung in der Nacht sorgen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: So sieht es aus! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wir können es gern wieder abschaffen!)

(Hans Heinz)

Ich würde mir wünschen, dass die Polizeigewerkschaft – mein Kollege Blenke hat das hier klargestellt – nicht immer dagegen spricht: Auf der einen Seite kommen Polizisten in den Landtag und fordern, dass wir so etwas machen, und acht Tage später sagt dann ein Gewerkschaftsvertreter: Wir wollen das doch nicht. Ich kann mich da nur wundern.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Thomas Blenke CDU:  
Manchem kann man es nie recht machen!)

Aus meiner Sicht müssten wir auch noch den nächsten Schritt machen. Da muss ich vielleicht mit Herrn Kluck einmal in eine Klausur gehen.

Es wäre auch sinnvoll, dass wir, wenn wir merken, dass Städte wie Freiburg, aber auch andere Städte in der ganzen Republik sagen, dass sie ein Instrumentarium brauchen, für die Situation bei Nacht sichere Rahmenbedingungen schaffen. Herr Kluck, da frage ich immer: Wollen wir wirklich, dass der normale Bürger, der in der Stadt etwas trinken geht, um 23:00 Uhr oder 24:00 Uhr angepöbelt wird, weil hier in offener Szene Alkohol ausgeschenkt wird? Ich meine, wenn die Städte, wenn diejenigen, die von den Bürgern in ein Kommunalparlament gewählt worden sind, sagen: „Wir wollen eine Handhabe, damit wir hier einschreiten können“, dann sollten wir uns diesen Wünschen der Kommunalpolitik nicht verschließen und mit Augenmaß für eine Lösung kämpfen. Da müssen wir noch einmal darüber reden, wie wir es dann machen. Das würde ich mir wünschen.

(Beifall bei der CDU)

Zum Schluss danke ich Innenminister Rech, Staatssekretär Köberle, aber auch Ministerialdirektor Benz und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Innenministeriums für die Arbeiten am Doppelhaushalt 2010/2011 und für ihre engagierte Arbeit im vergangenen Jahr.

Ich denke, dass wir mit dem Doppelhaushalt die Rahmenbedingungen geschaffen haben, um die Ziele, die wir uns gesteckt haben, erfüllen zu können. Glückauf für die Arbeit im Jahr 2010!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erhält Herr Abg. Gall.

**Abg. Reinhold Gall SPD:** Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Kollege Heinz hat es erwähnt: Das Innenressort umfasst eine Fülle von wichtigen Themenfeldern wie Verkehr und Straßenwesen, Datenschutz, Staatsangehörigkeitsrecht, Spätaussiedler und Flüchtlinge, Kommunales, Verfassungsrecht – auch das Dienstrecht – sowie die Bereiche innere Sicherheit, Feuerwehr und Katastrophenschutz. Das ist eine Fülle von Aufgaben, die aber in den allermeisten Bereichen – das will ich vorneweg schon einmal sagen – zumindest nach unserer Auffassung vom zuständigen Innenminister nur unzureichend bewältigt werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ha no! – Abg. Thomas Blenke CDU: Also wirklich! So schön angefangen!)

Baustellen – das will ich ausdrücklich sagen; ich werde sie benennen – gibt es nicht nur im Bereich Verkehr. Vielmehr gibt es in nahezu allen Bereichen erhebliche Defizite.

**Baustelle Kommunen:** Für den Bereich Kommunen hatten Sie in Ihrem Erläuterungsbericht zum Haushalt 2010/2011 versucht, die Reform des Gemeindehaushaltsrechts – Stichwort Einführung der Doppik – als Erfolg zu verkaufen,

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ojemeine! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Es wird einer!)

wobei dies – wohlgemerkt auf kommunaler Ebene – eigentlich so gut wie niemand wollte, weil öffentliche Haushalte eben nicht mit Unternehmen zu vergleichen sind,

(Abg. Walter Heiler SPD: Sehr gut!)

deren vorrangiges Ziel es natürlich ist, Gewinne zu erwirtschaften – mit all den Begleiterscheinungen, die wir kennen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

In den Städten und Gemeinden, meine Damen und Herren, wollen nämlich weder die Verwaltung noch die kommunalen Mandatsträger mit Produkten und Kennzahlen arbeiten. Vielmehr möchten sie sich gern mit Themen wie „Ausreichende und gute Kinderbetreuung“, wie „Angebote in den Bereichen Sport und Kultur“ oder wie „Sicherstellung z. B. des abwehrenden Brandschutzes“ beschäftigen. Sie möchten sich mit Hilfe- und Unterstützungsmöglichkeiten in einer älter werdenden Gesellschaft beschäftigen oder mit Präventivmaßnahmen, z. B. im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes. Da passen Kennzahlen und Produktbezeichnungen nun einmal nicht in die kommunale Landschaft.

(Beifall bei der SPD)

Ich will auch ganz deutlich sagen, meine Damen und Herren: Mit Ihrer Unterstellung, Ihr neues Gemeindehaushaltsrecht wäre erforderlich, um die kommunalen Haushalte langfristig auf eine solide finanzielle Basis zu stellen, stellen Sie gerade denen, die in den zurückliegenden Jahrzehnten am solidesten gewirtschaftet haben, aus meiner Sicht ganz bewusst ein schlechtes Zeugnis aus, um von Ihren eigenen finanziellen Unzulänglichkeiten im Landeshaushalt abzulenken.

(Beifall bei der SPD)

Die Kommunen hingegen erwarten vom Land, dass Sie nicht ständig in die kommunale Finanzschatulle greifen, wie Sie dies bislang und auch im Doppelhaushalt 2010/2011 gemacht haben, was bei den Kommunen eine Belastung von etwa 40 € pro Einwohner bedeutet. Da kann sich jeder für seine Gemeinde ausrechnen, wie viel Geld eigentlich mehr im kommunalen Haushalt wäre, wenn Sie es nicht vorweg abgreifen würden.

(Abg. Ingo Rust SPD: Sehr richtig!)

Die Kommunen erwarten zu Recht, meine Damen und Herren, dass Sie Ihren Verpflichtungen z. B. beim Krankenhausbau nachkommen. Auch da sind Sie dazu übergegangen, immer

(Reinhold Gall)

mehr Kosten auf die Träger – in überwiegender Zahl sind es kommunale Krankenhäuser – zu verlagern. Sie erwarten die Förderung von Sportstätten, die zwischenzeitlich zum Teil bereits ein halbes Jahrhundert auf dem Buckel haben. Sie erwarten aber nicht, dass Sie mit beherrschendem Zeigefinger deren Finanz- und Zukunftspolitik kritisieren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ingo Rust SPD: So ist es!)

Meine Damen und Herren, die Kommunen können vom Land auch Entlastung durch Aufgabenabbau und das Beseitigen von bürokratischen Vorgaben der Ministerialbürokratie erwarten.

Das Land hat sich – das will ich jetzt einmal sagen und anerkennen – immerhin bemüht, einen Landesbeauftragten für Bürokratieabbau zu installieren. Dessen Erfolgsbilanz – das muss man sagen – ist jedoch, Herr Köberle, mehr als bescheiden. Besser könnte man auch sagen: Sie ist im Prinzip jämmerlich. Mit gerade einmal 15 Vorschlägen zur Vereinfachung von Regelungsvorhaben des Landes oder zum Standardabbau konnten Sie bisher aufwarten, Herr Köberle. Frage ich dann auf der kommunalen Ebene, wie sich das denn vor Ort ausgewirkt hat, kennt man solche Auswirkungen nicht einmal. Ein toller Erfolg, kann ich da nur sagen.

Getoppt wird dieses magere Ergebnis dann noch durch die Arbeit der Strukturkommission für Aufgabenkritik und Haushalt,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wer ist denn das?)

die nämlich bislang keine einzige Maßnahme für Bürokratieabbau vorgeschlagen hat. Auch in diesem Bereich kann man sagen: absolute Fehlanzeige. Das ist ein Beweis dafür, dass das Land viel verspricht und wenig tut.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Franz Untersteller GRÜNE – Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Regierung!)

Herr Minister, Herr Köberle, in diesem Bereich will ich Ihnen einfach sagen: Sie sollten Nichtstun nicht etwa schon als Beitrag zum Bürokratieabbau verstehen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Baustelle Datenschutz: Meine Damen und Herren, auch hier jahrelanges Nichtstun, was den Ausbau und was vor allem auch die Zusammenlegung des öffentlichen und des nicht öffentlichen Datenschutzes anbelangt. Es gab zwar im letzten Jahr eine Ankündigung, diese Zusammenlegung vornehmen zu wollen. Aber im Haushalt finden wir hierzu überhaupt keine Aussage und beileibe auch keine Mittel. Ich sage Ihnen: Sie sollten sich da einfach einmal an anderen Bundesländern orientieren, die den Datenschutz sinnvollerweise schon zusammengelagert haben, und ihn auch entsprechend mit Personal ausstatten.

Baustelle Dienstrechtsreform: Herr Kollege Heinz, zugegebenermaßen ist ansatzweise im Haushalt zu erkennen, dass in dieses Problem, in dieses Thema jetzt endlich Bewegung zu kommen scheint, so z. B. bei der unterhältigen Teilzeitarbeit, was auch in unserem Sinn ist.

Fehlanzeige auch bei vielen anderen Themen, was den Haushalt anbelangt. Fehlanzeige beim Thema „Aus-, Fort- und Weiterbildung“. Die Höhe der Haushaltsansätze macht nämlich deutlich, welchen geringen Stellenwert Sie diesem Thema in der Lebenswirklichkeit beimessen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Fehlanzeige beim außerordentlich wichtigen Thema Gesundheitsmanagement: im Haushalt zwar aufgeführt – Seite 35 im Einzelplan, wenn Sie nachschauen wollen –, aber letztendlich mit lauter Nullen versehen, und zwar vor dem Komma und nicht hinter dem Komma.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Unglaublich! – Abg. Rainer Stickleberger SPD: An Nullen sind die doch gewöhnt!)

Das heißt, zur Flankierung der Erhöhung des Pensionseintrittsalters haben Sie weder ein vernünftiges Konzept, noch haben Sie die hierfür erforderlichen Mittel im Haushalt eingestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Walter Heiler SPD: Ungeheuerlich!)

Nächste Baustelle, meine Damen und Herren: der Bereich der inneren Sicherheit. Für den Bereich der inneren Sicherheit formulieren Sie in Ihrem Bericht zum Staatshaushaltsplan als Ziel, die Basisarbeit der Polizei zu gewährleisten. Dem steht aber die Lebenswirklichkeit gegenüber, meine Damen und Herren, die da heißt: Schwächung der Basisarbeit der Polizei, indem Sie immer weniger Personal für deren Aufgabenerledigung zur Verfügung stellen, während die Aufgaben eher zu- denn abnehmen.

Der Doppelhaushalt weist im Vergleich zu 2009 Personalstellenzahlen aus, die um 600 Stellen unter denen des Jahres 2009 liegen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Unglaublich!)

das heißt, in den Jahren 2010 und 2011 gibt es 600 Stellen weniger bei der Polizei. Und wo fehlen die? Natürlich an der Basis, dort, wo die tägliche Konfrontation letztlich stattfindet.

Da frage ich Sie einfach: Wie bringen Sie die Gewährleistung der Basisarbeit mit diesen Zahlen überein? Wie bringen Sie die Gewährleistung der Basisarbeit mit den Zahlen im Haushalt überein, die ausweisen, dass die Ausgaben für die innere Sicherheit pro Einwohner deutlich zurückgehen und dass die Dichte der Polizei in zwei Jahren von einem Polizeibeamten pro 443 Einwohner auf einen Polizeibeamten pro 453 Einwohner abnimmt?

Die Neueinstellungen, mit denen Sie argumentieren, sollen über diesen Sachverhalt hinwegtäuschen und glauben machen – unsere Polizei, aber auch die Bürgerinnen und Bürger glauben machen –, mit mehr Personal rechnen zu können. Letztendlich passiert aber nichts anderes, als dass Sie versuchen, Löcher zu stopfen, und zwar Löcher, die Sie selbst geschaffen haben.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Völliger Unsinn, was Sie da sagen!)

(Reinhold Gall)

Damit nicht genug: Sie schaffen, wie gesagt, auch in der Personalausstattung neue Löcher, indem Sie noch weniger Personal zur Verfügung stellen,

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

entweder durch echten Stellenabbau oder durch die Verlagerung von neuen Aufgaben in Richtung Polizei. Deren Personal, das Sie benötigen, um die neuen Aufgaben zu erfüllen, ziehen Sie der Polizei an anderer Stelle ab.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Nichts ist es mit Gewährleistung der Basisarbeit.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage an dieser Stelle noch einmal: Herr Heinz, Herr Blenke und Herr Minister allemal, Sie sollten die Signale vor Ort wirklich ernst nehmen

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Genau!)

und nicht damit abtun, da würden einige wenige aufschreien. Das, was alle Polizeigewerkschaften artikulieren, ist nämlich die Meinung der Polizei im Land, und zwar nicht nur der Polizei, die im Vollzugsdienst vor Ort tätig ist, sondern auch der Polizeiführung.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Hinzu kommt, dass die Polizei des Landes Baden-Württemberg zu den am schlechtesten bezahlten Polizeien in Deutschland gehört. Lassen Sie deshalb, Herr Minister, Ihrem Bedauern, das Sie gelegentlich äußern, und auch Ihren Ankündigungen endlich einmal Taten folgen, und schaffen Sie die Besoldungsgruppe A 7 bei der Polizei ab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Denn wir sagen Ihnen: Wer tagein, tagaus an einer Stelle, an der es richtig brenzlich werden kann und auch brenzlich wird, wer dort, wo die zunehmende Gewaltbereitschaft täglich zu spüren ist, einen Dienst verrichtet, der häufig mit Beleidigungen, körperlichen Blessuren und Verletzungen verbunden ist, hat eine angemessene Vergütung verdient.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Ich möchte Ihnen auch sagen, meine Damen und Herren: Die Polizei hat auch Ihre Haushaltsspielchen satt. Im ursprünglichen Haushaltsentwurf – ich gehe einmal davon aus, dass er mit dem Segen des Ministers eingebracht wurde – war vorgesehen, die Polizeizulage für die in Ausbildung befindlichen Polizeianwärter zu streichen. Schließlich wird dieses Vorhaben zurückgenommen – das war zu erwarten, denn es war natürlich zwischen den Koalitionsfraktionen und der Regierung abgesprochen –, und es wird die Polizeizulage nach wie vor noch geben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das sind Spielchen! – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Das Schlimme, Herr Blenke, ist: Dafür erwarten Sie auch noch Beifall seitens der Polizei. Ich sage Ihnen: Den werden Sie

nicht bekommen, denn diese Spielchen hat die Polizei längst durchschaut;

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

sie fühlt sich bei diesen Spielchen missbraucht.

Meine Damen und Herren, nicht nur die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf Sicherheit – das ist überhaupt keine Frage –, sondern es gilt auch, unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten mehr Sicherheit zu geben.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Dafür wäre es dringend erforderlich, dass Sie nicht nur die neuen Herausforderungen beschreiben – das haben Sie getan, und zwar zu Recht, wie ich ausdrücklich sagen will –, sondern auch Lösungen anbieten, wie diese Herausforderungen bewältigt werden können, und vor allem auch entsprechend handeln.

Wie schwer Ihnen das fällt, zeigen Ihre zögerlichen Aktivitäten z. B. beim Stichwort Geldwäsche in Baden-Württemberg. Nachdem Sie dem Thema Geldwäsche über lange Zeit keine Bedeutung beigemessen haben – dafür mag es Gründe geben –,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Na, na, na! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

sehen Sie sich nun aufgrund einer Rüge des Bundes und einer Beschwerde bei der EU genötigt – so muss ich sagen –, entsprechende Haushaltsmittel für die Jahre 2010 und 2011 einzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ob Sie es damit wirklich ernst meinen, meine Damen und Herren, werden wir im Laufe dieser zwei Haushaltsjahre genau in Augenschein nehmen.

Herr Kollege Heinz: Baustelle Katastrophenschutz. Der Handlungsbedarf, der Investitionsstau in diesem Bereich wird in der Summe auf annähernd 40 Millionen € geschätzt. Die Landesregierung – Sie schütteln den Kopf; ich weiß es – spricht von 31 Millionen €. Aber dass Ihre Zahlen häufig nicht richtig sind, brauche ich an dieser Stelle nicht zu erwähnen.

(Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Selbst wenn wir unterstellen würden, dass 31 Millionen € ausreichen, um eine Minimalversorgung – so haben Sie es selbst genannt – im Katastrophenschutz sicherzustellen, würden Sie Ihrem eigenen Anspruch nicht gerecht. Denn Sie stellen in den Haushaltsjahren 2010 und 2011 die für den Zehnjahreszeitraum erforderlichen Mittel gar nicht bereit. Erforderlich wären Mittel in der Größenordnung wie im letzten Haushalt. Da hatten es die Regierungsfractionen mit ihrem „Spielgeld“ auf die notwendige Höhe von 3,1 Millionen € gebracht. Die stellen Sie aber im Haushalt 2010/2011 nicht ein. Vielmehr veranschlagen Sie nur etwa 30 % der dringend erforderlichen Mittel.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Unglaublich! – Abg. Walter Heiler SPD: Skandal!)

(Reinhold Gall)

Wie Sie angesichts dieser Tatsache Ihrem Risikoszenario, Herr Minister, das Sie selbst beschrieben haben – Überschwemmungen, Sturmschäden, kritische Infrastruktur, Terroranschläge, auf die auch Sie, Herr Heinz, hingewiesen haben, oder schwere Unfälle –, mit den deutlich zu niedrig veranschlagten Mitteln gerecht werden wollen, das bleibt zumindest mir schleierhaft.

Meine Damen und Herren, zu den Baustellen oder, besser gesagt, zu der Kraterlandschaft im Verkehrsbereich wird mein Kollege Haller in der zweiten Runde Stellung nehmen.

Ich möchte am Ende meiner Ausführungen namens der SPD-Fraktion all denen danken, die trotz der Haushaltspolitik der Landesregierung und der Regierungsfaktionen ihre Pflicht tun. Sie tun häufig deutlich mehr als ihre Pflicht. Mit ihrem persönlichen Einsatz gewährleisten sie unsere Sicherheit im Land. Dank gilt auch all denen, die in den einzelnen Bereichen des Innenressorts letztlich unserem Staat dienen und für ein funktionierendes Gemeinwesen sorgen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Peter Straub:** Herr Abg. Gall, gestatten Sie noch eine Nachfrage des Herrn Abg. Heinz?

**Abg. Reinhold Gall SPD:** Ja.

**Präsident Peter Straub:** Bitte schön.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber die Redezeit anhalten!)

**Abg. Hans Heinz CDU:** Lieber Kollege Gall, ich wollte Sie fragen, wie Sie die 20 Millionen € in Ihrem Rechenexempel einsortieren. Wir bekommen doch 20 Millionen € über das Konjunkturprogramm II für den Katastrophenschutz. Wenn Sie jetzt praktisch 10 Millionen € Differenz rechnen – –

(Abg. Walter Heiler SPD: Frage stellen! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Eine Frage!)

– Ich habe doch schon eine Frage gestellt. Ich möchte wissen, ob er das vergessen hat. Ich kann seine Rechnung nicht nachvollziehen.

**Abg. Reinhold Gall SPD:** Ich sage schlicht und ergreifend: Sie selbst haben die Zahl von 31 Millionen € genannt. Ich spreche nach Rücksprache mit all denen, die im Katastrophenschutz tätig sind – Sie einmal ausgenommen –,

(Lachen des Abg. Hans Heinz CDU)

von 40 Millionen €.

Sie haben in den zurückliegenden Haushaltsjahren ein Zehnjahresprogramm aufgestellt. Die Rechnung lautet: Wenn 31 Millionen € in zehn Jahren zugrunde gelegt werden, sind dies 3,1 Millionen € pro Haushaltsjahr. Im Haushalt sind aber nur 1 Million € veranschlagt worden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Richtig!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erhält Herr Abg. Sckerl.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 03 ist einer der großen Einzelpläne dieses Doppelhaushalts. Natürlich wird vom zuständigen Minister erwartet, dass er einen Einsparbeitrag liefert. Wenn nicht der Einzelplan 03 einen Einsparbeitrag liefert, welcher Einzelplan dann?

Es steht außer Frage, dass wir sparen müssen. Dies haben wir in der Generaldebatte besprochen und dargelegt. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten dies zu Recht. Die Frage ist nur, in welchen Bereichen wir sparen, in welchen Bereichen wir Leistungen verbessern können und in welchen Bereichen wir Reformen durchführen müssen.

Würdigen wir zunächst einmal den Einsparbeitrag von 223 Millionen €. Herr Minister, das ist schon einmal etwas; das soll nicht unerwähnt bleiben. Es ist auch keine Frage, dass es beim Einzelplan 03 aufgrund des hohen Personalkostenanteils nicht einfach ist, diesen zu durchforsten und Sparmaßnahmen umzusetzen. Das ist völlig klar, das wissen wir.

Dennoch sehen wir eine ganze Reihe von Defiziten, die wir beseitigen müssen. Dies gilt beispielsweise für die Verwaltungsreform. Ich will heute nicht mehr über die Verwaltungsreform der Jahre 2004 und 2005 streiten. Auf der Ebene der Landkreise hat man sich damit arrangiert. Man könnte aber mehr tun. Es könnten noch mehr Synergieeffekte erreicht und noch mehr Struktureinsparungen realisiert werden. Allein das System dieser Verwaltungsreform verhindert eine Fortsetzung. Aufgrund der Größe der Herausforderungen, vor denen wir stehen, ergibt sich aber bereits jetzt der Zwang zu weiteren strukturellen Einsparungen. Der Sprung der Jahre 2004 und 2005 war zu kurz. Wir müssen weiter springen.

(Abg. Hans Heinz CDU: Wohin denn?)

Wir brauchen eine Perspektive, um die mittlere Verwaltungsebene – Stichwort Regierungspräsidien – mit einer Strukturreform überflüssig zu machen und in den Regionen eine neue, vernünftige Verwaltungsebene zusammenzuführen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! – Abg. Hans Heinz CDU: Dann hätten wir noch mehr Ebenen!)

Das war bereits Diskussionsthema im Jahr 2004. Damals haben SPD und Grüne ähnliche mutige und weitreichende Vorschläge gemacht. Das war für Sie damals gar kein Thema, Herr Heinz. Wann, wenn nicht jetzt, soll dies aber Thema sein, da wir vor gewaltigen finanziellen und strukturellen Herausforderungen stehen und Reformen auf den Weg bringen müssen? Der Doppelhaushalt 2010/2011 liefert bedauerlicherweise keine Antwort auf diese großen Herausforderungen. Wir hoffen aber darauf, dass es dennoch möglich sein wird, die Debatte darüber zu führen, Herr Minister.

Zweites Stichwort: Dienstrechtsreform. Da ist es, sage ich einmal, überfällig, dass die Landesregierung endlich einen vernünftigen Entwurf liefert. Die kleine grüne Landtagsfraktion hat im Jahr 2007 einen kompletten Entwurf zur Dienstrechtsreform einschließlich ihrer Finanzierung in allen Einzelheiten und Verästelungen geliefert. Das ist drei Jahre her. Wir warten bis zum heutigen Tag auf einen vergleichbaren Entwurf der Landesregierung, der diese Debatte voranbringt und der endlich auch einmal die Frage beantwortet: Wie schaffen wir es, ein attraktives, modernes öffentliches Dienstrecht auch in

(Hans-Ulrich Sckerl)

Bereichen, in denen Sie, Herr Minister, zuständig sind, auf den Weg zu bringen? Ich nenne die Stichworte Polizeilaufbahnen, zweigeteilte Laufbahn sowie die Beseitigung der Probleme vieler Polizistinnen und Polizisten, die sich irgendwo im Mittelfeld ihrer beruflichen Karriere befinden und bis zum Ende ihrer Laufbahn viel zu wenig Aufstiegsmöglichkeiten und eine viel zu geringe Bezahlung haben.

Da gibt es dringenden Handlungsbedarf. Wir fordern Sie auf, im Laufe dieses Jahres die notwendigen Konzepte in den Innenausschuss und in den Landtag einzubringen.

(Beifall bei den Grünen)

Das Stichwort Datenschutz wurde vorhin schon zu Recht genannt. Wir hätten erwartet, dass die Zusammenführung des Datenschutzes im öffentlichen und im privaten Bereich erstens jetzt stattfindet und zweitens im Doppelhaushalt 2010/2011 haushaltsmäßig dargestellt wird, dass die unwürdige Diskussion über Stellen und mehr Effizienz bei dieser wichtigen Aufgabe im Vorfeld gelöst wird und die Landesregierung eine klare Aufstellung dazu hat. Das hat sie leider nicht. Das ist und bleibt unbefriedigend.

Ich könnte das Ganze jetzt anhand einer ganzen Reihe von Punkten fortsetzen,

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

will aber meinem Kollegen Werner Wölfle, der in der zweiten Runde zum Thema Verkehr reden wird, nicht unnötig Redezeit wegnehmen, Frau Kollegin Razavi,

(Heiterkeit des Abg. Werner Wölfle GRÜNE)

und beschränke mich auf ein paar wenige Punkte.

Polizei und innere Sicherheit sind Themen, die wir hier noch einmal vertiefen müssen. Die Veränderung der Laufbahnverordnung mit dem Ziel einer Modernisierung der Laufbahnmöglichkeiten ist dringend notwendig. Immerhin, Herr Minister, nehmen wir zur Kenntnis, dass Sie unter dem Druck der Ereignisse zu Beginn dieses Jahres bei einer Reihe von öffentlichen Auftritten Reformen angekündigt haben. Wir sind gespannt, was sich im Bereich der Besoldungsstufen A 7/A 8 hinsichtlich weiterer Aufstiegsmöglichkeiten in den nächsten Monaten tun wird.

Wir sind auch gespannt, was sich in Bezug auf die Polizeiobermeister tun wird. „Obermeisterbäuche“, Herr Blenke, haben wir nach wie vor,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Unter anderem! – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

und zwar trotz des atmenden Stellenplans und all dieser schönen Dinge, die Sie in den letzten Jahren eingeführt haben. Substanzvolle Fortschritte konnten nicht erzielt werden.

Nun sagt die CDU-Fraktion wie in jeder Haushaltsdebatte: „Wir sind der Garant für die Polizei in Baden-Württemberg, und diesen Titel reklamieren wir seit Jahrzehnten.“

(Zuruf des Abg. Hans Heinz CDU)

Doch das einzige Problem, liebe Kollegen von der CDU, ist: Die Polizei scheint das nicht mehr zu spüren. Bei der Polizei

scheint das nicht mehr anzukommen. Anders kann ich mir diesen Dauerstreit, den Sie mittlerweile seit Jahren mit den Interessenvertretungen der Polizei haben, nicht mehr erklären.

Alles, was Sie in den letzten Jahren getan haben, war das Flickchen von Löchern, war das kurzfristige Löschen aufgetretener Brände, die es aufgrund von Beschwerden und Protesten gegeben hat. Aber ein Konzept mit Herz und Verstand, das in die Zukunft führt, fehlt in diesem Bereich. Deswegen sind Sie eben nicht der Garant für die Polizei in Baden-Württemberg, sondern haben es mit ganz erheblichen Defiziten und Nachholbedarf zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Hans Heinz CDU)

Mit der Fortsetzung des Stellenabbaus hantieren Sie an der falschen Stelle. Herr Kollege Heinz, eigentlich ist das Ende der Fahnenstange erreicht. Gehen Sie hinaus, gehen Sie in die Reviere, gehen Sie in die Präsidien! Das Ende der Fahnenstange ist erreicht. Wir haben Ihnen mehrfach, aber immer vergeblich, vorgeschlagen: Machen wir einmal ein Moratorium, Herr Minister, ziehen wir ehrlich Bilanz, und schauen wir, was wir uns a conto Polizeidienst noch leisten können. Leider unterbleibt auch dies. Deshalb werden Sie halt jede Woche und jeden Monat mit dieser Kritik leben müssen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sie wissen, dass wir jedes Jahr 800 einstellen! 800 jedes Jahr!)

– Herr Blenke, Sie stellen doch deswegen 800 ein, weil auch 800 gehen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Viel mehr sind schon gegangen! – Unruhe bei der CDU)

Die gehen vor allem in den Ruhestand. Wir wissen doch ganz genau, dass bis zum Jahr 2022 50 % der jetzt aktiven Polizeibeamten in den Ruhestand gehen werden.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wir stellen mehr ein, als gehen! – Weitere Zurufe)

Die ersetzen also doch nur die Ausscheidenden.

(Abg. Hans Heinz CDU: Sie haben doch keine Ahnung! – Abg. Thomas Blenke CDU: Ich zeige Ihnen einmal die Zahlen! Sie sehen es dann!)

Deswegen können Sie sich hier nicht hinstellen und sich für 800 Neueinstellungen feiern lassen. Die finden so gar nicht statt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Hans Heinz CDU meldet sich.)

Das setzt sich dann auch fort.

(Abg. Hans Heinz CDU: Herr Präsident!)

– Ich lasse jetzt keine Fragen zu, Herr Heinz. Das geht von meiner Redezeit ab.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir wollen ja nur Antworten auf Ihre Fragen geben! – Unruhe)

Das setzt sich im Investitionsbereich fort. Es ist in Ordnung – völlig d'accord –, dass die CDU über ihr „Spielgeld“ die

(Hans-Ulrich Sckerl)

Schutzausrüstung der Polizei verbessert. Über die Notwendigkeit dieser Verbesserung bestand im Sonderausschuss Konsens zwischen den Fraktionen. Das wollte ich an dieser Stelle noch einmal gesagt haben, damit es auch hier im Haus klar ist.

(Abg. Hans Heinz CDU: Okay, überlassen wir das den Grünen!)

Wir hatten uns schon auf diese Maßnahme verständigt, und dann hat die CDU die erforderlichen Mittel als „Spielgeld“ begriffen. So feiern Sie Erfolg in diesem Landtag.

(Abg. Hans Heinz CDU: Eigentlich war es nur ein Vorschlag!)

Nun ja, es soll der Öffentlichkeit überlassen bleiben, das zu bewerten.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das Thema ist eigentlich zu ernst, um so darüber zu reden!)

– Darüber muss man schon reden. Sie, Herr Blenke, wussten genau, dass es im Sonderausschuss längst fraktionsübergreifender Konsens war, die Schutzausstattung der Polizei zu verbessern. Dazu bedurfte es eines CDU-Antrags in letzter Sekunde überhaupt nicht.

Das Gleiche gilt auch für die Ausbildungszulage. Sie haben gemerkt, dass Druck im Kessel ist, und dann kam in letzter Sekunde wieder eines dieser Spielchen, nämlich Ihr Antrag, durch den Sie den im Haushaltsplan ursprünglich vorgesehenen Wegfall der Zulage wieder rückgängig gemacht haben. Ich finde, ein solches Verfahren ist gegenüber den Betroffenen unwürdig. Das muss an dieser Stelle einmal deutlich gesagt werden.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oje!)

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erhält Herr Abg. Kluck.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt kommt hohe Sachlichkeit in die Diskussion!)

**Abg. Hagen Kluck** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Bachmann wird nachher zur Verkehrspolitik sprechen.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Keine Drohungen, bitte! – Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Ich beschäftige mich jetzt mit dem Rest.

Herr Kollege Sckerl, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann wollen Sie dem Land jetzt noch eine neue Verwaltungsreform überstülpen. Ich würde sagen: Die Verwaltungsreform, die wir gemacht haben, war gut und richtig. Lassen wir die Verwaltung jetzt erst einmal eine Weile schaffen, bevor Sie nun versuchen, Ihre etwas kruden Vorstellungen umzusetzen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Die innere Sicherheit – auch das muss ich hier noch einmal klarstellen; Sie versuchen immer wieder, die Arbeit unserer Polizei schlechtzureden –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl, genau das tut er! – Abg. Reinhold Gall SPD: Völlig falsch!)

ist in Baden-Württemberg in guten Händen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Ich weiß auch nicht, was Sie daran auszusetzen haben, dass sich die CDU dafür einsetzt, die Ausstattung und die Ausrüstung der Polizei zu verbessern. Wir hätten überhaupt nichts dagegen, wenn Sie vernünftige Vorschläge machen würden. Dann würden wir sie auch gern aufgreifen. Aber von Ihnen kommt nichts außer Kritik.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ihre Unterstützung bei dieser Arbeit!)

Ich will noch einmal feststellen: Es gibt in diesem Bereich keine starken Kürzungen. Wir optimieren die Abläufe durch Umstrukturierung. Wir setzen damit einen Kurs fort, dessen Erfolg man am Rückgang der Gewalt-, der Jugend- und der Rauschgiftkriminalität ablesen kann. Das sind einfach die nackten Tatsachen. Die Polizei wird auch in die Lage versetzt, verstärkt gegen die zunehmende Wirtschaftskriminalität vorzugehen.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Haben Sie den Rest gelesen?)

Kollege Heinz, wir können über alles reden.

(Abg. Hans Heinz CDU: Gut, ich melde mich!)

Wir sind da offen. Aber mit uns sind nur rechtsstaatlich einwandfreie Lösungen möglich.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Haben Sie schon jemals etwas anderes von uns erlebt?)

Wenn Sie das im Hinterkopf behalten, haben wir keine Probleme, über alles zu sprechen. Was wir dann machen, werden wir sehen.

(Abg. Hans Heinz CDU: Sehr gut!)

Wir Liberalen werden weiterhin darauf achten, dass unnötige Ausgaben unterbleiben. Deswegen: Vergessen Sie das Hobby von Herrn Blenke mit diesen Landestrojanern.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Thomas Blenke CDU: Das aus Ihrem Mund empfinde ich als Kompliment!)

Aber die lehnen wir nicht nur wegen des unsinnigen Kosten-Nutzen-Verhältnisses ab, sondern auch, weil wir darin einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger sehen.

Schon jetzt werden viel zu viele Daten gesammelt. Deshalb ist die Zusammenlegung der Datenschutzaufsicht im behördlichen und im privaten Bereich überfällig.

(Hagen Kluck)

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie regieren doch!)

– Ja, das findet jetzt statt. Sie versuchen nur, das wieder schlechtzumachen. Es findet statt, und es wird auch die richtige und notwendige Stellenausstattung für den unabhängigen Landesbeauftragten für den Datenschutz geben.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Da sind wir gespannt!)

Da können Sie sich auf die Liberalen verlassen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Oh ja!)

Es freut uns, dass auch die Erneuerung der Polizeidienstkleidung weitgehend kostenneutral erfolgt. Uns geht es nicht nur um die Farbe Blau – Sie wissen ja, dass wir die Farbe Blau besonders in Kombination mit Gelb sehr schön finden –, sondern es geht uns darum, hier in großem Maß qualitative Verbesserungen zu schaffen:

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das wird teurer als versprochen, Herr Kollege!)

bessere Eigensicherung, Schutzausrüstungen in jedem Streifenwagen – all das läuft doch in den Dienststellen –, Informations- und Kommunikationstechnik.

Digitalfunk: Sie mäkeln diesbezüglich immer herum, obwohl Sie das Ganze in Ihrer Regierungszeit in Berlin verbockt haben. Wir machen das Beste daraus. Wir werden schon bis Ende 2010 den Betrieb in weiten Teilen des Landes sichergestellt haben. Kein anderes Bundesland ist so weit wie wir.

Wir sorgen trotz Ihrer Miesmacherei auch beim Verfassungsschutz dafür, dass das Landesamt zukunftsfähig bleibt.

Als Liberaler bin ich der Meinung, dass Angst immer ein schlechter Ratgeber ist. Deshalb sollte man die Gefahren von Terroranschlägen, Naturkatastrophen, Pandemien und Ähnlichem nicht überbewerten. Dennoch ist das Sicherheitsgefühl der Bürger ein hohes Gut und ein Grund dafür, dass Menschen gern nach Baden-Württemberg ziehen und gern hier bleiben. Die Bevölkerung muss sich darauf verlassen können, dass wir gegen solche Gefahren gewappnet sind.

Deshalb halte ich das Investitionsprogramm für den Katastrophenschutz, an dem Sie auch wieder herumgemäkelt haben und bei dem auch die früheren Bundesregierungen eklatant versagt haben, für eine sehr gute Sache. Da wird in den nächsten zehn Jahren ordentlich etwas geleistet.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Den Feuerwehren haben wir mit dem neu gefassten Feuerwehrgesetz eine noch bessere Arbeitsgrundlage gegeben. Die Feuerwehren können sich auf die Millionen aus der Feuerchutzsteuer verlassen. Dafür stehen wir gerade.

Bei der Dienstrechtsreform sorgen wir dafür, dass es keine Sonderopfer der baden-württembergischen Staatsbediensteten gibt. Die Erhöhung des Pensionsalters erfolgt – wie wir es immer gesagt haben – im Gleichklang mit der Regelung in der gesetzlichen Rentenversicherung.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Bei der besonderen Altersgrenze setzt die FDP/DVP auf Regelungen, die der speziellen Situation angepasst sind. Wir haben uns immer für leistungsbezogene Elemente in der Besoldung starkgemacht. Am besten lässt sich dies umsetzen – ich hoffe, darüber sind wir uns auch einig –, indem wir genügend Beförderungssämter schaffen, damit die Aufstiegsmöglichkeiten unserer Beamtinnen und Beamten verbessert werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dies gilt insbesondere für den mittleren und den gehobenen Dienst. Denn dort haben wir einen Nachholbedarf.

Wir brauchen wie die freie Wirtschaft gute Leute, die durch diese Reform motiviert werden, gern in den Staatsdienst einzutreten. Wir brauchen auch Regelungen, die den Wechsel von der Wirtschaft zum Staat und vom Staat zur Wirtschaft attraktiv machen.

Die Kritik des Kollegen Gall am kommunalen Haushaltsrecht muss ich zurückweisen. Jetzt hat er auch schon etwas gegen die Meinung des Städtetagspräsidenten Gönner. Wir waren uns mit dem Städtetag und dem Landkreistag darüber einig, dass diese Reform notwendig ist und jetzt gemacht werden muss. Das ist gut so.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die FDP/DVP-Fraktion wünscht sich im öffentlichen Dienst mehr Menschen mit Migrationshintergrund.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ihr regiert! – Abg. Reinhold Gall SPD: Stellt sie ein!)

Baden-Württemberg ist das Flächenland mit dem höchsten Ausländeranteil. Integration bleibt ein landespolitischer Schwerpunkt. Es ist gut, dass das Innenministerium und der Integrationsbeauftragte hier an einem Strang ziehen.

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg ist ein welt-offenes Land, dessen Zukunftsfähigkeit mehr denn je auf Zuwanderung angewiesen ist. Es ist und bleibt Aufgabe des Staates, das friedliche Zusammenleben der in Baden-Württemberg lebenden Menschen zu gewährleisten. Die Bevölkerung kann sich voll und ganz auf uns verlassen. Wir wollen einen wehrhaften Staat, der das Leben, die Unversehrtheit und das Eigentum seiner Bürgerinnen und Bürger schützt, ohne dabei ihre Freiheitsrechte einzuschränken.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Jawohl!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Razavi das Wort.

**Abg. Nicole Razavi CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der 2. Februar 2010 war ein guter Tag für Baden-Württemberg. Mit dem Spatenstich für Stuttgart 21

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Oje! – Oh-Rufe)

wurden nach 15 Jahren Diskussion und Streit endlich die Weichen für die Zukunft gestellt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)



(Nicole Razavi)

Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Stuttgart–Ulm bedeuten Zukunft für dieses Land, für die Menschen, die hier leben, für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze und vor allem für künftige Generationen.

Es war ein langer und schwieriger Weg. Ich möchte im Namen der CDU-Fraktion der Landesregierung sowie den Kolleginnen und Kollegen der FDP/DVP und der SPD für die große Geschlossenheit,

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Das wird ein Albtraum!)

für Mut, für Geduld und Verlässlichkeit danken. Als eine der wirtschaftsstärksten Regionen Europas ist Baden-Württemberg auf schnelle und leistungsfähige Verkehrswege angewiesen. Seine Einbindung in das europäische Schienennetz ist seit gestern gesichert. Darauf können wir gemeinsam stolz sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wer ein solches Projekt plant und umsetzt, muss die Bedürfnisse und Anliegen der Menschen im Auge haben und ernst nehmen. Ich habe Respekt vor denen, die gestern protestiert haben. Mein Respekt wäre allerdings größer, wenn die Meinungsführer selbst Alternativen aufzeigen würden. Herr Wölfler, erklären Sie doch endlich einmal, wie Sie die Verkehre durch das Filstal, durch das Neckartal, durch Stuttgart führen würden. Sagen Sie den Menschen, wie die Belastungen aussehen würden. Sagen Sie vor allem, wer es bezahlen soll, und hören Sie endlich mit dem Märchen auf, dass ohne Stuttgart 21 mehr Geld für andere Maßnahmen im Land da wäre.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Sehr gut!)

Es wäre überall, nur nicht in Baden-Württemberg. Dieser Realität muss man ins Auge sehen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Sie spielen mit den Ängsten der Menschen, geben aber selbst keine Antworten. Ich finde das sehr schlimm. Zum Glück können wir jetzt nach vorn schauen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Der zügige Ausbau der Rheintalschiene ist das zweite zentrale Schienenprojekt für Baden-Württemberg. Als europäische Güterverkehrsstrecke, aber auch als Fern- und Nahverkehrsstrecke ist die Rheintalschiene für die CDU-Fraktion ein wichtiges Anliegen. Wir haben auch immer betont, dass wir eine Planung erwarten, die Rücksicht auf Mensch und Umwelt nimmt. Dies ist für uns die Grundvoraussetzung für eine finanzielle Beteiligung des Landes an den Mehrkosten dieses Bundesprojekts. Wir erwarten, dass sich Bund und Bahn an die Vereinbarungen halten und den Projektbeirat ernst nehmen.

Der Schienenpersonennahverkehr, meine Damen und Herren, schreibt seit vielen Jahren, seit der Regionalisierung, eine beeindruckende Erfolgsgeschichte. Der Integrale Taktfahrplan im ganzen Land, immense Steigerungen bei den Fahrgastzahlen und gute Angebote sprechen für sich.

Auch künftig wollen wir Angebot und Qualität erhalten und ausbauen. Weil vom Bund nicht mehr Regionalisierungsmittel

zu erwarten sind, ist dies eine wirklich große Herausforderung. Wir setzen deshalb mit dem neuen Verkehrsvertrag auf mehr Wettbewerb und Markt, und wir erwarten von den Verkehrsunternehmen Investitionen in die Qualität.

Wir setzen aber auch auf die neuen Möglichkeiten, die durch Stuttgart 21 für den SPNV entstehen. Es ist einfach falsch, wenn behauptet wird, Stuttgart 21 sei zum Nachteil des Schienenpersonennahverkehrs. Im Gegenteil, es fördert ihn sogar.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: So ist es!)

Neben der Schiene sind besonders die Straßen die wichtigen Verkehrsadern im Land und deren Bau und Erhaltung damit entscheidende Zukunftsinvestitionsmaßnahmen. Auch hier nimmt die CDU ihre Verantwortung sehr ernst. Trotz der schwierigen Haushaltssituation klug in den Neu- und Ausbau sowie in den Erhalt der Landesstraßen zu investieren war deshalb für uns in den Beratungen ein zentrales Anliegen.

Deshalb ist der Straßenbau einer der wenigen Bereiche, die von Kürzungen verschont geblieben sind. Daher ist es richtig und wichtig, dass 2010 und 2011 mit 157,6 Millionen € bzw. mit 152,5 Millionen € mehr Mittel dafür zur Verfügung stehen als im vergangenen Jahr. Aus dem Impulsprogramm kommen für die vier Großprojekte im Landesstraßenbau rund 55 Millionen € hinzu.

Dass gerade auch für den Erhalt unserer Landesstraßen noch mehr Geld nötig wäre, ist uns durchaus bewusst. In der derzeitigen Situation sind wir allerdings froh, dass die Mittel auf 50 Millionen € jährlich verstetigt werden konnten. Hinzu kommen in diesem Jahr 21 Millionen € aus dem Landesinfrastrukturprogramm.

Klar ist für die CDU, dass neben Erhaltungsmaßnahmen auch dringend Neu- und Ausbaumaßnahmen benötigt werden. Um Straßen, die sich bereits im Bau befinden, und die verbleibenden 21 Projekte aus dem Landesstraßenbauprogramm 2008/2009 finanzieren zu können, ist uns eine Erhöhung der Mittel auf 69 Millionen € bzw. auf 65 Millionen € wichtig.

Der Bundesfernstraßenbau, meine Damen und Herren, ist und bleibt das Sorgenkind Nummer 1 im Land. Der Bedarfsplan 2001 bis 2015 umfasst für Baden-Württemberg ein Gesamtvolumen von rund 7,5 Milliarden € allein für Straßen im Vordringlichen Bedarf. Weil wir aber über die vielen Jahre deutlich zu wenig Geld vom Bund bekommen haben, sind für die restlichen fünf Jahre noch Vorhaben mit einem Volumen von rund 5 Milliarden € zu finanzieren. Weil wir aber davon ausgehen müssen, dass wir künftig eher weniger als mehr Mittel bekommen, ist die Annahme, dass dies gelingen könnte, völlig unrealistisch.

Hinzu kommt die Sonderfinanzierung des Alaufstiegs im Zuge der A 8 in Höhe von rund 500 Millionen €. Die Landesregierung hat deshalb unsere volle Unterstützung, wenn sie fordert, auf das Aufbauprogramm Ost müsse jetzt ein Ausbauprogramm West folgen. Wer will, dass Baden-Württemberg auch künftig in den Länderfinanzausgleich zahlt, muss dafür sorgen, dass hier Straßen gebaut werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

(Nicole Razavi)

Die Misere im Bundesfernstraßenbau macht aber vor allem eines erforderlich, nämlich einen Systemwechsel, den Schritt von der Finanzierung nach Kassenlage zur Nutzerfinanzierung, bei der die Einnahmen zweckgebunden und 1 : 1 in den Fernstraßenbau investiert werden. Dann stünde uns auch mehr Geld für den Landesstraßenbau zur Verfügung. Es reicht eben nicht aus, Herr Haller, Mängel bei den Straßen anzuprangern; Sie müssen auch Antworten darauf geben, woher das Geld kommen soll.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Antworten haben wir!)

Die Pkw-Maut ist der entscheidende Schlüssel hierfür; das wissen wir alle. Richtig gemacht ist sie sinnvoller und gerechter als das jetzige System

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Dann legt doch ein Konzept vor!)

und wird auch von den Bürgern akzeptiert werden. Deshalb hat die Landesregierung unsere volle Unterstützung bei ihrem erneuten Vorstoß.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haller das Wort.

**Abg. Hans-Martin Haller SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Kluck hat vorhin einen seiner wenig gefürchteten Schablonensätze geäußert: „Ihr versucht, die Arbeit der Polizei schlechtzureden.“ Nonsens! Wir von der SPD bewundern die Polizei; wir bewundern, wie sie angesichts der von dieser Regierung vorgegebenen Rahmenbedingungen ihre Arbeit leistet. Hut ab!

(Beifall bei der SPD – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sehr gut!)

Damit will ich die Debatte nicht noch einmal aufmachen, aber ich möchte doch klarstellen, Herr Kluck: Sie sollten auf das hören, was wir sagen, und nicht hinter Ihren eigenen Vorurteilen herrennen. Was die Polizei angeht, so bewundern wir die Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf von der CDU)

Sie leisten auch in Sachen Verkehr gute Arbeit.

Damit leite ich zum Thema Verkehr über. Baden-Württemberg braucht aufgrund seiner Lage in Europa als Transitland Nummer 1 und aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur gute Verkehrsrahmenbedingungen. Da sind wir uns in einer großen Koalition einig. Insoweit war der gestrige Tag ein glücklicher Tag für Baden-Württemberg. Darauf brauche ich nicht mehr einzugehen; es ist hinreichend beschrieben worden.

Wir hoffen allerdings noch auf viele solcher guten Tage und fordern diese Regierung auf, sich im Schulterschluss mit möglichst vielen Parteien in Berlin endlich durchzusetzen, sodass wir im Land eine ausreichende Verkehrsinfrastruktur bekommen: Ausbau der Rheintalbahn, Albüberquerung und natürlich Ausbau der Schienenlinien Südbahn und Gäubahn – Pro-

jekte, die nun zumindest in den Medien heftig infrage gestellt sind. Es kann nicht sein, dass wir als Wirtschaftsland Nummer 1 in Deutschland immer mehr in einen gewissen Verkehrsschatten kommen.

Natürlich hat der Bund das Sagen. Aber, meine Damen und Herren, Sie als Landesregierung haben hierbei eine große Verantwortung. Sie begeben sich viel zu oft auf den Weg des Jammerns und Klagens in Richtung Bund, um das eigene Versagen dadurch zu verdecken. Das ist der Kern Ihres Handelns seit fast 50 Jahren.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Oi, oi!)

Das Ergebnis ist die mangelhafte Verkehrsinfrastruktur in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Das kommt daher, dass Sie sich nicht ausreichend durchsetzen können. Egal, ob der Verkehrsminister im Bund nun von der CDU oder von der SPD kommt: Wir sind hier in Baden-Württemberg!

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja!)

Da muss mehr Druck in Richtung Berlin erfolgen; es geht nicht an, immer wieder in voreuseilendem Gehorsam nachzugeben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wie wenig einflussreich Sie sind, zeigt sich beim Thema Pkw-Maut. Natürlich ist das ein Schmarrn. Aber Sie können sich doch noch nicht einmal in Ihrer eigenen Partei durchsetzen. Sonst würde das Thema doch kommen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Da setzen Sie wieder eine Schimäre in die Landschaft und sagen, das diene der Finanzierung. Am Ende jedoch haben wir gar nichts. Das Ergebnis ist nur ein weiterer Abbau der Verkehrsinfrastruktur auf der Schiene und der Straße. Das ist Ihre Sackgassenpolitik, die auch das Land in die Sackgasse führt. Dagegen wollen wir Zeichen setzen:

(Beifall bei der SPD)

Forderungen an den Bund, aber auch Durchsetzungsfähigkeit gegenüber dem Bund.

Nun zur zweiten Ebene, zum Land. Natürlich haben wir im letzten Jahr dank der Konjunkturprogramme etwas mehr Finanzmittel gehabt. Aber hier hat die Regierung in den vergangenen 50 Jahren – man darf nicht immer nur vorausschauen, sondern muss auch schauen, was geleistet wurde – auch dafür gesorgt, dass das Landesstraßennetz verkommen ist und viel schlechtere Parameter als Bundesstraßen und Kreisstraßen aufweist, weil sie nicht genügend Geld für den Unterhalt, geschweige denn für den Erhalt ausgibt. Da nützt ein bisschen Aufstockung oder eine abgemilderte Kürzung gar nichts. Ich fordere Sie auf: Stimmen Sie den Anträgen der SPD zu!

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Noi!)

Das ginge ohne eine Erhöhung der Gesamtverschuldung. Das ist unser Konzept: mehr Geld für den Landesstraßenbau. Der

(Hans-Martin Haller)

ländliche Raum hat das verdient, und die Unternehmen, die im ländlichen Raum angesiedelt sind, die in einer schwierigen Zeit Arbeitsplätze sichern, haben dies auch verdient.

(Beifall bei der SPD)

Wir bekennen uns – da gibt es eine gewisse Differenzierung – dazu, dass auch noch die eine oder andere Ortsumgehung gebaut werden muss. Um Ortskerne zu sanieren, um Dörfer wieder verstärkt lebenswert zu erhalten, muss das sein; nicht in großem Stil, aber, wie gesagt, das eine oder andere ist neu zu trassieren.

Kollege Gall hat sich um die Innenpolitik sehr verdient gemacht, wenn auch zulasten der Verkehrspolitik, wenn ich meine Redezeit betrachte. Aber sei's drum.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die CDU hat auch länger gesprochen! Da gibt es einen Bonus! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Seit wann seid ihr für Boni?)

Es bliebe vieles zu sagen, natürlich auch zum Regionalverkehr. Beim Landesstraßenbau mussten Sie von ursprünglich 60 Maßnahmen 21 stornieren.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt doch nicht!)

– Sie haben sie in dieses Jahr übertragen, natürlich, und damit finanzieren Sie es quasi indirekt weiter.

Nahverkehr: Wir fordern Sie auf: Kommen Sie bei den Ausschreibungen endlich in die Gänge! Das ist doch Ihr Dilemma: Sie sind Spezialisten für Ankündigungen und nicht Spezialisten für Vollzug. Auf diesen Tag warten wir. Wir würden uns freuen, Sie von der Regierung – Herr Minister, Herr Staatssekretär – nicht als Ankündigungsspezialisten, sondern endlich einmal als Macher in Sachen Verkehr kennzeichnen und charakterisieren zu dürfen. Auf diesen Tag würden wir uns freuen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erhält Herr Abg. Wölfle das Wort.

**Abg. Werner Wölfle** GRÜNE: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss zugeben: Ich bin angenehm überrascht, dass Sie nach dem anstrengenden Tag gestern doch so zahlreich erschienen sind. Wie geht es denn Ihrem Muskelkater?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das war doch nicht anstrengend! Das war doch schön!)

Ein solcher Prellbock ist doch ganz schön schwer.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Den haben doch die Schaffer gelupft!)

Wie geht es dem schlechten Gewissen, das auf Ihre Schultern drückt?

(Oh-Rufe von der CDU – Weitere Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Klaus Schüle: Psychonummer! – Zuruf: Das muss man die Grünen fragen!)

Oder schmerzen die Schultern vor lauter Sich-selbst-auf-die-Schultern-Klopfen, wenn es die Bürger schon nicht machen?

(Abg. Werner Raab CDU: Herr, schmeiß Hirn ra!)

Das größte Projekt Stuttgarts wird außer von den geladenen Gästen von niemandem gewollt; die Bürger werden Ihnen das Leben noch ganz schön schwer machen, und je mehr sie von den vielen Öffentlichkeitsarbeitern beschimpft werden, desto lieber werden sie Ihnen den Marsch blasen.

Wussten Sie übrigens, dass das Land fast 1 Million € jährlich für das „Stuttgart-21-Lautsprecher“-Büro zahlt – jedes Jahr! –

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Keine Beleidigung des Präsidenten!)

und dass in diesem Büro neun Menschen Öffentlichkeitsarbeit machen plus, sozusagen als Subwoofer, unser Herr Landtagsvizepräsident?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Keine Kritik am amtierenden Präsidenten!)

Meine Damen und Herren, das merkt man. Das ist überzeugende Arbeit, die da geleistet wird. Überzeugende Arbeit! Nehmen wir nur einmal die Schlagzeilen der letzten drei Werktage: „Designierter Ministerpräsident widerspricht amtierendem Finanzminister“ beim Thema „Ausbau und Mittel für die Rheintalbahn“. Oder: „Lärmschutz legt Großprojekte lahm“ – das führt zu hohen Mehrkosten bei wichtigen Streckenvorhaben. Oder: „Nach der Distanzierung Stächeles vom Konzept Baden 21 sind alle bürgerfreundlichen Varianten offensichtlich vom Tisch“, „Lärmschutz gibt es nicht für alle“, „Tauziehen um angrenzende Ortschaften“, „Planung für ICE-Trasse in Verzug“, „Kostenexplosion bei Rheintalbahn“, „Ausbau: Die Gütertrasse könnte 1,4 Milliarden € teurer werden“.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Halten Sie eine Rede oder eine Presseschau?)

– Ich lese Ihnen das vor, was Sie offensichtlich nicht wahrhaben wollen. Das behauptete auch nicht ich, sondern das sagen Experten aus diesem Land, die unverdächtig sind, den Grünen anzugehören.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann sind sie wirklich Experten!)

Weiter: „Das Land gibt mehr Geld für die Südbahn“, verspricht Herr Staatssekretär Köberle.

(Abg. Rudolf Köberle CDU: Das fordern die Grünen auch!)

Für Wendlingen–Ulm hat der Bund das Geld nicht. Die zusätzlichen Kostenexplosionen, von denen Sie wissen, aber alle anderen Experten auch, werden dazu führen, dass das Geld für diese Trasse, die wir begrüßen – –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, was jetzt? Seit wann das? – Abg. Reinhold Gall SPD: Nun doch?)

– Ich sage das nur, damit Sie das nicht vergessen.

(Werner Wölfle)

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist ja ein Zickzack, ein Hin und Her! – Abg. Reinhold Gall SPD: Einige!)

– Ihr Problem ist, dass Sie bei Stuttgart 21 leider keinen „Zack-Kurs“ machen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Kein was?)

– Kein Zickzack; es bleibt immer bei Zick, und Sie merken nicht, dass Sie sich da verrannt haben. Das ist der Punkt.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Machen wir weiter. Das Problem, das auch Sie sehen: Die Bauzeiten dieser Schnellbahntrasse werden sich erheblich verlängern. Um sich nicht völlig zu blamieren,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Wäre es gut, wenn Sie aufhören! – Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Wölfle, was ist das Thema?)

werden die Bauzeiten – wenn Sie davon ausgehen, dass tatsächlich gebaut wird – gestreckt und gedehnt.

Herr Staatssekretär Köberle sagt in entwaffnender Ehrlichkeit: Das Bahnprojekt Stuttgart–Ulm hilft auch dem Ausbau der Südbahn.

(Abg. Rudolf Köberle CDU: Ja!)

Zumindest was das schlechte Gewissen und die Angst vor dem Rest des Landes betrifft, stimmt das. Er verspricht mehr Geld. Das Dumme ist nur: Das Land hat dieses Geld nicht, weder für die Südbahn noch für die notwendigen Verbesserungen für die Rheintalbahntrasse. Es wird immer gesagt, wir würden behaupten, Stuttgart 21 und die Schnellbahntrasse würden das Geld für andere Schienenprojekte auffressen. Dem ist eben so. Die Mittel fehlen dann nicht in der Uckermark, sondern in unserem Ländle.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt will er die Trasse wieder nicht!)

Auch für diese Landesregierung und den Bund gilt nach Adam Riese: Eins minus eins ergibt null.

Kommen wir zum Rest des Landesverkehrshaushalts. Wie immer, alles wie gehabt: zu wenig Kohle für Schiene, für Straßenerhalt wie auch für den Radverkehr. Was uns aber in den letzten Tagen gewundert hat: Kies gibt es offensichtlich genug.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: In der Tat!)

Ich habe den Eindruck: Wenn man Kies verschiebt, kann man viel Geld machen, wenn man die richtigen Freunde hat.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sie reden doch Schotter!)

Herr Minister Rech, wir bitten Sie um schnellstmögliche Aufklärung. Falsche Freunde könnten gefährlich werden.

Wir haben wieder versucht, Ihnen deutlich zu machen, dass es richtig wäre, Planungsmittel zu reduzieren, um nicht weiter auf Halde zu planen. Auch hierzu sagt Herr Staatssekretär

Köberle entwaffnend ehrlich: „Wenn es schon kein Geld gibt, um neue Straßen zu bauen, dann versprechen wir halt wenigstens ein Plänle.“

(Abg. Rudolf Köberle CDU: Das habe ich nie gesagt!  
– Abg. Nicole Razavi CDU: Ein was?)

– Ein Plänle, damit die Leute ein bisschen zufriedener sind.

(Zuruf des Abg. Rudolf Köberle CDU)

Nun kommen wir zu einem uns ganz wichtigen Bereich in diesem Verkehrshaushalt: dem Radetat. Die Landesregierung hat das geschickt gemacht.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Jetzt müssen Sie uns aber loben!)

– Lob an dieser Stelle. – Sie haben einen extra Radetat ausgewiesen. Aber schon der ADFC hat gemerkt – wir auch –: Es ist altes Geld, kein frisches Geld. Es wird nur ein extra Etat ausgewiesen. Das ist aber immerhin ein strategisch guter Schachzug.

Bei dem Thema Radverkehr treibt den Herrn Staatssekretär um, dass der Bau von Radwegen ausgeglichen werden muss, indem andernorts Grünflächen geschaffen werden. Das findet er schlecht.

(Abg. Rudolf Köberle CDU: Ja!)

Lieber Herr Köberle, das ist aus unserer Sicht selbstverständlich, weil auch Radwege Landschaft versiegeln, auch wenn es nur Bruchteile dessen sind, was Ihre geliebten Straßenneubauten verbrauchen. Ändern Sie endlich die Richtlinien für die Bezuschussung von Radwegen, und schichten Sie frisches Geld für Radwege um. Radwege verbrauchen nicht nur einen Bruchteil der Fläche, sondern auch nur einen Bruchteil der Gelder.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das ist ja wie Geldwäsche! Sie wollen immer frisches Geld! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Es sind auch nur ein Bruchteil Ihrer Leute da!)

Vor Kurzem hat Herr Mappus eine aus meiner Sicht bemerkenswerte Rede im Stuttgarter Rathaus gehalten, in der er gesagt hat, gespart werde erst, wenn er es sage oder die Konjunktur wieder voll laufe und keine Wahlen mehr in Sicht seien, aber gespart werde auf keinen Fall beim Straßenneubau, bei Bildung, Polizei und Feuerwehr. Da bleiben eigentlich nur die Ministerien. Aber irgendwelche Wahlen sind immer. Sie können sich also entspannen, liebe Ministerialen.

Aber zum Schluss meiner Rede will ich doch wenigstens auf einen gemeinsamen Punkt hinweisen und ihn hervorheben: unseren gemeinsamen Kampf und Einsatz für eine streckenbezogene Pkw-Maut. Ich lade Sie herzlich zu unserer Veranstaltung am 26. Februar hier im Landtag ein: mehr Mobilität, weniger Verkehr durch eine grüne, streckenbezogene Maut. Sie wie wir brauchen eine andere Finanzierung des ÖPNV und des Straßenerhalts.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dieter Hillebrand CDU: So wird man nicht Bürgermeister! Sternstunde der Grünen!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Bachmann das Wort.

**Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Römer waren der Überzeugung: Wohlstand kommt auf guten Straßen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Jawohl! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das Römische Reich ist untergegangen, Herr Kollege!)

Ein Blick in die Geschichte gibt ihnen recht. Der Zusammenhang zwischen Wohlstand und Mobilität zieht sich wie ein roter Faden durch die Menschheitsgeschichte. Die Babylonier verfügten mit Euphrat und Tigris, die Ägypter mit dem Nil und die Griechen mit dem Mittelmeer über Wasserstraßen. Ihre Hochkulturen wären nicht denkbar gewesen ohne die Möglichkeit, ihre Städte aus entfernt gelegenen Regionen mit Nahrung und Rohstoffen zu versorgen. Ohne Verkehr hätte es weder die Pyramiden noch die Hängenden Gärten, noch den Koloss von Rhodos gegeben.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Uns bleibt nichts erspart!)

Geändert hat sich an diesem Grundzusammenhang bis heute nichts. Auch unsere Gesellschaft verdankt ihr Wohlstandsniveau der Möglichkeit, Menschen und Güter rasch über weite Strecken zu transportieren. Kurz und gut: Kein Wohlstand ohne Mobilität.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt einmal zum Zustand der Landesstraßen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem Doppelhaushalt 2010/2011 macht unsere Koalition deutlich, dass wir Mobilität und Wohlstand für dieses Land sichern wollen.

Fangen wir an, lieber Kollege Wölfle, mit den Mitteln für den Radverkehr, die jetzt eigens ausgewiesen sind. Diese Mittel werden auch in Zukunft einen nachfragegerechten Ausbau der Radwege gewährleisten.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Es ist schön und wir danken der Opposition – besonders natürlich den Grünen –, dass wir alle uns in diesem Punkt einig sind.

Die Mittel für die Landesstraßen, Kollege Schmiedel, steigen weiter. Im Jahr 2009 haben wir mit dem Sofortprogramm im Landesstraßenbau einen Kraftakt vollbracht, indem 58,4 Millionen € – Kollegin Razavi erwähnte es – zusätzlich eingestellt wurden. Obwohl dieses Programm mit dem Baufortschritt ausläuft, werden die Straßenbaumittel in den Jahren 2010 und 2011 weiter erhöht. 2009 standen ohne Sonderprogramm Straßenbaumittel in Höhe von 87,6 Millionen € zur Verfügung, Kollege Haller, und im Jahr 2011 stehen ohne Sonderprogramm 125,5 Millionen € zur Verfügung, mit Sonderprogramm sogar 152,5 Millionen €. Wir sind stolz auf diese Zahlen, und wir verstehen die Grünen nicht.

Ich frage mich oft, ob die Grünen den Zusammenhang zwischen Wohlstand und Mobilität nicht sehen oder ob sie ihn einfach nicht sehen wollen, oder ob es ihnen schnuppe ist, wie

es mit unserem Wohlstand bis hin zu den sozialen Sicherungssystemen aussieht.

Sie beantragen heute wieder einmal, die Mittel für den Landesstraßenbau auf null zu setzen. Wir werden dies selbstverständlich wie im Finanzausschuss ablehnen. Denn wir wollen Mobilität und stehen deshalb zu einem gut ausgebauten Straßennetz. Jeder siebte Arbeitsplatz in Deutschland hängt unmittelbar vom Straßenverkehr ab. Mittelbar sind es mehr als zwei Drittel, denn noch immer wird der größte Teil der Güter zumindest teilweise auf Straßen transportiert. Die meisten Pendler nutzen für die Fahrt zur Arbeit das eigene Auto. 18 % der Bruttowertschöpfung in Deutschland lassen sich unmittelbar dem Straßenverkehr zuordnen. Mittelbar liegt die Quote auch hier bei über zwei Drittel. Wie sagten die Römer? Wohlstand kommt auf guten Straßen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Si tacuisses!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen aber auch zum Ausbau des Schienennetzes. Wir wollen den öffentlichen Personenverkehr stärken, weil dies der Umwelt zugutekommt. Das scheint bei den Grünen anders zu sein.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Denn mit den Kampagnen gegen Stuttgart 21 und jetzt sogar gegen den Ausbau der Stadtbahn in Karlsruhe machen Sie deutlich, dass Sie offenbar selbst den Schienenverkehr nicht mehr wollen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Mit dem Fahrrad allein werden wir unser Wohlstandsniveau sicherlich nicht halten können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Peter Hofelich SPD: Aber unser Gewicht!)

Wir stehen zum Ausbau des Schienennetzes – das haben wir gestern deutlich gemacht – auf der Ost-West-Achse mit Baden-Württemberg 21. Im Jahr 2010 sind 108 Millionen € und im Jahr 2011 138 Millionen € für dieses Projekt bereits eingestellt. Gestern ist mit dem Abschweißen eines Prellbocks der Startschuss für dieses Projekt gegeben worden.

Mit der Werbekampagne, die der Vizepräsident des Landtags in seiner Eigenschaft als Projektwerber ganz hervorragend umsetzt

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Botschafter, nicht Werber!)

– die er als Botschafter umsetzt – und mit der er die Botschaft unter die Menschen tragen wird, werden zunehmend mehr Menschen erkennen, dass unser Land ohne dieses Schienenprojekt keine Zukunft

(Lachen des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

und keine Einbindung in das internationale Hochgeschwindigkeitsnetz hat. Denn, lieber Kollege Walter, das Projekt kommt sowohl Karlsruhe zugute, weil die Strecke Paris–Stuttgart nun einmal über Karlsruhe führt, als auch Stuttgart, weil die Strecke Budapest–Karlsruhe über Ulm und Stuttgart führt.

(Dietmar Bachmann)

Es ist ein Projekt – Kollege Rivoir, ich glaube, Ulm profitiert davon am meisten – für ganz Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Aber auch auf der Nord-Süd-Achse wollen wir das Schienennetz weiter ausbauen. Wir wollen, dass die neue Rheinstalstrecke gebaut wird. Die Verantwortung hierfür liegt in Berlin. Die Entscheidung wird letztlich dort getroffen. Aber wir stehen zu unserer Bereitschaft, für diese Strecke dort, wo es für Mensch und Umwelt beim Lärmschutz, bei einer Trassenführung entlang der Autobahn und bei anderen Themen sinnvoll und notwendig ist, Landesgeld in die Hand zu nehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Diese Nord-Süd-Verbindung ist natürlich für das ganze Land hilfreich, aber sie kommt hauptsächlich Baden zugute.

Die andere Nord-Süd-Verbindung, die wir ausbauen müssen – Kollege Haller erwähnte es –, ist die Gäubahn, die Württemberg zugutekommt. Denn auch die Verbindung von Tauberbischofsheim und Stuttgart nach Mailand muss verbessert werden.

Aber, Herr Kollege Haller, Sie sagten: „Das Land braucht noch viele gute Tage.“ Lassen Sie mich Ihnen mit einem alten Sprichwort antworten:

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wenn Sie aufhören, werden die Tage gut!)

Gut Tag will Weile haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einen Antrag der Grünen vermissen wir heute.

(Zuruf: Och! – Abg. Reinhold Gall SPD: Dann stellen Sie ihn doch selbst!)

– Das wollen Sie auch nicht, Herr Gall.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wir vermissen den Antrag, die Mittel für Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Stuttgart–Ulm zu streichen. Ich habe mich dann gefragt, ob wir wohl schon in Phase 2 des grünen Dreisprungs sind. Sie wissen ja: Phase 1 ist „Ablehnen und Absahnen bei den Wahlen“, Phase 2 „Umfallen“ – denn, Herr Kollege Wölflé, die wahre Umfallerpartei sind bei allen Verkehrsprojekten die Grünen –

(Abg. Werner Wölflé GRÜNE: Sie meinen, von der FDP lernen, oder wie?)

und Phase 3 „Beim Einweihen ganz vorn stehen“.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich verdeutliche Ihnen das an einem konkreten Beispiel. Ihr Parteifreund, unser früherer Kollege Boris Palmer, hat ja sogar den Ministerpräsidenten unseres Landes nach einer Einladung gefragt. Die eine Hälfte der Zeit stand er bei der De-

mo, die andere Hälfte stand er bei den geladenen Befürwortern des Projekts.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber immer vor der Kamera!)

Ist er nun schon umgefallen, oder fällt er um? Wann sind Sie so weit?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Pressegeil! – Abg. Reinhold Gall SPD: Gab es bei den Gegnern auch etwas zu essen?)

Das zeigt doch, wie die Grünen mit solchen Projekten umgehen. Am Ende heißt es, sie hätten es gefordert, und dann stehen sie ganz vorn.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schlimmer als die Phasen 1 bis 3 des grünen Dreisprungs

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ist diese Rede! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

ist Phase 4. Diejenigen, die konservativ, wie ich manchmal, noch mit dem Auto fahren,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

werden an einer der zahllosen überflüssigen Ampeln hier in Stuttgart stehen und dann unfreiwillig zu den 14 Milliarden t CO<sub>2</sub> beitragen,

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

die jedes Jahr in Deutschland durch überflüssige Staus entstehen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Sie dürfen dann immer daran denken, woran das liegt. Ich sage ja: Phase 4. Das ist dann eine WWW, eine „Werner-Wölflé-Warteschlange“.

(Abg. Werner Wölflé GRÜNE: Danke! Super!)

Wir dagegen wollen Mobilität. Damit wollen wir den Wohlstand der Menschen in unserem Land sichern. Außerdem wollen wir die Zukunft sichern. Deshalb stehen wir dazu, dass wir die Verkehrswege in Baden-Württemberg ausbauen müssen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. – Entschuldigung. Die Regierung, der Herr Innenminister hat noch nicht gesprochen. Ich habe gerade nach links, aber nicht nach rechts geschaut.

Bitte schön, Herr Innenminister.

**Innenminister Heribert Rech:** Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Alle Vorrednerinnen und Vorredner haben leider recht: Wir befinden uns in einer schwierigen Finanzlage und in einer schwierigen Haushaltslage. Deshalb ste-

(Minister Heribert Rech)

hen wir in der Haushaltspolitik vor besonderen Herausforderungen.

Herr Gall, Sie haben Glück, dass Sie sich diesen Herausforderungen nicht stellen müssen. Sie blasen in diesem Orchester, in dem gemeinsam ein guter Wille gezeigt wird, in die falsche Trompete, nämlich in das „Füllhorn der Pandora“.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Das ist nun wirklich das falsche Instrument. Wenn z. B. die SPD den Antrag stellt – ich könnte viele Beispiele nennen, möchte es aber bei diesem Beispiel belassen, um Sie im Hinblick auf die Mittagspause jetzt nicht zu quälen –, den Stellenabbau im Bereich des Nichtvollzugs zu beenden, und auf der anderen Seite meint, dies durch die Streichung des Freiwilligen Polizeidienstes gegenfinanzieren zu können, den Antrag auf Streichung aber nicht stellt, sondern ihn geflissentlich verschweigt, dann ist das nicht – –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ihr bügelt ihn doch eh ab! Ihr habt ihn doch schon im Finanzausschuss abgebügelt! Da brauchen wir doch keine Schau abzuziehen!)

– Herr Kollege Gall, das ist ein solches Beispiel.

(Zuruf von der CDU: Keine Showpolitik!)

Herr Kollege Sckerl hat immerhin – das erkenne ich ausdrücklich an – erkannt, worauf es in diesen Zeiten ankommt. Er hat darauf hingewiesen, dass das Innenministerium ein Sparpaket mit einem Volumen von 223 Millionen € auf den Tisch gelegt hat. Herr Sckerl, ich möchte das mit einer Ehrlichkeit Ihnen gegenüber goutieren. Wenn Sie sich das Sparpaket genau anschauen, dann stellen Sie fest, dass bei allen Anstrengungen, die wir unternommen haben, nicht jeder Sparvorschlag ein struktureller ist – das ist auch wahr –; denn sonst wären wir nicht auf diese Summe gekommen. Diese Art der Einsparung – auch beim Digitalfunk – ist aber redlich, weil wir das Geld, das wir herausgenommen haben, in diesem und im nächsten Jahr nicht brauchen. Insofern sollte man der Wahrheit die Ehre geben.

Herr Kollege Sckerl, Sie befassen sich zumindest mit dieser Herausforderung. Dabei bringen Sie aber wieder die alten Vorschläge zur Verwaltungsreform wie den, die Regierungspräsidien aufzulösen. Ich bin bereit, über all das zu diskutieren. Wir sind aber in Baden-Württemberg. Da müssen wir die Verwaltungsstrukturen den Gegebenheiten unseres Landes anpassen. Für ein Flächenland und ein bevölkerungsreiches Land wie Baden-Württemberg ist die dreigliedrige Struktur, die wir jetzt haben, angemessen. Das mag in anderen Bundesländern anders sein. Deshalb ersparen Sie es mir bitte, noch einmal über diese Uraltvorschläge zu diskutieren.

Ich war bereit und hatte mir fest vorgenommen, jeden konzeptionellen und konstruktiven Vorschlag, sofern ein solcher heute hier unterbreitet worden wäre, mir ganz persönlich am Sonntag – ohne Verwaltungsbeamte – anzuschauen. Den ganzen Sonntag hätte ich mir dafür frei gehalten, um mich selbst mit diesen Vorschlägen zu befassen. Am Montag hätte ich dann mit Ihnen darüber gesprochen. Ich sehe aber keinen einzigen solchen Vorschlag.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Deshalb werde ich den Sonntag dazu nutzen, meinen Schnupfen auszukurieren. Das ist gescheiter.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Herr Kollege Wölfler, Sie strahlen mich gerade so an. Aufgrund unseres freundschaftlichen Verhältnisses darf ich Ihnen das vielleicht sagen: Ich habe den Eindruck, dass auch Sie gestern ausgiebig gefeiert haben. Vieles von Ihrer Rede habe ich nur kryptisch verstanden. Eines hat sich mir jedoch eingepägt, und zwar Ihr Lob hinsichtlich des Fahrradwegebaus. Wir sind uns also einig, dass Baden-Württemberg auf dem Weg zu einem Fahrradhochgeschwindigkeitsland ist. Diesen Weg werden wir fortsetzen.

(Heiterkeit des Abg. Werner Wölfler GRÜNE – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ojemeine! – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Der war echt gut!)

Meine Damen und Herren, um das auch vorweg abzuräumen: Ihre Fragen zum Thema Kies werde ich umfassend beantworten, soweit ich es kann. Alles, was ich Ihnen heute dazu sagen kann, ist, dass ich viel zu wenig davon habe. Aber alles andere wird umfassend beantwortet werden.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Da sind wir gespannt!)

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass uns in diesem Haushalt der Spagat zwischen den gebotenen Haushaltsrestriktionen und den Belangen der Innenpolitik gelungen ist. Ich bin außerordentlich dankbar, dass wir es trotz der hohen Einsparauflagen geschafft haben, ausreichende Finanzmittel für die wichtigen Bereiche Verkehr, Straßenbau, Sicherheit, Polizei, Verfassungsschutz, Feuerwehr und Katastrophenschutz, Aussiedler- und Ausländerunterbringung, Integration und allgemeine Verwaltungsbehörden sowie – nicht zu vergessen – die EDV in den Haushalt einzustellen.

Ich will vorweg – nicht erst hinterher – allen danken, die daran mitgearbeitet haben, vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Hauses, des Innenministeriums, aber auch den Fraktionen von CDU und FDP/DVP sowie deren Sprechern und den AKs, die nun wirklich nichts unversucht gelassen haben, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, was diesen Haushalt angeht.

Ich möchte nur auf einige Themenfelder näher eingehen, meine Damen und Herren, und bitte um Verständnis, dass ich nicht zu allen Aufgaben des Innenministeriums Ausführungen machen kann.

Zunächst komme ich zum Thema Verkehr. Die Ansätze im Verkehrshaushalt zeigen ja, dass wir es ernst meinen mit unserer Zielsetzung, die Mobilität der Wirtschaft und der Bevölkerung zu sichern. Auch in den kommenden Haushaltsjahren werden wir die Erfolgsgeschichte des Nahverkehrs in unserem Land fortsetzen. Das ist eine Erfolgsgeschichte. Wir wollen die Schifffahrt und die Luftfahrt unverändert unterstützen, damit sie ihre Funktion und ihre Stärke wirklich entfalten können. Der Ausbau der Neckarschleusen und unserer Flugplätze wird fortgeführt; das will ich ausdrücklich sagen.

Wir gehen mit Mut – dazu bedarf es Mut, keine Frage – auch große Projekte an. Denn wir müssen das Land voranbringen. Einige Beispiele dazu:

(Minister Heribert Rech)

Baden-Württemberg 21. Dazu wurde viel gesagt. Da nimmt das Land viel Geld in die Hand, und mit diesem Geld werden – das kann man nicht oft genug betonen – Investitionen ausgelöst, deren Volumen das Drei- bis Vierfache der eingesetzten Mittel erreicht.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es ist uns gelungen, Mittel für Investitionen in die Schiene in Höhe von über 6 Milliarden € nach Baden-Württemberg zu holen, 4,1 Milliarden € allein für Stuttgart 21 und 2 Milliarden € für die Neubaustrecke nach Ulm.

Kollegin Razavi hat zu Recht darauf hingewiesen: Das Geld könnte der Bund auch anderswo investieren. Wenn dieses Geld nicht hier in diese Strecke investiert worden wäre, dann wäre es überall – jedenfalls nicht in Baden-Württemberg – investiert worden.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Was ist mit der Südbahn?)

– Ich komme gleich darauf zurück.

Wir setzen also auch enorme Impulse für die Konjunktur, und das stärkt den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und die Beschäftigung im ganzen Land.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich will noch eines sagen: Bei den Schienenwegen werden die Mittel nicht nach Länderquoten verteilt. Das Land würde also wirklich in den Verkehrsschatten geraten, mit allen negativen Folgen für die Konjunktur und die Bevölkerung.

Es wird immer wieder behauptet – ich will es nur mit zwei Sätzen noch einmal klarstellen –, Stuttgart 21 verdränge Nahverkehrsprojekte im ganzen Land. Das ist eine dieser falschen Behauptungen, die auch durch ständige Wiederholungen nicht richtiger werden. Stuttgart 21 führt nicht dazu, dass wir in den nächsten zehn Jahren Nahverkehrsinvestitionen auf Stuttgart konzentrieren. Wir werden auch in Zukunft die Fläche nicht vernachlässigen. Ich kann das anhand weniger Fakten verdeutlichen.

Das Land, liebe Kolleginnen und Kollegen, steuert aus seinen Nahverkehrsmitteln 286 Millionen € für Stuttgart 21 bei. 286 Millionen €! Das sind 7 % der Gesamtkosten. Das ist kein Betrag, der die Mittel überbeansprucht, die für den Nahverkehr in Baden-Württemberg zur Verfügung stehen, und das ist kein Betrag, der – jedenfalls gemessen an einem Realisierungszeitraum von elf Jahren – für die Region Stuttgart unangemessen wäre. Für Stuttgart 21, liebe Kolleginnen und Kollegen, benötigen wir in den kommenden elf Jahren 26 Millionen € pro Jahr, und in der Vergangenheit haben wir pro Jahr mehr als den doppelten Betrag in die Region Stuttgart investiert. Mehr als den doppelten Betrag! In ganz Baden-Württemberg investieren wir pro Jahr 170 Millionen €. Das heißt, auch der ÖPNV in der Fläche Baden-Württembergs ist wie bisher gesichert.

Jetzt will ich aufgrund der Gespräche, der Verhandlungen und der Erfahrungen der letzten Tage auf die Rheintalbahn zu sprechen kommen. Der viergleisige Ausbau der Rheintalbahn ist ein zentrales verkehrspolitisches Anliegen der Landesregie-

rung. Natürlich muss auch jedem klar sein, dass wir, obwohl es eine hundertprozentige Maßnahme von Bund und Bahn ist, die Sorgen der Bevölkerung entlang dieser Bahnstrecke sehr ernst nehmen. Bei Bund und Bahn sehe ich genau da noch Defizite.

Es liegen mehr als 170 000 Einwendungen im Ausbaubereich – also von Offenburg bis Weil am Rhein – vor, und diese Einwendungen sprechen eine überdeutliche Sprache. Die Planung muss den Belangen von Mensch und Umwelt besser gerecht werden, als dies bisher der Fall ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir haben deswegen in enger Kooperation mit der Raumschaft, mit den Städten und Gemeinden, mit den politischen Vertretern, aber auch mit den Bürgerinitiativen die Alternativplanungen, die entworfen wurden, diskutiert und uns hinter diese Alternativplanungen gestellt. Aber Bund und Bahn haben sich trotz aller Anstrengungen der Landesregierung bislang leider nicht von ihrem Vorhaben abbringen lassen, schon in diesen Tagen den vom Eisenbahn-Bundesamt bereits fertiggestellten Planfeststellungsbeschluss für den Abschnitt Weil am Rhein verkünden zu lassen. Er liegt noch nicht auf dem Tisch, aber er liegt in der Schublade.

Das letzte Gespräch in Berlin war wenig ermutigend, obwohl die Landesregierung eine Mitfinanzierung angeboten hat. Die Begründung erspare ich mir jetzt. Ich sage nur eines: Das Land steht nach wie vor zu seiner Bereitschaft einer Mitfinanzierung der Mehrkosten. Aber im Gegenzug erwarten wir, dass sich Bund und Bahn ebenfalls bewegen und entsprechende Anstrengungen unternehmen, um zu einer möglichst konsensfähigen Lösung zu kommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich sage es ganz offen, meine Damen und Herren: Eine Situation wie in der letzten Woche, dass Bund und Bahn uns vor vollendete Tatsachen stellen, darf es entlang dieser Strecke kein zweites Mal geben.

Ich sage hier ganz bewusst noch etwas, was ich auch in Berlin gesagt habe: Mir ist kein Projekt dieser Dimension mit so vielen einschneidend Betroffenen bekannt, die in vollem Umfang zur Realisierung des gesamten Projekts Ja sagen

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Genau! Richtig!)

und konstruktiv mitarbeiten, damit dieses wichtige Projekt umgesetzt werden kann. Diese Bereitschaft ist vielleicht ein noch sehr viel größeres Kapital als die Mitfinanzierungsbereitschaft der Landesregierung.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Dann kann man auch erwarten, dass sie sich bewegen!)

Bund und Bahn sollten dieses Kapital nicht verspielen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)



(Minister Heribert Rech)

Ich fordere Bund und Bahn auch von dieser Stelle aus auf – da bin ich sicherlich mit Ihnen allen einig –, umgehend zu einem konstruktiven Dialog zurückzukehren.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wer ist das beim Bund, der das blockiert? Wie heißt denn der? Wer blockiert denn? – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bis vor Kurzem Tiefensee! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Meine Damen und Herren, den Schwarzen Peter hin- und herzuschieben bringt uns nichts. Wir müssen uns einig sein, so, wie sich die Region im Zusammenwirken mit der Landesregierung bislang einig war. Lassen Sie uns keinen Keil dort hineintreiben. Verkehrspolitik in diesen Dimensionen ist keine Frage von Parteipolitik; sie richtet sich nicht nach Wahlperioden. Da brauche ich die Hand nicht umzudrehen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt plötzlich! – Weitere Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Norbert Zeller – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Zeller, Ruhe!)

Ich komme zum Straßenbau. 60 % des Personenverkehrs und 70 % des Güterverkehrs werden über die Straße abgewickelt. Alle Prognosen sagen, dass sich diese Prozentsätze in den kommenden Jahren, vor allem beim Güterverkehr, noch deutlich erhöhen werden. Die Straße bleibt auch künftig der Verkehrsträger Nummer 1 für Menschen und für Güter.

Deswegen ist es Aufgabe von Bund und Ländern, den Aus- und Neubau von Straßen weiter voranzutreiben. Wir tun dies im Rahmen des finanziell Machbaren. 2010/2011 wollen wir wie in den vergangenen Jahren die Mittel für den Landesstraßenbau nicht kürzen. Im Gegenteil, wir wollen die Investitionsmittel wie schon im Jahr 2009 noch einmal verstärken. Das fordern wir auch vom Bund für die Bundesstraßen.

Die Konjunkturprogramme wurden angesprochen. Da sind außergewöhnlich viele Bau- und Erhaltungsmaßnahmen begonnen worden. Jetzt muss uns der Bund aber auch die notwendigen Mittel zur Weiterfinanzierung geben. Wir können bei laufenden Projekten nicht auf die Bremse treten oder die Arbeiten sogar ganz einstellen, weil das Geld vom Bund nicht ausreichen würde. Das wäre nicht nur unwirtschaftlich, sondern das würde auch den Sinn und Zweck der Konjunkturprogramme auf den Kopf stellen. Wir fordern vom Bund mit Nachdruck eine auskömmliche Finanzierung der Bundesfernstraßen in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Norbert Zeller SPD: In welcher Größenordnung?)

Nach Hessen sind die Autobahnen – Gerade wurde gefragt – ich weiß nicht, von wem –, in welcher Größenordnung der Bund finanzieren solle.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Ja, von mir!)

Ich meine, eine Zielmarke wäre die Verstetigung der Mittel auf dem Niveau, wie wir es jetzt über die Konjunkturprogramme bekommen haben. Das brauchten wir in den nächsten Jahren, damit wir von Auskömmlichkeit reden können.

Vorhin hat Kollegin Razavi gesagt, nach dem „Aufbau Ost“ brauchten wir jetzt einen „Ausbau West“. Das habe ich auch schon oft so formuliert.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt nicht wieder den alten Witz von damals!)

– Nein, nein. Keine Angst, Herr Kollege Gall. Ich habe mich damals dem Verdacht ausgesetzt, in eine Neiddiskussion einzusteigen. Deshalb formuliere ich es anders. Ich bin da mit Bundesverkehrsminister Ramsauer einig.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da bin sogar ich mit Ihnen einig!)

Wir haben in der letzten Verkehrsministerkonferenz formuliert, dass es

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Antistauprogramm!)

– nein – eine bedarfsgerechte Mittelzuweisung geben muss. Das ergibt sich doch schon daraus, dass wir einen sehr viel höheren Erhaltungsaufwand für unsere Straßen haben, als dies die neuen Bundesländer haben. Das liegt ganz einfach daran, dass unsere Straßen im Schnitt drei- bis viermal so alt sind wie die neu gebauten Straßen in den neuen Bundesländern. Deshalb brauchen wir eine bedarfsgerechte Mittelzuweisung.

Bis Ende 2007 – um dies noch nachzuliefern – war der Bedarfsplan in Baden-Württemberg gerade einmal zu 25 % umgesetzt, bundesweit dagegen zu 38 %, in den neuen Bundesländern sogar zu 55 %.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

In den nächsten Jahren muss es also darum gehen, zumindest die europäischen Magistralen – A 5, A 6 und A 8 – zukunftsgerichtet auszubauen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die A 6!)

Zum Landesstraßenbau wurde viel gesagt. Ich weiß, der Rechnungshof hat geäußert – das nehme ich sehr ernst; ich bin auch sehr dankbar für diese Stellungnahme –, dass wir eigentlich 100 Millionen € in die Erhaltung der Straßen investieren müssten. 100 Millionen €! Sie haben das Thema dankbar in Landtagsinitiativen aufgegriffen. Das gehört sich auch so für eine Opposition. Das ist richtig.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Aber passieren tut doch nichts!)

Aber Sie haben es sich ein bisschen zu leicht gemacht, Frau Haußmann.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Passieren tut doch nichts!)

Sie haben keinen vernünftigen Deckungsvorschlag gemacht. Vor allem können wir nicht die Planansätze beim Bau zugunsten der Erhaltung umschichten. Das geht halt nicht. Wir müssen die begonnenen Aus- und Neubauprojekte fortführen. Wir können sie nicht einfach abbrechen. Das wäre nicht sinnvoll.

(Minister Heribert Rech)

Ich sage Ihnen deshalb: Mehr Erhaltungsmittel würde ich selbstverständlich begrüßen. Aber angesichts der Haushaltskonsolidierung ist dies ausgeschlossen, es sei denn, Herr Kollege Gall, Sie kommen wieder mit dem „Füllhorn der Pandora“. Dann würden wir uns schnell einig. Das ist aber kein Mittel, mit dem man Haushalte in Ordnung bringen kann.

Ich komme nun zur inneren Sicherheit und zur Polizei. Sowohl der Betriebshaushalt als auch der investive Teil des Haushalts sind zur Erfüllung der Aufgaben unserer Polizei bei den vorhandenen Möglichkeiten ausreichend. Wer behauptet, wir sparten übermäßig bei der Polizei, der sagt bewusst die Unwahrheit oder hat nicht in den Haushaltsplan geschaut. Gerade im investiven Teil des Haushalts sind spürbare Verbesserungen eingeplant.

Herr Präsident, wie viel Zeit habe ich denn noch?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Ihre Gesamtredezeit geht bis zur Hälfte von 45 Minuten.

**Innenminister Heribert Rech:** Ah ja, gut.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Es sind noch schätzungsweise fünf Minuten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So lange noch?)

**Innenminister Heribert Rech:** Das bekommen wir hin.

Die Beschaffung von Schutzausrüstung für die 2 200 Streifenfahrzeuge – Helme usw. – wurde angesprochen; ich will es nicht weiter ausführen. 2 Millionen € sollen zusätzlich für ein Arbeitsumfeldprogramm bereitgestellt werden. Das alles sind Maßnahmen, für die ich den Regierungsfractionen außerordentlich dankbar bin.

Es sind natürlich auch ein erhöhter Wartungsaufwand und teilweise Erneuerungsmaßnahmen bei der Kamertechnik der Polizeihubschrauber erforderlich. Dafür haben wir zusätzliche Mittel in Höhe von 2,75 Millionen € eingeplant.

Es gibt mehrere Großprojekte bei der Polizei, z. B. die Fortführung der Modernisierung der IuK-Ausstattung und den Aufbau des Digitalfunks. All dies ist schon angesprochen worden.

Jetzt will ich zum Stellenteil der Polizei noch Folgendes hervorheben: Im Jahr 2008 haben wir den Einstellungskorridor eingeführt: 800 Bewerber für den Polizeidienst. Das setzen wir in diesem Haushaltsjahr fort. Da die vorhandenen Ausbildungsstellen nicht ausreichen, schaffen wir insgesamt 500 neue Ausbildungsstellen. Damit wird der Abbau von Stellen im Polizeivollzugsdienst, der wegen der Erhöhung der Arbeitszeit beschlossen wurde, schrittweise mehr als vollständig ausgeglichen.

Herr Sckerl – ich sage es jetzt in aller Ruhe; vielleicht prägt es sich dann bei Ihnen besser ein –, bis 2013 werden bis zu 1 270 Polizeibeamte über die Altersfluktuation hinaus eingestellt sein. Weil zusätzliche Beamte erst ab 2011 – nach ihrer Ausbildung – zur Verfügung stehen, werden die Polizeireviere bis dahin regelmäßig durch 200 Beamte der Bereitschaftspolizei unterstützt, um mehr Personal und Präsenz auf der Straße zu haben.

Um den sich aus der Altersstruktur ergebenden schlechten Beförderungsmöglichkeiten für Polizeimeister und -obermeister zu begegnen – Sie haben es angesprochen; auch dies wird sich künftig verbessern –, haben wir in den Kapiteln 0307 und 0308 mit dem Einstieg in den atmenden Stellenplan begonnen, der insgesamt 1 400 Stellenhebungen im mittleren Dienst umfasst. Jetzt werden wir im Jahr 2010, in diesem Jahr, mit den letzten 275 Stellenhebungen von A 8 nach A 9 und 70 Hehebungen von A 7 nach A 8 die Gesamtzahl von 1 400 erreichen. Wir erhöhen auch den Anteil der Stellen im gehobenen Dienst um einen Prozentpunkt auf insgesamt 55 %. Wir halten also Wort. Damit wird zahlreichen Beamtinnen und Beamten der Aufstieg in den gehobenen Dienst eröffnet.

Die Stellen der Leiter der Polizeidirektionen, die bislang im Haushaltsplan noch nicht nach A 16 ausgebracht sind, werden von A 15 nach A 16 gehoben.

Was die Stellen anbelangt, will ich nicht mehr auf weitere Einzelheiten eingehen. Ich will nur noch sagen: Unsere Polizei leistet nach wie vor eine hervorragende Arbeit. Das hängt nicht nur mit der Stiefelspitzenzahl zusammen, sondern auch mit der Frage, wie die Politik der Polizei den Rücken stärkt, welche gesetzlichen Handlungsfelder wir ihr geben und welche gesetzlichen Handlungsmöglichkeiten wir ihr einräumen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Eine finanzielle Stärkung wäre ihr sicherlich lieber!)

Natürlich hängt das auch mit der Frage zusammen, wie die Polizei ausgerüstet ist. Bei den Stellen hat der Innenminister natürlich für jeden Bereich genügend Wünsche, aber die werden wir nur sukzessive und nicht auf einen Schlag erfüllen können. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger wird bei uns nach wie vor großgeschrieben. Das lässt sich anhand von vielen Parametern nachweisen.

Zur Dienstrechtsreform will ich nur sagen: Hier sind wir jetzt nach meinem Dafürhalten auf die Zielgerade eingebogen. Die Landesregierung hat am 15. Dezember die Eckpunkte beschlossen, und das Finanzministerium und das Innenministerium arbeiten gegenwärtig mit Hochdruck an der Schaffung der gesetzlichen Regelungen.

Wir nutzen die Neuverteilung der Gesetzgebungskompetenzen dazu, die Rechtsverhältnisse der Landesbeamten einer Generalrevision zu unterziehen und den modernen Erfordernissen und Interessen der Beschäftigten anzupassen.

Nachdem ich mich bei Ihnen allen schon zu Beginn meiner Rede bedankt habe, will ich mich zum Schluss noch bei den Mitgliedern des Finanzausschusses für das Verständnis für unsere Anliegen bedanken. Da wurde durchaus noch einiges Zusätzliche aufgenommen, was die Sparanstrengungen, die wir auf den Tisch gelegt haben, fast kompensiert. Ich weiß dies wohl. Deswegen geht mein Dank auch an den Herrn Finanzminister und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich möchte in diesen Dank auch alle einschließen, die in der Innenverwaltung beschäftigt sind – sei es bei der Polizei, beim Straßenbau, bei der Feuerwehr, beim Verfassungsschutz –, aber auch alle Verwaltungen und Behörden.

Meine Damen und Herren, nach meinem Dafürhalten wird dieser Haushalt der Verantwortung, die wir im Hinblick auf

(Minister Heribert Rech)

Konsolidierung und Zukunftsfähigkeit des Landes haben, gerecht. Seine Aufstellung war nicht einfach. Arbeiten wir weiter daran, dass wir eine Perspektive für dieses schöne Land erhalten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Entschuldigung, Herr Minister: Sie hätten jetzt noch weiterreden dürfen. Das war vorhin eine Falschinformation. Vier mal 15 Minuten ergibt 60 Minuten. Sie dürften also 30 Minuten reden, haben jetzt aber nur 23 Minuten lang gesprochen. Wollen Sie noch sieben Minuten reden?

(Heiterkeit – Zurufe)

– Ich muss das ja aufklären. Eine Falschinformation ist eine Falschinformation.

Bitte, Herr Minister.

**Innenminister Heribert Rech:** Herr Präsident, ich wollte schon, aber die Kollegen des Hohen Hauses nicht. Deswegen sollten wir jetzt Mittagspause machen.

(Heiterkeit – Beifall)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher jetzt zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 03 – Innenministerium.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/5703. Die Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Sind Sie einverstanden, wenn wir über die Kapitel, zu denen es keine Änderungsanträge gibt, gemeinsam abstimmen?

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nein! – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Sehr einverstanden!)

– Nein? Das muss ich jetzt fragen. Wenn eine Fraktion Nein sagt, kann man es nicht machen. Die Fraktion GRÜNE will das nicht. Herr Sckerl?

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Herr Sckerl weiß es selbst nicht genau!)

– Okay.

Ich rufe auf

Kapitel 0301

Ministerium

Wer dafür ist, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 0302

Allgemeine Bewilligungen

Wer dafür ist, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich angenommen.

Kapitel 0303

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz

Wer dafür ist, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? –

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP zur SPD: Gegen Datenschutz!)

Wer enthält sich? – Mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 0304

Regierungspräsidium Stuttgart

Wer dafür ist, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so angenommen.

Kapitel 0305

Regierungspräsidium Karlsruhe

Wer dafür ist, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so angenommen.

Kapitel 0306

Regierungspräsidium Freiburg

Wer dafür ist, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so angenommen.

Kapitel 0307

Regierungspräsidium Tübingen

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Besonders wichtig!)

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so angenommen.

Kapitel 0308

Informatikzentrum Landesverwaltung Baden-Württemberg

Wer dafür ist, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so angenommen.

Kapitel 0310

Feuerschutz, Katastrophenschutz

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich angenommen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Einstimmig!)

– Da hinten war eine Enthaltung, Herr Kollege.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist trotzdem einstimmig!)

Sie schauen immer nur nach vorn. Aus welchen Beweggründen eine Enthaltung erfolgt, darf ich die Abgeordneten nicht fragen.

(Heiterkeit)

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

### Kapitel 0311

#### Ausbildung für den Verwaltungsdienst

Wer dafür ist, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen?  
– Wer enthält sich? – Mehrheitlich angenommen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP zur SPD: Jetzt seid ihr schon gegen die Ausbildung! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Wir sind dafür! Das ist es ja gerade!)

### Kapitel 0312

#### Landratsämter

Wer dafür ist, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen?  
– Wer enthält sich? – Mehrheitlich angenommen.

### Kapitel 0314

#### Landespolizei

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5803-1, vor. Wer diesem Antrag zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 0314 – Landespolizei – in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer dafür stimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so angenommen.

### Kapitel 0316

#### Bereitschaftspolizei

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich beschlossen.

### Kapitel 0317

#### Akademie der Polizei

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich angenommen.

### Kapitel 0318

#### Landeskriminalamt

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? –

(Zuruf: Unglaublich!)

Wer enthält sich? – Mehrheitlich angenommen.

### Kapitel 0319

#### Landesamt für Verfassungsschutz

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich angenommen.

### Kapitel 0320

#### Logistikzentrum Baden-Württemberg

Wer dafür ist, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen?  
– Wer enthält sich? – Einstimmig angenommen.

### Kapitel 0321

#### Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen

Wer dafür ist, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen?  
– Wer enthält sich? – Einstimmig angenommen.

### Kapitel 0325

#### Verkehr

Wer dafür ist, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen?  
– Wer enthält sich? – Mehrheitlich angenommen.

### Kapitel 0326

#### Straßenbau

Hierzu liegen mehrere Änderungsanträge vor. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Unterhaltungsmittel für Landesstraßen verstärken –, Drucksache 14/5803-2, abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich abgelehnt.

Es gibt nun zwei Änderungsbegehren, die sich beide auf den Titel 781 79 – Erhaltung – beziehen. Da Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5803-4, eine größere Mittelaufstockung vorsieht, lasse ich über dieses Begehren zuerst abstimmen. Wer also der Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5803-4 zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Ziffer 2 dieses Änderungsantrags ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5803-3, zum gleichen Titel. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE – Baumaßnahmen im Rahmen des Sonderprogramms Landesstraßenbau –, Drucksache 14/5803-4. Wer der Ziffer 1 dieses Änderungsantrags zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Ziffer 1 des Änderungsantrags ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die ursprüngliche Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zu Kapitel 0326 – Straßenbau – abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

### Kapitel 0330

#### Ausländer und Aussiedler

Wer diesem Kapitel zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Wir kommen jetzt noch zu Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/5703. Wer diesem Abschnitt zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Abschnitt II der Beschlussempfehlung ist mehrheitlich angenommen.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende der Beratung des Einzelplans 03 und treten jetzt in die Mittagspause ein. Die Sitzung wird um 13:30 Uhr fortgesetzt.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:27 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:31 Uhr)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe den **Buchstaben c** der Tagesordnung auf:

### **Einzelplan 05: Justizministerium**

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5705**

**Berichterstatter: Abg. Karl Klein**

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 05 – Justizministerium – eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Der Berichterstatter wünscht das Wort nicht.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Hitzler für die Fraktion der CDU das Wort.

**Abg. Bernd Hitzler** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Rechtsfrieden und auch die Rechtssicherheit sind Grundpfeiler einer freiheitlichen Gesellschaft. Die Bürger müssen sich auf die Funktionsfähigkeit der Justiz verlassen können. Auch die heimische Wirtschaft muss Vertrauen in die Effektivität der Rechtspflege haben können. Wir brauchen daher eine gut ausgestattete und motivierte Justiz in unserem Land. Deshalb war es immer das Ziel der CDU-Politik, eine moderne, leistungsfähige und effektive Rechtspflege zu gewährleisten.

Wenn man einmal in den Etat des Justizministeriums hineinschaut, kann man feststellen, dass der Justizhaushalt ein Verwaltungshaushalt ist.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das stimmt!)

In den Haushaltsjahren 2010 und 2011 betragen die Einnahmen jeweils rund 688 Millionen €, die Ausgaben rund 1,4 Milliarden €. Daraus ergibt sich ein Deckungsgrad von nur etwa 49 % im Jahr 2010 und 48 % im Jahr 2011.

Lassen Sie mich zunächst zu den wichtigsten Reformen im Justizbereich kommen. Eine bedeutende Reform ist die Notariatsreform. Die bundesgesetzlichen Voraussetzungen sind jetzt geschaffen. Wir beginnen nun, die landesrechtlichen Folgeänderungen vorzunehmen und das Anhörungsverfahren durchzuführen. Das freie Notariat wird bis zum Jahr 2018 realisiert sein.

Ich denke, dass wir durch die enge Zusammenarbeit mit den Notariatsverbänden sicherstellen können, dass Regelungen geschaffen werden, die eine hohe Akzeptanz haben. Insbesondere möchte unsere Fraktion sicherstellen, dass die Notare, die ja bisher beamtet sind, ihre Versorgungsansprüche auch in ihren freien Beruf mitnehmen können.

Eine wahre Herkulesaufgabe ist auch die Grundbuchamtsreform. Über 600 kommunale Grundbuchämter werden zu elf regionalen Standorten zusammengeführt. Es dürfte klar sein, dass dies organisatorisch nicht ganz einfach ist und auch Unbehagen auslösen kann.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja! Zu Recht! – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Aber da seid ihr für Konzentration! – Gegenruf des Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Ein bisschen Gottvertrauen, Herr Kollege!)

Aber durch die Grundbucheinsichtstellen der Gemeinden kann man ebenfalls in kurzer Zeit Auskünfte bekommen. Es wird ein sehr bürgernahes System geben.

Durch den finanziellen Anreiz von 6 € je Grundbuch, das jetzt noch digitalisiert wird, werden die Gemeinden noch zahlreiche Grundbücher digitalisieren. Unsere Fraktion verfolgt diesen Prozess sehr genau und kann dem Justizministerium bescheinigen, dass es mit viel Sachverstand bei der Umsetzung der Reform ist.

(Abg. Rainer Stichelberger SPD: Na ja! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Was? Ojemine!)

Ein anderes Thema, das uns schon oft beschäftigt hat, ist die Übertragung der Straffälligen- und Bewährungshilfe auf einen freien Träger. Ich glaube, jetzt feststellen zu dürfen, dass die Firma NEUSTART gut arbeitet. Es wurden zusätzlich 40 hauptamtliche Bewährungshelfer eingestellt und weitere 300 ehrenamtliche Helfer gewonnen,

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Unglaublich!)

die ihre Arbeit, Herr Kollege Oelmayer, sehr motiviert machen. Das hat sich also absolut bewährt.

Ein erfreuliches Kapitel sind sicher auch die Arbeit der Bewährungshilfevereine sowie das Netzwerk Straffälligenhilfe und hier natürlich das Projekt „Schwitzen statt Sitzen“, das wir alle fördern. Wir haben hierfür jetzt im Haushalt 1,715 Millionen €; damit haben wir den Haushaltsansatz pro Jahr um 100 000 € aufgestockt.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Sehr gut!)

Dieses Projekt ist erfolgreich. Es ist auch kostenentlastend für unser Land.

Ich komme noch einmal zu NEUSTART. Ich denke, dass Sie mit Ihrer Kritik, Herr Oelmayer, etwas leiser geworden, ja fast verstummt sind.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Er wird halt älter! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: War das eine Aufforderung?)

Denn auch Sie sehen, dass hier etwas gut läuft.

Ein weiteres Thema sind die Ergebnisse der Strafverfolgungstatistik. Hier zeigt sich ein Rückgang der Straftaten, sodass unser Land mit Sicherheit als sicheres Land bezeichnet werden kann. Sicherlich ist die Gewaltkriminalität unter Jugendlichen ein Problem, für das es keine Patentrezepte gibt. Die Aktivitäten der Behörden werden hier allerdings immer bes-

(Bernd Hitzler)

ser verzahnt, und es gibt bei uns auch relativ kurze Verfahrenslaufzeiten, was auch wichtig ist.

Die CDU-Fraktion sieht zudem noch einen gewissen Handlungsbedarf im Bereich des Jugendstrafrechts. Der Strafraum für schwerste Straftaten muss erhöht werden,

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

und auch ein Warnschussarrest für zu einer Bewährungsstrafe verurteilte Jugendliche muss ermöglicht werden.

Im neuen Koalitionsvertrag auf Bundesebene werden unsere Vorschläge teilweise auch aufgegriffen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ojemine!)

Lassen Sie mich jetzt auch zur Integration noch etwas sagen. Immer wieder hat unser Land vor diesen Aufgaben gestanden. Gute Rahmenbedingungen sind notwendig, um die Integration zu ermöglichen. Der Landesintegrationsplan hat dafür eine gute Grundlage geschaffen. Baden-Württemberg will allen Migranten eine gute Heimat sein. Aber es ist auch erforderlich, dass sich der Migrant bemüht und z. B. an Deutschkursen teilnimmt – was leider nicht immer der Fall ist. Wir haben nun gute Förderangebote. Ebenso wichtig ist, dass unsere Wertordnung, die im Grundgesetz vorgegeben ist, beachtet werden muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ist es!)

Deshalb unterstützen wir Sie, Herr Minister Professor Dr. Goll, auch bei Ihren Aktivitäten beim Thema „Bekämpfung der Zwangsheirat“ und beim Thema Genitalverstümmelung.

Meine Damen und Herren, der Justizhaushalt gehört zu den kleineren Haushalten. Trotzdem arbeiten über 19 000 Menschen im Land in diesem Bereich, die meisten von ihnen – fast alle – mit großem Engagement und Einsatzfreude in wichtigen Fachgebieten. Ihnen gilt der Dank der CDU-Fraktion,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Lobet und danket!)

denn sie sind die Garanten für das Funktionieren unseres Rechtsstaats.

Besonders bedankt sich unsere Fraktion bei Ihnen, Herr Justizminister, und bei Ihren Mitarbeitern für die kompetente Arbeit.

Herzlichen Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Guter Mann!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Stichelberger das Wort.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Jetzt einmal zur Sache! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt tu doch nicht so, als würdest du etwas davon verstehen! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Mehr als du! – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das ist aber normalerweise rümpflich!)

**Abg. Rainer Stichelberger SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Justizhaushalt des Landes Baden-Württemberg bietet wenig Spielraum. Kollege Hitzler hat darauf hingewiesen. Es ist ein Verwaltungshaushalt, ein Personalhaushalt, der zu 50 % aus Personalkosten und einem großen Teil aus Versorgungslasten besteht. Damit sind mehr als drei Viertel des Haushaltsvolumens aufgezehrt.

Dieser Haushalt ist natürlich schon seit Jahren auch durch die schwierige Haushaltssituation geprägt. Wir wissen, dass gerade in der Justiz auch schmerzhaft Einsparungen gemacht wurden. Umso bewundernswerter ist es, wie die Beschäftigten in den Strafanstalten, in Gerichten, Staatsanwaltschaften und anderen Behörden der Justiz diese Einsparprogramme bewältigt haben.

Ihnen gebührt der Dank für gute Arbeit, für gute Erledigungszahlen, für solide Arbeit im Interesse der Bürger – trotz schwieriger Bedingungen, trotz großer Systemveränderungen, die anstehen, etwa im Bereich des Grundbuch- und Notariatswesens. Da stehen wir vor riesigen Reformen, die bis zum Jahr 2018 dauern. Die Justiz bereitet sich darauf vor. Ein Dank gilt deshalb den Bediensteten in der Justiz auch von unserer Seite. Ihre Tätigkeit ist sicher nicht der Grund, warum wir diesen Haushalt ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte mich nicht so sehr mit den bundespolitischen Aktivitäten befassen, die Sie auch angesprochen haben, Herr Kollege Hitzler. Vieles fällt in die Zuständigkeit des Bundes. Dabei kann das Land zuarbeiten, kann Vorschläge machen und kann Entwürfe einbringen.

Ich möchte mich aber mit einigen Punkten aus dem Haushalt befassen. Dabei möchte ich gar nicht mit ein wenig Lob sparen, was allerdings nicht allzu lange dauern wird.

(Heiterkeit des Abg. Peter Hofelich SPD)

Wir begrüßen – ich glaube, einhellig, fraktionsübergreifend –, dass die k.w.-Stellen im Bereich der Arbeits- und Sozialgerichte weitergeführt werden können. Diese beiden Gerichtszweige brauchen die Stellen gerade im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung. So, wie sie sich abzeichnet, werden wir dort unter Umständen noch gewaltige Zuwächse bei den Verfahrenszahlen haben.

Wir begrüßen natürlich auch die Mittelbereitstellung für das Projekt „Schwitzen statt Sitzen“. Es ist ein lobenswertes Projekt, das, glaube ich, zur Akzeptanz von Strafe beiträgt, das hilft, Strafe sinnvoll zu regeln, und das letztlich auch zu einem finanziellen Erfolg oder zumindest zu Einsparungen führen kann, die wir mit der Haftverbringung nicht hätten.

Insgesamt gibt es dafür Lob, ebenso wie für die Mittelbereitstellung im Bereich der Psychotherapie für Gewalt- und Sexualstraftäter.

Wir haben auch der Verbesserung der Ausstattung von Räumen für Kinder bei Familiengerichtsangelegenheiten zugestimmt. Auch das ist eine sinnvolle Maßnahme. Dabei müssen wir uns schon fragen, ob dann, wenn bei einem Titel, der einen Betrag von 23 Millionen € umfasst, aus den Koalitions-

(Rainer Stickelberger)

fraktionen ein Antrag kommt, diese Mittel um 25 000 € zu erhöhen, wirklich die Sache im Vordergrund steht oder ob das Ganze nicht unter der Rubrik Show zu verbuchen ist.

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Wir wissen natürlich, dass es wichtig ist, in vielen Bereichen auch personelle Verstärkung vorzusehen. Das ist im Rahmen der Haushaltsmittel nur begrenzt möglich. Dabei gibt es doch einiges zu bedenken. Herr Justizminister, jetzt werden sieben Staatsanwaltschaften allein für das Verfahren zur Abwicklung der Ermittlungen gegen die Landesbank Baden-Württemberg neu geschaffen. Sieben Stellen! Wir fragen uns schon, ob Sie dabei die richtigen Schwerpunkte setzen.

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Was passiert eigentlich in den anderen Bereichen, im Bereich der Gewaltkriminalität, der Schwerestrafkriminalität, der Bandenkriminalität, der organisierten Kriminalität und vor allem auch im Bereich der Wirtschaftsdelikte? Wo bleiben da die personellen Verstärkungen? Setzt man hier nicht einseitig nur auf ein Pferd und vielleicht sogar auf das falsche? Vor allem gibt es uns zu denken, wenn wir in diesen Tagen lesen, dass nach fünfjähriger Ermittlungsarbeit ein Strafverfahren

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist unglaublich!)

gegen einen Medienunternehmer, der Hunderttausende von Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes mit einer riesigen Schadenssumme geschädigt hat, nicht zur Anklage zugelassen wurde.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dem die Lizenz entzogen wurde!)

Es wurde fünf Jahre lang ermittelt, und die Staatsanwaltschaft ist nicht in der Lage, dieses Verfahren nach den fünf Jahren abzuschließen. Das hat zur Folge, dass die Anklage nicht zugelassen wird, weil versäumt wurde, vor Ablauf der Verjährungsfrist Anklage zu erheben.

(Abg. Ingo Rust SPD: Was?)

Hier besteht aus unserer Sicht gewaltiger Handlungsbedarf, Herr Minister.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Da hat er recht!)

Es sind im Wesentlichen zwei Felder, auf die sich unsere Ablehnung des Haushalts gründet.

Damit bin ich beim ersten Punkt, bei der Privatisierung. Ich weiß natürlich, dass Privatisierung vielschichtig und der Begriff ein sehr allgemeiner ist. Ich beginne einmal mit der Privatisierung des Gerichtsvollzugs, die Sie nach wie vor anstreben. Hierbei geht es allerdings um eine Beilehnung. Dennoch will ich dies unter dem Oberbegriff der Privatisierung zusammenfassen. Dies ist in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben. Sie sind auf dem Weg hin zur Privatisierung. Wir gehen diesen Weg nicht mit. Wir sind der Auffassung, diese hoheitlichen Aufgaben sollen beim Staat, bei den Gerichtsvollziehern des Landes verbleiben.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Sie haben ein Pilotprojekt zum Outsourcing beim Forderungsmanagement in die Wege geleitet; Forderungen des Landes werden dabei durch private Inkassofirmen geltend gemacht. Wir halten auch das für einen falschen Weg. Wir sind der Meinung, dass staatliche Behörden wie z. B. die Landesoberkasse in der Lage sind, dies durchzuführen, sofern dies richtig organisiert wird. Oder sollten Sie etwa darauf setzen, dass private Unternehmen etwas machen können, was der Staat nicht darf oder sich nicht trauen darf? Fischt man möglicherweise in einer Grauzone und distanziert sich gleichzeitig davon? Das können wir nicht akzeptieren. Das gehört in staatliche Hand.

Weiter geht es mit der Privatisierung von Haftanstalten. Die Haftanstalt in Offenburg wird teilprivatisiert betrieben mit einem Anteil an privaten Maßnahmen, der weit über das hinausgeht, was schon früher in den Haftanstalten gang und gäbe war. Wir sehen hier ein Einfallstor für immer mehr privaten Einfluss bei hoheitlichen Aufgaben. Damit ist für uns die Grenze erreicht. Das lehnt die SPD-Fraktion ab.

(Beifall bei der SPD)

Dabei befinden wir uns in guter Gesellschaft. Auch der Bund der Strafvollzugsbeamten sieht das so und spricht von einer „Lidlisierung des Strafvollzugs“. Für diejenigen, die mit diesem Begriff nicht so viel anfangen können: Man könnte auch von einer „Aldisierung“ sprechen.

(Abg. Ingo Rust SPD: Oder „Schleckerisierung“!)

Das heißt, die Sicherheit – so sehen es die betroffenen Bediensteten – ist auf Dauer gefährdet, wenn man diesen Weg weitergeht. Mit uns ist das nicht zu machen.

Herr Minister, wir haben den Eindruck, Sie verfahren in Ihrem Haus nach der Maxime: Private machen alles billiger und besser als der Staat. Das ist ein Staatsverständnis, das wir nicht teilen. Im Übrigen sind viele Äußerungen gerade vonseiten Ihrer Partei zum Staatsverständnis zu kritisieren. Ein Discounter-Staatsverständnis aber, so wie es hier zum Ausdruck kommt, lehnen wir entschieden ab.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Grund, weshalb wir Ihrem Haushaltsvorschlag nicht folgen können, betrifft den Führungsstil und den Umgang mit Bediensteten der Landesverwaltung, insbesondere der Richterschaft. Ich will nur einige wenige Beispiele für die massiven und erfolgreichen Proteste gegen Ihre Regelungen zur Richterbeförderung nennen.

Wir wollen nicht – auch die Betroffenen wollten das nicht –, dass möglichst pflegeleichte Beamte in Führungspositionen kommen. Das ist nicht unsere Absicht. Wir wollen qualifiziertes Personal in allen Bereichen der Justiz. Selbst der Anschein von Vetternwirtschaft in diesem Bereich muss vermieden werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere an den erfolgreichen Aufstand auch des Präsidialrats gegen eine Stellenbesetzung auf Vorrat, die wir für nicht rechtmäßig halten, sowie an den Protest aus der Richterschaft,

(Rainer Stickelberger)

insbesondere des früheren OLG-Präsidenten aus Karlsruhe, der sich gegen den Versuch richtete, fünf Richterstellen sozusagen wegzunehmen und sie dem Ministerium zuzuordnen, und zwar ohne ausreichende Information und Beteiligung der Richterschaft.

Wir wissen natürlich, dass dabei auch manche schrillen Töne im Spiel waren. Das heißen wir auch nicht gut. Es gibt uns aber zu denken, wenn die Spitzen der Justiz so reagieren, und zwar nicht nur in einem Einzelfall, sondern in der Breite und sehr häufig. Herr Minister, die Kommunikation zwischen den Justizbediensteten und Ihrem Haus funktioniert nicht. Sie ist gestört. Die Justizbediensteten fühlen sich von Ihnen und Ihrem Haus nicht ausreichend vertreten.

Damit bin ich bei einem aktuellen Thema. Derzeit wird über die Selbstverwaltung der Justiz diskutiert. Es gibt Bestrebungen etwa des Deutschen Richterbunds, die Justiz zu verselbstständigen und sie von dem Justizressort abzulösen. Wir sehen die Vorschläge für entsprechende Gesetzentwürfe durchaus kritisch, weil wir der Auffassung sind, dass die Ministerverantwortlichkeit vor diesem Haus, vor dem Parlament richtig platziert ist. Das Zusammenspiel von Parlament und Regierung muss so sein. Aber Sie sollten sich dieser Diskussion offen stellen und nicht wie bisher sehr barsch und abweisend reagieren. Sie sollten tun, was wir in der Vergangenheit zu einem großen Teil vermissten, nämlich einen konstruktiven Dialog mit der Richterschaft, mit den Führenden in der Justiz führen und pflegen. Wir appellieren an Sie, so vorzugehen.

Den Weg, den Sie in den beiden Bereichen, die ich skizziert habe, bisher gegangen sind, gehen wir nicht mit. Deshalb lehnen wir den Justizhaushalt ab.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erhält Herr Abg. Oelmayer das Wort.

**Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist der neunte Justizetat, den ich hier in diesem Haus mitberaten darf. Aus meiner Sicht gibt es dafür ein sehr kritisches und dramatisches Umfeld, eine sehr dramatische finanzpolitische Grundlage. Ich darf versuchen, Ihnen anhand einiger Beispiele zu erläutern, was ich gerade eingangs gesagt habe.

Der Justizetat umfasst 1,4 Milliarden €. Er braucht 723 Millionen € Zuschuss. Wir machen während der Laufzeit dieses Staatshaushaltsplans im Jahr 2010 2,6 Milliarden € neue Schulden und im Jahr 2011 2,1 Milliarden € neue Schulden, wobei dies sicher noch nicht das Ende der Fahnenstange sein wird, insbesondere dann nicht, wenn die Steuererleichterungen in dem Maße durchgreifen, wie sie konzipiert wurden.

Warum erzähle ich Ihnen das? Einfach deshalb, weil man natürlich als rechtspolitischer Sprecher mittlerweile gewohnt ist, mit einem solchen Justizetat umzugehen, weil man weiß, dass dieser Justizetat nicht einmal 5 % des Gesamtetats des Landes Baden-Württemberg ausmacht.

Des Weiteren muss man das alles in Relation zueinander sehen. Wir sparen im Justizetat mehrheitlich getragen – vieles tragen wir mit – im Jahr 2010, also in diesem Jahr, 18,4 Mil-

lionen € – das sind insgesamt 1,3 %, bezogen auf den Justizetat –, und im Jahr 2011 20,4 Millionen €, also 1,5 %. Das hört sich nun gar nicht so schlimm an, aber bezogen auf die Gesamtausgaben ist das natürlich doch schon ein herber Einschnitt und führt dazu, dass die Stellenabbauprogramme, auch wenn sie ein bisschen abgemildert werden können, trotzdem voranschreiten und dass hinsichtlich neuer Stellen in der Richterschaft – da gibt es zwei neue Stellen, habe ich gelesen – oder auch bei der Staatsanwaltschaft – auch da gibt es nur in ganz geringem Umfang Erhöhungen – so gut wie gar nichts geht.

Vor diesem Hintergrund führen wir heute die Debatte über den Justizetat und über die Frage: Wie entwickelt sich Justiz, und wo kann sich Justiz in Baden-Württemberg in welcher Form entwickeln?

Der Justizminister hat seinem Bericht zum Staatshaushaltsplan ein Zitat von Goethe vorangestellt – ich schlage es im Bericht nach –:

*Auch aus Steinen, die einem in den Weg gelegt werden, kann man Schönes bauen.*

Dem würde ich voll und ganz beipflichten. Die Frage ist nur: Was bauen wir, wie groß sind die Steine, und welche Baumaßnahmen sind da noch möglich?

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Wenn es Kies ist, reicht es nicht mehr!)

Kollege Stickelberger hat einige der Baumaßnahmen beschrieben. Herr Kollege Hitzler, wenn Ihnen das, was vonseiten der Opposition zur Frage der Privatisierung oder zur Übertragung der Bewährungshilfe auf einen privaten Träger geäußert wird, zu wenig ist, will ich das bei dieser oder jener Gelegenheit gern nachholen. Ich will Ihnen nur sagen: Die Linie, dass wir im Kernbereich der Justiz keine Reformmaßnahmen durchführen, stattdessen aber überall dort sozusagen outsourcen, wo man aus Sicht des Ministeriums outsourcen kann oder wo eine Mehrheit in diesem Haus ein Outsourcen für sinnvoll hält, diese Linie tragen wir auch als Fraktion GRÜNE nicht mit.

Wir wollen keine Privatisierung, keine Übertragung – Herr Minister, ich formuliere es gleich einmal vorsichtig, weil Sie nachher sowieso wieder darauf einsteigen und sagen werden, das sei gar keine Privatisierung – der Bewährungshilfe auf einen privaten Träger und tragen das deswegen nicht mit, weil wir aufgrund unserer Vorstellungen sowie unseres Staats- und Verfassungsverständnisses der Meinung sind, dass dort in Grundrechte eingegriffen wird. Grundrechtseingriffe aber müssen dem Staat vorbehalten bleiben; die können wir nicht privatisieren.

(Beifall bei den Grünen)

Dasselbe gilt für den Bereich der Gerichtsvollzieher. Herr Kollege Stickelberger hat es richtig gesagt. Dasselbe gilt in den Justizvollzugsanstalten, und zwar dort, wo Beamtinnen und Beamte in Grundrechte der Inhaftierten eingreifen. Auch dort sehen wir die Grenze da gezogen,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Der private Zahnarzt wird nicht behelligt, oder wie?)



(Thomas Oelmayer)

wo Grundrechtseingriffe durch Menschen vorgenommen werden, die nicht auf die Verfassung vereidigt sind, Kollege Zimmermann. Wir sagen, so etwas darf nicht möglich sein. All das sind Maßnahmen, die Sie reformieren, Herr Minister; das ist doch unbestritten.

Wir tragen allerdings diese oder jene Reformmaßnahme auch mit. Die Übertragung der Notariate und des Notariatswesens auf den freiberuflichen Berufsstand ist natürlich eine Maßnahme, die wir mittragen. Diese Maßnahme hätte aus unserer Sicht viel früher kommen können.

(Zuruf von den Grünen: So ist es!)

Die Frage, die Sie bis heute nicht beantwortet haben, die man aber in Ihren Berichten nachlesen und aus den Zahlen, die Sie vorgelegt haben, ersehen kann, ist, wie die 132 Millionen € Einnahmen, die wir derzeit durch die Notariate erzielen, kompensiert werden sollen. Woher diese Finanzvolumina zukünftig kommen sollen, darauf haben Sie bisher keine Antwort gegeben.

(Beifall bei den Grünen)

Das führt mich im Ergebnis dazu, zu sagen: Sie müssen auch einmal in Ihrem Haus schauen – Kollege Stickelberger hat das zu Recht angesprochen –, ob die Frage einer selbstverwalteten Justiz vielleicht zumindest in der Weise angegangen werden kann, dass man das z. B. wie im Schulbereich und in anderen Bereichen diskutiert: Ich meine die dezentrale Budgetierung. Warum muss denn für das Amtsgericht XY und vielleicht sogar für dessen Zweigstelle – was Sie jetzt Gott sei Dank abgeschafft haben – von zentraler Stelle aus vorgegeben werden, welcher Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch dort angeschafft wird und welcher nicht? Ich glaube, das können die vor Ort besser entscheiden.

Deswegen sind wir der Auffassung, dass Sie im Kernbereich – da will ich Ihnen noch einmal meine zwei Lieblingsanliegen vortragen – diese Reform schuldig bleiben. Sie sprechen immer von bürgernaher Justiz. Das tragen wir voll und ganz mit, keine Frage.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sie fordern den Abbau der Amtsgerichte! Ist das die bürgernahe Justiz?)

– Der Kollege nimmt mir das vorweg. Ich finde es klasse, wenn es schon einmal bei einer Regierungsfraktion angekommen ist. Aber warum brauchen wir denn in Baden-Württemberg 108 Amtsgerichtsstandorte?

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Bürgernähe!)

– Dazu sage ich Ihnen gleich etwas. – Weil Sie Bürgernähe falsch verstehen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Der Bürger will doch gar nicht ins Amtsgericht!)

– Genau, Kollege Zimmermann. Ein perfekter Zwischenruf. Der durchschnittliche Bürger und die durchschnittliche Bürgerin – vielleicht haben Sie das im Justizministerium jetzt einmal nachrechnen lassen – geht in seinem Leben 0,8-mal zum Amtsgericht.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU – Weitere Zurufe)

Auch das bringt natürlich eine Effizienzrendite, auch das bringt Einspareffekte. Das gilt im Übrigen nicht nur für Amtsgerichte, das gilt natürlich auch für Landgerichte, zu denen wir konkrete Vorschläge erarbeitet und vorgetragen haben.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: So kann nur einer aus der Großstadt reden, für den die Gerichte sakrosankt sind! – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Da hat Herr Scheuermann recht! – Gegenruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE: 0,8-mal im Leben!)

Insofern wäre das eine Aufgabenstellung, Herr Minister, die Sie vielleicht genauso angehen sollten, weil das sozusagen in Ihrem Haus reformierbar ist

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber der Einspareffekt ist sehr gering!)

und weil das Gerichtsorganisationsgesetz die Zuständigkeit des Landes trifft und Sie dort auch Reform- und Änderungsmöglichkeiten haben. Das verweigern Sie konsequent, betreiben stattdessen Outsourcing und übertragen auf Private. Das ist keine Reform der Justiz, die wir mittragen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Kollege, wie groß wäre das Einsparpotenzial?)

Ein weiterer Punkt, der meine Auffassung untermauert – Kollege Zimmermann, hören Sie gut zu –, ist:

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das fällt ihm schwer!)

Die Konzentration von Justizaufgaben findet durchaus statt. Da hätte mich, Herr Minister, auch einmal interessiert: Warum gilt, was für Grundbücher und Handelsregister gilt, nicht auch für Amtsgerichte? Das will mir überhaupt nicht einleuchten. Sie haben bisher keinen plausiblen Grund genannt, warum dort die Konzentration sinnvoll ist, nicht aber bei den Amtsgerichten.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Und das sagt ein Rechtsanwalt! Das ist ganz schön traurig!)

Insofern konterkarieren Sie Ihre Justiz- und Reformvorhaben selbst.

Ich nenne Ihnen noch zwei, drei Gedanken zu dem, was Sie als Einsparmaßnahmen im Justizetat vorschlagen. Ob die letztendlich sinnhaft sind, darüber können wir diskutieren.

Sie reduzieren die Stellen für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare. Das birgt ohne Zweifel ein gewisses Einsparpotenzial. Aber wir lassen die Türen für die jungen Menschen – das finde ich gar nicht verkehrt – doch offen, wenn sie Rechtswissenschaften studieren. Dann müssen sie aber auch ihre Ausbildung fertig machen können. Deswegen stelle ich schon die Frage, ob wir hier eine Grenze erreicht haben oder wie weit Sie im Bereich der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare noch herunterfahren wollen.

(Thomas Oelmayer)

Ein weiterer Punkt – das ist mein Lieblingsthema; das verfolge ich schon seit 14 Jahren; Herr Minister, Sie wissen das; ich gehe davon aus, dass Sie das wissen – ist das Thema „Auslagen in Rechtssachen“. Das ist sozusagen die stille Reserve der Justiz; ich darf das einmal so beschreiben. Herr Minister, es ist unbestritten, dass diese Auslagen in den letzten Jahren aufgrund verschiedener Kostensteigerungen, für die das Land wenig kann, gestiegen sind. Nichtsdestotrotz haben wir auch in diesem Etat Einsparmaßnahmen, nämlich eine Reduktion bei diesen Auslagen vorgeschlagen, weil bislang das, was Sie im Etat veranschlagt haben, noch nie aufgebraucht worden ist. Sie bilden da also eine Art stille Reserve, und das in Zeiten, in denen wir um jede Million kämpfen müssen. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt. Leider haben Sie dem Antrag nicht zugestimmt. Die Sozialdemokraten haben diesen Antrag noch einmal eingebracht. Wir werden diesem Antrag nachher bei der Abstimmung zustimmen.

(Beifall des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Jetzt ist die Mehrheit gesichert!)

Meine Damen und Herren, ich bin ein Mensch, der in der Praxis steht. Ich habe tagtäglich mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justiz zu tun.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich weiß, dass diese ihren Job nach Kräften tun, trotz aller Sparmaßnahmen, trotz aller Belastungen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Kollege Zimmermann, das meine ich ernst: Sie dürfen gern einmal einen Tag zusammen mit mir erleben. Dann werden Sie sehen, wie meine Tage in der Konkretisierung der Justiz aussehen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Das hält er nicht aus! Das nehme ich vorweg! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Deswegen gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unser Dank, natürlich auch der Dank unserer gesamten Fraktion. Er gilt sogar dem Justizministerium; das habe ich bisher nicht jedes Mal so vollzogen. Denn ich kann natürlich nicht bestreiten, dass Sie im Justizministerium Ihren Job machen. Sie machen Ihren Job aber so, wie wir das nicht wollen: Sie führen nämlich Reformmaßnahmen durch, die wir nicht mittragen können. Deswegen können wir dem Etat des Justizministeriums nicht zustimmen und dem Gesamtetat auch nicht.

(Oh-Rufe von der CDU)

Ich hoffe, dass Sie künftig bereit sind, Reformprojekte in den Kernbereichen der Justiz anzugehen. Dann können Sie auch mit der Zustimmung der Fraktion GRÜNE rechnen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Das wird aber dauern! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Gute Rede, Herr Kollege Oelmayer! – Gegenruf des Abg. Alfred Winkler SPD: Seit neun Jahren die gleiche!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Wetzel das Wort.

**Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss ganz ehrlich sagen: Wenn ich mir das jedes Mal und jedes Jahr anhöre, dann stelle ich fest, dass von der Opposition immer das Gleiche kommt.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Von euch kommt gar nichts! – Weitere Zurufe)

Die Opposition tut mir fast schon leid.

(Oh-Rufe von der SPD und den Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Vergiftetes Mitleid! – Vereinzelt Heiterkeit – Weitere Zurufe)

Denn die Opposition sieht natürlich auch, dass die Justiz in Baden-Württemberg im Ländervergleich eine sehr gute Arbeit leistet. Da ist es wirklich eine Herausforderung, die Justiz zu kritisieren. Das muss ich schon sagen. Aber Sie lassen sich auch nichts Neues einfallen. Es wird jedes Jahr das Gleiche kritisiert: Privatisierung etc.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Weil ihr nichts anderes macht! – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Wenn ihr ständig privatisiert, was sollen wir denn dann machen? – Weitere Zurufe, u. a. des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Herr Kollege Stickelberger, wenn Sie sagen, dass Sie keinen Discounter-Staat wollen, dann sage ich Ihnen: Den wollen wir auch nicht.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sie wollen die geistig-moralische Wende!)

Aber ich möchte auch keinen Staat, der gestohlene Ware aufkauft und für diese gestohlene Ware auch noch etwas bezahlt. Das möchte ich auch nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Oh-Rufe – Widerspruch – Zurufe: Steuerhinterziehungen schützen! – Kavaliersdelikte! – Sie haben Angst um Ihre Wähler! – Unruhe)

Ich möchte einen Rechtsstaat haben. Ich möchte keinen Staat, der gestohlene Daten kauft und dafür 2,5 Millionen € hinlegt, um dann gegen die in diesen Daten aufgeführten Menschen tätig zu werden. Ich finde, das ist eines Rechtsstaats unwürdig. Frankreich hat es richtig gemacht. Frankreich hat dieses Angebot abgelehnt.

(Zurufe, u. a.: Sie haben Angst! – Noch ist Zeit! – Weitere Zurufe, u. a. der Abg. Karl Zimmermann CDU und Reinhold Gall SPD – Lebhaftige Unruhe – Glocke des Präsidenten – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Die Unruhe liegt am Redner!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Justiz in Baden-Württemberg leistet sehr gute Arbeit. Das wurde teilweise schon gesagt. Ich danke dafür allen, die in der Justiz tätig sind: dem Justizministerium, allen voran unserem Justizminister, den Menschen, die in den Gerichten, bei den Staatsanwalt-

(Dr. Hans-Peter Wetzel)

schaffen und in den Justizvollzugsanstalten tätig sind, sowie natürlich auch den Gerichtsvollziehern.

Unsere Justiz in Baden-Württemberg ist auch sehr effizient. Das sieht man daran, dass wir in Baden-Württemberg die kürzesten Verfahrenszeiten bei den Gerichten und bei den Staatsanwaltschaften haben.

Herr Stickelberger, das deutet darauf hin – es ist jedenfalls ein großes Indiz dafür –, dass wir eine hervorragende Qualität beim Personal haben und dass das Personal vom Justizministerium auch entsprechend gefördert wird. Es ist also nicht so, wie Sie es gesagt haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Trotz des Justizministeriums!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sorgen durch gute Politik auch dafür, dass dies so bleibt und die Justiz sogar weiterentwickelt wird.

Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise in Baden-Württemberg und in der ganzen Republik hat die Zahl der Delikte im Bereich des Wirtschaftsstrafrechts zugenommen. Darauf haben die Landesregierung und das Justizministerium durch die Schaffung von sieben neuen Stellen reagiert. Bei der zuständigen Staatsanwaltschaft Stuttgart kann durch eine zügige Ermittlung ein zeitnahe Abschluss in diesem brisanten Bereich gewährleistet werden.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: In einem Verfahren! Das ist doch nur für ein Verfahren!)

– Herr Kollege Stickelberger, wenn Sie fragen, warum nicht auch in anderen Bereichen, dann muss ich ganz einfach sagen, dass es diese Zunahmen dort nicht gegeben hat.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hören Sie doch zu, Herr Oelmayer! – Gegenruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ich höre zu! Deshalb muss ich ja dazwischenrufen!)

Und wenn es keine Zunahme gegeben hat, dann braucht man nicht zusätzliche Stellen zu schaffen.

Auch auf unseren Strafvollzug können wir stolz sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Wenn man die Daten ankauft, schon!)

Er ist nämlich auch im Ländervergleich – ich spreche vom Strafvollzug, Herr Winkler – nicht nur sicher, sondern die Resozialisierung ist in ihrer Zielsetzung besonders modern und zeitnah gestaltet und im Gegensatz zur Opposition auf einem guten Weg.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Die FDP ist gerade auch nicht auf einem guten Weg!)

Hier ist die Teilprivatisierung der Justizvollzugsanstalt Offenburg zu nennen. Erstmals wird ein Großteil der anfallenden Tätigkeiten von privaten Dienstleistern erledigt. Das entlastet den Staatshaushalt – das sei auf Ihre Ausführungen hin gesagt,

Herr Oelmayer – in fünf Jahren um 1 Million €. Sie könnten natürlich sagen, das seien Peanuts, damit gäben Sie sich nicht ab.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Nein, das sage ich nicht!)

Wir geben uns mit so etwas ab, und wir denken, 1 Million € in fünf Jahren ist eine gute Zahl.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir sind der Ansicht – im Gegensatz zu Ihnen –, dass die Essens- und die Kleiderausgabe keine hoheitlichen Tätigkeiten sind und demzufolge von Privaten durchgeführt werden können.

Als bundesweit erstes Gefängnis verfügt die JVA Offenburg auch über Handyblocker. Die sorgen dafür, dass die Gefängnisse, hier insbesondere das in Offenburg, sicherer sind.

Erfreulich ist auch, dass wir in diesem Jahr den Testbetrieb des elektronisch überwachten Hausarrests aufnehmen können. Beim elektronisch überwachten Hausarrest wird ein Straftäter nicht aus seiner Familie herausgerissen. Er kann seinen Job behalten und bleibt in seiner Familie, in seinem Umfeld. Das ist sinnvoll, insbesondere auch menschlich. Außerdem können wir durch den elektronisch überwachten Hausarrest den Landeshaushalt ebenfalls ganz erheblich entlasten. Das sind konkrete Maßnahmen.

Das „Projekt Chance“ ist auf einem ganz erfolgreichen Weg. Wir können auf gute Erfahrungen zurückblicken.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Wohl wahr!)

Das „Projekt Chance“ gilt bundesweit als Vorzeigeobjekt, und, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sachsen wollen uns das nachmachen.

Das „Netzwerk Straffälligenhilfe in Baden-Württemberg“ hat ab 2008 landesweit die Vermittlung gemeinnütziger Arbeit übernommen. Dafür sind wir sehr dankbar.

Erfolgreich ist das Projekt „Schwitzen statt Sitzen“. Damit sparen wir eine komplette Vollzugsanstalt mit 535 Haftplätzen ein. Dadurch entlasten wir den Haushalt natürlich auch ganz erheblich.

Durch das „Netzwerk Straffälligenhilfe in Baden-Württemberg“ können wir die infrage kommenden Straftäter effektiver vermitteln. Sie leisten sinnvolle Tätigkeiten, müssen ihre Zeit nicht im Gefängnis absitzen und kommen in dieser Zeit auch nicht auf schlechte Gedanken, sondern dann, wenn sie gemeinnützige Tätigkeiten verrichten, auf sehr sinnvolle Gedanken, denke ich.

In puncto Resozialisierung darf ich die Bewährungshilfe nennen, die soeben wiederum kritisiert worden ist.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das mussten wir ja! Das war doch eine Aufforderung zur Kritik!)

Auch sie ist sehr erfolgreich.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Dr. Hans-Peter Wetzel)

Meine sehr verehrten Damen und Herren insbesondere von der Opposition, die Kritiker sind wesentlich ruhiger geworden. Man hört sie kaum mehr.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Jetzt habe ich gerade etwas gesagt, jetzt kritisiert er es!)

Die Kritiker haben gesehen, dass es eine gute Einrichtung ist und dass sie wesentlich besser als zuvor ist.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Die Bewährungshilfe können wir u. a. nur deswegen so gut machen, weil dort ehrenamtlich tätige Menschen arbeiten. Insgesamt sind es 300; Herr Kollege Hitzler hat es gesagt. Ich kann mich erinnern: Als das eingeführt wurde, hat die Opposition gesagt: „Niemals kommt da irgendjemand. Es wird sich doch niemand dafür hergeben, dort ehrenamtlich tätig zu sein.“ Sie haben gemerkt, dass Sie auf dem falschen Weg waren. 300 Menschen verrichten dort inzwischen ehrenamtliche Tätigkeiten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich danke allen, die in diesem Bereich ehrenamtlich tätig sind. Diese Menschen geben anderen das Wichtigste, was sie haben, nämlich Zeit. Herzlichen Dank dafür.

Das Thema „Umgang mit Sexualstraftätern“ hat nicht nur in den Medien eine hohe Brisanz, sondern findet auch auf politischer Ebene angemessene Reaktionen. Die Behandlung von rückfallgefährdeten Straftätern ist ein wichtiges Projekt. Dadurch werden die Sicherheit und somit auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen in Baden-Württemberg gestärkt. Ich nenne das Projekt KURS. Auch da sind wir auf einem guten und richtigen Weg.

Man darf die Sexualstraftäter nach ihrer Entlassung nicht alleinlassen; man darf sie nicht sich selbst überlassen, denn sonst sind die Bürger möglicherweise verlassen und allein. Da müssen wir alle Wege nutzen und schauen, dass diese Täter – das gilt natürlich für alle Täter generell – niemals wieder straffällig werden.

Ebenfalls erfolgreich ist das Forderungsmanagement bei der Justizverwaltung. Kollege Stickelberger, wie wir hören, sind die Zahlen erfolgversprechend. Wir können auch hier von einem guten Ergebnis ausgehen.

Das gilt auch für die Grundbuchamtsreform. Herr Kollege – –

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Oelmayer! – Abg. Walter Heiler SPD: Sagen Sie es doch auf Englisch! – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Stickelberger ist da drüben! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: „Stickel-mayer“! – Abg. Peter Hofelich SPD: „Oelberger“!)

Herr Kollege Oelmayer, Sie haben vorhin gesagt, Sie wollten die Zahl der Amtsgerichte von 108 auf 17 reduzieren, und haben zur Begründung angeführt, durchschnittlich müsse ein Mensch 0,8-mal in seinem Leben ein Amtsgericht aufsuchen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ja!)

Als Argument gegen die Reform der Grundbuchämter haben Sie hingegen angeführt, diese wären dann zu weit entfernt. Jetzt frage ich mich aber, wie oft in ihrem Leben Menschen ein Grundbuchamt aufsuchen müssen. Ich bin Rechtsanwalt, und ich musste in meinem Leben bislang vielleicht drei- oder viermal ein Grundbuchamt aufsuchen, und damit hatte es sich dann. Alles andere konnte ich schriftlich erledigen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Also, ein guter Anwalt ist öfter da!)

Da vergleichen Sie Äpfel mit Birnen, und Sie merken, wie inkonsequent Ihre Argumentation ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: A wa! Das ist ein schwaches Argument! Und was ist mit den Handelsregistern?)

Erfolgreich, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist der Fraktionsantrag zur Einrichtung kindgerechter Vernehmungszimmer in Familiengerichten und Landgerichten. Jetzt kann natürlich eingewendet werden, das koste nur 25 000 €

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Bei 23 Millionen €!)

– bei insgesamt 23 Millionen €, die in den betreffenden Haushaltstitel eingestellt sind. Aber, Herr Kollege Stickelberger, nehmen Sie es einfach als guten Anfang, und würdigen Sie, dass es überhaupt einmal gemacht wird.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: It's showtime!)

Meines Erachtens ist das eine gute Sache und dient insbesondere der Wahrheitsfindung.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das ist symbolisch!)

– Das ist nicht symbolisch.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Doch!)

Dort, wo solche Familienzimmer eingerichtet werden, werden die Menschen froh sein, dass es diese Zimmer gibt. Ich war 20 Jahre lang als Anwalt bei Familiengerichten tätig

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Und jetzt?)

und habe erlebt, dass Kinder im Sitzungszimmer oder teilweise in Richterzimmern vom Familienrichter vernommen werden mussten, und habe erfahren, wie problematisch das für die Kinder war. Jetzt wird sich die Situation ändern. Nehmen Sie es einfach als gutes Zeichen und als guten Weg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das hätten Sie doch aus den 23 Millionen € finanzieren können!)

Ebenfalls interessant ist das E-Learning-Programm für Rechtsreferendare. Auch hier sind wir gut dabei; auch hier wird die Ausbildung verbessert.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Indem die Stellen gekürzt werden? Was wird da verbessert? – Gegenruf des Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Motivierte Mitarbeiter! Motivation!)

(Dr. Hans-Peter Wetzel)

Wir können bei der Justiz in Baden-Württemberg erneut auf eine Erfolgsgeschichte verweisen. Mit dem Justizhaushalt sind die Grundlagen dafür gelegt, dass wir die bislang schon gute Situation auch in den kommenden Jahren weiter verbessern und weiterentwickeln können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Fraktion der FDP/DVP wird diesem Justizhaushalt zustimmen. Die Fraktion bedankt sich beim Herrn Justizminister für die gute Arbeit. Da diese Arbeit gut ist, ist sie auch gut für das Land. Das ist gut für die Regierung, aber es ist natürlich schlecht für die Opposition, weil sie nichts Richtiges zum Kritisieren findet.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ojemine! Hören Sie lieber auf! – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Super Schluss!)

Stimmen Sie dem Justizhaushalt doch einfach zu. Das wäre gut für Baden-Württemberg und insbesondere gut für Ihren Seelenfrieden.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Justizminister Professor Dr. Goll.

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich zunächst für die vorangegangene Diskussion, an der ich mich nun selbst auch beteiligen darf. Zwischendurch war ein bisschen Märchenstunde. Aber das gehört wahrscheinlich zu dem, was Sie als Show bezeichnet haben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Die Märchen kommen doch erst jetzt!)

Es ist wahrscheinlich notwendig, dass die Opposition nach Haaren in der Suppe sucht, auch wenn man lange den Kopf über dem Suppenteller schütteln muss, bis eines darin ist.

Wenn ich mir das prägende Bild der baden-württembergischen Justiz einmal anschau, wenn wir ein richtiges und kein schiefes Bild zeichnen wollen, das Bild auch vom Haushalt, von dem, was an Mitteln in die Justiz fließt, dann muss ich sagen: Die Justiz ist personell und sächlich ordentlich ausgestattet. Sie ist so ausgestattet, dass sie ihre Aufgaben jederzeit erfüllen kann, und zwar so, dass sie auf sämtlichen Gebieten in sämtlichen Rankings bundesweit vorn oder mit vorn liegt. Das ist so. Daran führt kein Weg vorbei.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das liegt an den Leuten, nicht am Minister!)

Die Arbeitsfähigkeit steht ausweislich der Ergebnisse außer Zweifel. Wir haben gleichzeitig Großreformen auf den Weg gebracht. Ich glaube, dass wir da auf einem guten Weg sind, was das Management dieser Reformen, die natürlich anspruchsvoll sind, angeht. Ich betone aber hier auch noch einmal – weil Sie mir das ein bisschen zu schnell in die Schublade „Privatisierung“ gesteckt haben –: Die Notariatsreform ist EU-getrieben.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das habe ich nicht gemacht! Da stimmen wir zu!)

Da ist die Welt eben so, wie sie ist. Wir machen das Notariat jetzt zukunftsfähig für Zeiten, in denen eben die EU die Regeln maßgeblich mitbestimmt.

So weit zu den allgemeinen Bemerkungen.

Ich würde gern auch auf einzelne Akzente dieses Haushalts und auf die Kritik, die vorhin geübt wurde, eingehen. Ich habe gesagt: ordentliche personelle Ausstattung. In manchen Bereichen war natürlich auch etwas zu tun. Die Arbeitsgerichtsbarkeit hat leider viel Arbeit. Da müssen wir die weitere Entwicklung abwarten, weil sich die krisenhaften Zustände natürlich in diesem Bereich auswirken.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Richtig!)

Deswegen haben wir 16 Stellen, die dort wegfallen sollten, nicht wegfallen lassen, sondern entsprechend verlängert.

Wir haben dasselbe mit einigen Stellen in der Sozialgerichtsbarkeit gemacht. Auch die Sozialgerichtsbarkeit ist hart belastet. Für sie wäre nach wie vor die Zusammenlegung mit der Verwaltungsgerichtsbarkeit hilfreich, die Ihre Partei, geschätzter Herr Kollege Stickelberger, in Berlin bisher verhindert hat.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das können Sie ja jetzt in Berlin machen! – Zuruf von der CDU: Überfällig wäre das!)

– Ja, es steht im Koalitionsvertrag und wird kommen. Aber wir hätten das Problem der Überlastung der Sozialgerichte schon vor längerer Zeit gelöst, wenn die SPD diese Lösung nicht blockiert hätte.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Die Grünen auch!)

Das muss man hier glasklar sagen. So einfach ist das manchmal im Leben.

Wir haben im Bereich der Strafverfolgung vorübergehend echte Personalverstärkungen geschaffen. Das ist richtig. Wir haben im Moment das eine oder andere Verfahren von großer Dimension, bei dem es gleichzeitig darauf ankommt, dass es nicht wegen mangelnden Personals zu lange dauert. Darum geht es. Ein solches Verfahren – Sie haben eines angesprochen – darf nicht deswegen lange dauern, weil an dem Fall zu wenig Personal arbeitet. Darum haben wir die Frage gestellt: Wie viele Leute braucht ihr, damit es jedenfalls nicht am Personal liegt? Und genau dieses Personal wird vorübergehend zur Verfügung gestellt. Damit wir es, Herr Stickelberger, nicht aus anderen Verfahren abziehen müssen, damit die anderen Verfahren und deren Qualität nicht darunter leiden, nehmen wir eine vorübergehende Verstärkung vor. Das heißt, wir betreiben schon den Aufwand, der betrieben werden muss, um überall gute Arbeit zu leisten.

Bei den Sachauslagen, beispielsweise in Rechtsachen, lieber Herr Oelmayer, ist ein Irrtum im Spiel. Das kann gar keine stille Reserve sein, weil es schon längst ein Abkommen mit dem Finanzministerium gibt. Ich darf es Ihnen hier noch ein-

(Minister Dr. Ulrich Goll)

mal erläutern, dann taucht vielleicht auch der Antrag nie mehr auf. Wir nehmen dort zwar eine Zahl an und gehen natürlich auf die sichere Seite, weil wir wieder ein paar gesetzliche Änderungen haben.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Na also!)

Aber dort darf keine globale Minderausgabe erbracht werden, nichts. Wir geben das, was wir in diesen Titeln nicht ausgegeben haben, 1 : 1 zurück. Wir gewinnen gar nichts, wenn wir den Ansatz zu hoch wählen. Aber wir setzen die Mittel so an, dass hinterher möglichst keine überplanmäßigen Ausgaben anfallen. Insofern haben wir das, glaube ich, richtig gemacht. Jedenfalls haben wir kein Geld versteckt. Darauf lege ich Wert. Wir können da auch gar kein Geld verstecken.

Was umgekehrt den Rückfluss von Mitteln angeht, schauen wir natürlich schon, dass auch Geld in die Kasse zurückfließt. Die Justiz ist ein Bereich, der sich etwa zur Hälfte selbst finanziert. Da sind wir z. B. nicht zufrieden, wenn bei den ausbuchten Forderungen nicht mehr viel passiert. So war es hier der Fall. Man hat gesagt: „Das hat keinen Wert.“ Auf diesem Weg zu versuchen, noch ein bisschen Geld hereinzuholen, finde ich völlig in Ordnung. Da wundere ich mich, dass Sie diesen Versuch nicht unterstützen,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Genau!)

obwohl Sie sonst wesentlich dubiosere Versuche unterstützen, damit der Staat sein Geld bekommt oder zurückbekommt. Einen Dritten damit zu beauftragen, die Forderungen hereinzuholen, ist unzweifelhaft legal. Das wollen wir einmal festhalten.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das ist legal! Aber von anderen gestohlene Daten zu kaufen ist nicht legal!)

Es gibt hier schon erste Rückflüsse. Es scheint also ganz ordentlich zu funktionieren.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Justizminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stickelberger?

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Ja.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Rainer Stickelberger SPD:** Herr Minister, ich habe zwei Fragen.

Erstens: Nehmen Sie zur Kenntnis, dass die Frau Bundeskanzlerin mittlerweile ebenfalls – im Einvernehmen mit dem Herrn Finanzminister, in einer Koalition im Bund, der Sie angehören – den Ankauf dieser Daten befürwortet?

Zweitens: Nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir nichts dagegen haben, dass diese Forderungen verfolgt und eingetrieben werden, sondern dass wir kritisiert haben, dass Sie in der Landesregierung bisher nicht in der Lage waren, dies effektiv zu verfolgen?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Was hat das mit dem Haushalt zu tun? – Gegenrufe von der SPD, u. a. Abg. Ingo Rust: Das ist Geld! – Unruhe)

– Das hat er gerade angesprochen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Justizminister.

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Ihre Fragen werden, glaube ich, eher in Ihren eigenen Reihen erregt diskutiert.

Ich will auf die Geschichte mit der CD hier nicht weiter eingehen. Die Diskussion geht durch die Parteien. Ich selbst würde sie nicht kaufen. Aber das steht hier nicht zur Debatte.

Vielmehr steht hier zur Debatte, den Versuch zu unternehmen – in diesem Fall auf zweifellos legale Art –, dass die Gemeinschaft durch das Hereinholen von Forderungen wieder an ihr Geld herankommt,

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Warum machen Sie es denn nicht?)

und in diesem Fall auch einmal mit einem Partner zusammenzuarbeiten. Da könnten Sie genauso Ihren Arzt fragen: „Warum schreiben Sie mir nicht selbst die Rechnung? Warum gibt es eine Privatärztliche Verrechnungsstelle?“ Es gibt heute Unternehmen, die darauf spezialisiert sind, Forderungen einzubringen. Das ist nicht unbedingt das Geschäft des Arztes. Es ist auch nicht unbedingt das Geschäft des Staates, jede Forderung selbst weiterzuverfolgen. Hier können spezialisierte Unternehmen freundliche Mahnungen schreiben. Das wirkt übrigens schon jetzt. Wir brauchen nicht länger darüber zu diskutieren. Sie werden demnächst Zahlen hierzu erhalten. Herr Abg. Dr. Wetzel hat hierzu eine Anfrage gestellt.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Das Geld ist bereits in der Kasse. Wir können es brauchen. Wir können es für neue Aufgaben brauchen. Sie sind angesprochen worden. Ich nenne als Beispiel das Konzept zum Umgang mit besonders rückfallgefährdeten Sexualstraftätern (KURS). Dieses Konzept ist im Rahmen des aktuellen Haushalts hinzugekommen. Wir werden jetzt rückfallgefährdete Straftäter nach der Entlassung noch ein Stück weit durch die Behörden beobachten. Sie werden nicht öffentlich angeprangert, aber sie werden durch die beteiligten Institutionen ein Stück weit beobachtet, damit sie nicht in den falschen Zusammenhängen wieder auftauchen, damit nicht – einen solchen Fall gab es im Bundesgebiet – ein rückfallgefährdeter Sexualstraftäter im Schwimunterricht bei Kindern auftaucht. Das darf nicht passieren.

Wir werden durch zusätzliche Mittel, die noch auf der Zielgeraden der Haushaltsberatungen beschlossen worden sind – vielen Dank dafür –, die Anstrengungen zur Therapie von rückfallgefährdeten Tätern erheblich verstärken können.

Wir gehen neue Wege – weil manchmal auch der Vollzug eine schädliche Wirkung haben kann –, wenn jemand seine Geldstrafe nicht bezahlen kann. Wir werden hier die Fußfessel ausprobieren. Aber die Fußfessel wird nicht in Konkurrenz mit dem Projekt „Schwitzen statt Sitzen“ treten. Denn das Projekt „Schwitzen statt Sitzen“ bauen wir gleichzeitig noch stärker aus.

(Minister Dr. Ulrich Goll)

Wir versuchen, die Allgemeinheit durch einen resozialisierungsorientierten Vollzug vor Straftaten zu schützen. Aber dieser Vollzug – darauf kommt es mir an – ist auch sicher. Da habe ich an einer Stelle in der Debatte schon aufgehört. Wer z. B. behauptet, dass durch ein Konzept wie in der Vollzugsanstalt Offenburg die Sicherheit leide, der macht eine gefährliche Bemerkung, weil er Ängste schürt, die völlig unbegründet sind.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das sagen die Strafvollzugsbeamten!)

In Frankreich werden seit Jahrzehnten 22 Anstalten nach demselben Konzept wie in Offenburg geführt. In diesen Anstalten ist die Sicherheit tendenziell höher als in deutschen Anstalten. Übrigens ist die französische Vollzugsphilosophie nicht so stark resozialisierungsorientiert wie die unsrige;

(Abg. Reinhold Gall SPD: Eben, das ist der Hauptgrund!)

sie ist noch sicherheitsbewusster.

(Abg. Hans-Ulrich Seckerl GRÜNE: Nur sind in Frankreich anschließend die Kriminalitätsraten höher!)

Aber Sie können nicht behaupten, dass in den Anstalten, die so geführt werden, mehr passierte. Es ist doch ein bisschen witzig, wenn Sie sich da auf den auch von mir hoch geschätzten Bund der Strafvollzugsbediensteten berufen. Der Bund der Strafvollzugsbediensteten wird natürlich verbandsmäßig zu der Aussage neigen, dass nur seine Mitglieder kochen, waschen und die Gebäude instand halten können.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das machen sie schon bisher!)

Das können aber auch andere. Insofern ist das Ganze wenig sensationell. Aber wir können uns auch nicht zum Sprachrohr einer berufsständischen Vereinigung machen. Das können Sie als Opposition. Das machen wir nicht.

Das machen wir auch beim Richterbund nicht, wobei Sie die Diskussionen, die wir teilweise mit dem Richterbund hatten, im Grunde genommen völlig verzerrt dargestellt haben. Ich weiß nicht, ob wir die Zeit haben, hier noch einmal darauf einzugehen. Ich nenne Ihnen nur ein Beispiel, worüber wir mit dem Richterbund diskutiert haben, was übrigens auch zeigt: Es ist ja nicht so, dass hier ein schlechter Draht vorhanden wäre. Dafür werden Sie nirgendwo im Land eine Bestätigung finden. Aber es gibt natürlich Themen, bei denen man auch einmal unterschiedlicher Meinung ist.

Beispielsweise sind die Oberlandesgerichte bis heute der Überzeugung, dass jemand nur dann in die Beförderungsstufe R 2 – das ist das erste Beförderungsamt – kommen kann, wenn er am OLG erprobt worden ist. Das ist die Meinung der Praxis. Wir haben gesagt: Was ist denn, wenn er ein paar Jahre beim Bundesverfassungsgericht oder beim BGH war? Das sind Gerichte, die bei uns im Land ihren Sitz haben. Alle anderen Bundesländer akzeptieren, dass man, um ins erste Beförderungsamt zu kommen, auch vielleicht ein paar Jahre beim BGH oder beim Bundesverfassungsgericht dienen darf. Aber unsere Richterschaft – mittlerweile ist es mir egal; ich streite nicht darüber – ist der Meinung, dass jemand selbst dann, wenn er beim BGH und beim Bundesverfassungsge-

richt war, noch zum OLG muss, bevor er ins erste Beförderungsamt kommen kann. Das sehe ich anders. Aber das sind die Diskussionen, um die es da geht. Diese mögen Sie dann in dem Sinn aufgreifen, dass ein schlechter Kontakt vorhanden sei. Aber hier darf man wirklich nicht von schlechtem Kontakt reden, weil es nicht so ist.

Ich komme nachher noch zum Begriff des Discounter-Staatsverständnisses. Wir haben kein Discounter-Staatsverständnis. Auch da gibt man sich ein bisschen der Lächerlichkeit preis. Wenn Sie die Aufgabenerfüllung bundesweit vergleichen, werden Sie niemanden finden, der sagt, wir hätten bei uns den Staat irgendwo so abgebaut, dass die Aufgabenerfüllung leiden würde.

Das geht ebenso an der Realität vorbei wie der Hinweis, lieber Herr Oelmayer, dass wir den Gerichten doch Freiheit geben sollten. Die dezentrale Budgetierung ist längst eingeführt. Wir schreiben ihnen nicht vor, welche Kommentare sie zu kaufen haben. Sie müssen einmal in ein Amtsgericht gehen und sich erkundigen, wie es in den Amtsgerichten wirklich aussieht.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ich kann Ihnen ja das Beispiel liefern!)

Ich hoffe, dass Sie keinen weiten Weg zum Amtsgericht haben.

Noch wenige Sätze zu der Forderung, die immer wieder kommt, wir sollten die Zahl der Amtsgerichte reduzieren.

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Sie vergleichen an dieser Stelle Äpfel mit Birnen. Man kann die Zahl der Grundbuchämter ohne Weiteres reduzieren. Sie nehmen eine technische Aufgabe der Datenspeicherung und -auskunft wahr. Das können Sie beliebig konzentrieren. Aber ich würde dringend davor warnen, die Rechtsprechung der Amtsgerichte zu konzentrieren.

Der Kollege Zimmermann hat bei dem Wort „Bürgernähe“ ein bisschen gekichert. Aber es gibt eine bestimmte Bürgernähe, die eine Rolle spielt. Ob z. B. ein Jugendlicher vor einen Amtsrichter kommt, den er kennt, dem er im Alltag in überschaubaren örtlichen Zusammenhängen begegnet, oder ob der Jugendliche dann, wenn er ein Delikt begangen hat, zum Amtsgericht in die 40 km entfernte Kreisstadt fährt und den Leuten sagt: „Ich gehe dorthin zum Einkaufen“, und gar niemand weiß, was passiert, das ist ein himmelweiter Unterschied.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! – Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Ich plädiere da sehr für Kleinräumigkeit und für die Erhaltung des sozialen Kontakts. Trotzdem müssten wir einen Abbau vornehmen, wenn er etwas bringen würde.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Er bringt etwas!)

Ich habe mich schon in den ersten ein, zwei Jahren meiner Amtszeit mit dem damaligen Rechnungshofpräsidenten zusammengesetzt, um dieses Thema zu erörtern.

(Minister Dr. Ulrich Goll)

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Er hat das ja auch gesagt!)

– Nein, das hat er eben nicht. Das Gespräch hat damit geendet, dass uns allen eigentlich klar war, dass für den Abbau von maximal 27 bis 30 Stellen der Verlust an Bürgernähe ein ganz, ganz schlechtes Geschäft wäre, wenn wir Rechtssicherheit und eine wirklich funktionierende Justiz haben wollen. Deswegen ist das Thema zu Recht ad acta gelegt worden, weil der Abbau wenig bringen, aber viel schaden würde.

Noch zwei weitere Themen zum Abschluss. Besonders erfreulich ist, dass wir etwas für die Familien tun können. Wir haben den Durchbruch geschafft. Wir haben zum ersten Mal behördennahe Kinderunterbringungsmöglichkeiten in der Justiz in Stuttgart und in Tübingen. Andere Plätze, andere Ministerien werden folgen. Ich glaube, dass das Land auch eine Verpflichtung gegenüber der Belegschaft hat, familienfreundlich zu sein, damit die Bediensteten ihre Kinder behördennah unterbringen können. Wir werden zusätzliche Telearbeitsplätze schaffen. Auch das ist eine familienfreundliche Maßnahme.

Die Bedeutung der Familie darf ich an dieser Stelle noch ein bisschen in den Vordergrund rücken. Ich erinnere an das Projekt – es gehört in den Bereich des Integrationsbeauftragten –, bei dem wir landesweit versuchen, die Eltern noch stärker an der Erziehung ihrer Kinder zu beteiligen. Wir setzen da vor allem bei Familien mit Migrationshintergrund, aber auch bei anderen Familien an. Wir wollen die Familien auf sanfte Art dazu bringen, dass sie die Verantwortung für ihre Kinder möglichst gut wahrnehmen.

Warum machen wir das? Dabei kann ich ein bisschen an die Frage nach dem Staatsverständnis anknüpfen. Wer jetzt noch nicht gemerkt hat, wie dringend wir darauf angewiesen sind, dass Aspekte, die im gesellschaftlichen Bereich geregelt werden können, dort auch geregelt werden, wer jetzt noch nicht gemerkt hat, dass sich der Staat hoffnungslos überfordert, wenn er meint, nur durch eine staatliche Intervention sei etwas gut geregelt, dem ist nicht zu helfen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Lauter hoffnungslose Fälle! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wir müssen dringend schauen, dass klassische Institutionen im gesellschaftlichen Bereich, wie die Familie, funktionsfähig bleiben und gestärkt werden, weil alles, was kommt, wenn sie nicht gestärkt werden, schlechter und teurer ist. Man muss es beim Namen nennen.

Damit bin ich beim letzten Stichwort, nämlich beim Ehrenamt. Auch das ist ein solches Thema, eine Frage nach dem Staatsverständnis. Wir freuen uns, dass wir in der Justiz so viel Ehrenamt haben. Die meisten wären überrascht, wenn alles aufgezählt würde, was in der Justiz ehrenamtlich passiert, gerade im Strafvollzug. Da sind natürlich die ehrenamtlichen Richter und die Vereine für Straffälligen- und Bewährungshilfe zu nennen. Das wird jetzt gerade bei der Bewährungshilfe offenkundig.

Ich weiß wirklich nicht, was man gegen die Form, in der wir es jetzt betreiben, überhaupt einwenden kann. Wir haben einen freien Träger als Partner, der das Personal um 40 hauptamtliche Stellen verstärkt hat, der uns schon jetzt 300 Ehren-

amtliche gebracht hat, und zwar mit noch weiter steigender Tendenz, obwohl mir alle Leute erzählt haben: „Da bekommen Sie doch niemanden, der das macht.“ Wer jetzt noch seine Augen davor verschließt, dass sich die Situation bei der Bewährungshilfe im Land verbessert hat, auch dem ist leider nicht zu helfen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen!

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Ich habe mittlerweile begriffen, weil sogar ich so weit rechnen kann, dass die Debatte vier mal zehn Minuten und somit insgesamt 40 Minuten dauert. Geteilt durch zwei ist 20 Minuten; ich habe also noch zwei Minuten Zeit, um zu danken.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Ich habe gerade die Kollegen ermahnt, etwas leiser zu sein.

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Ich habe schon gemerkt, dass Sie nicht mich ermahnen.

(Heiterkeit – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Die Kollegen rechts!)

Aber ich wollte in vorausgehendem Gehorsam deutlich machen, dass ich es begriffen habe.

Jetzt komme ich zum Schluss, zum Dank. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums und dem Finanzminister sowie unseren eigenen Leuten drinnen und draußen – im Ministerium und draußen im Land –, die das vorbereitet haben. Mit Recht ist von allen meinen Vorrednern darauf hingewiesen worden, dass diese wirklich guten Leistungen, über die wir uns freuen können, mit einer hervorragenden, einer motivierten und gut ausgebildeten Belegschaft zusammenhängen. Herzlichen Dank auch von meiner Seite.

Last, but not least: Als Steigerung bedanke ich mich beim Finanzausschuss, in dem wir über diesen Haushalt diskutiert haben. Da waren die Erkenntnisse aufseiten der Opposition sogar so weit fortgeschritten, dass sie sämtlichen Änderungsanträgen zugestimmt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Gute Opposition!)

Irgendetwas muss seit der betreffenden Sitzung des Finanzausschusses passiert sein, da man jetzt angekündigt hat, den Haushaltsentwurf ablehnen zu wollen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ich war ja auch nicht da! – Heiterkeit des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Aber ich darf hoffen, dass dieser Justizhaushalt bei der anschließenden Abstimmung eine Mehrheit finden wird.

Ich bedanke mich jedenfalls für die Unterstützung beim Landtag, insbesondere bei den die Regierung tragenden Fraktionen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)



**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 05 – Justizministerium.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/5705. Den hierzu vorliegenden Änderungsantrag werde ich dann bei dem entsprechenden Kapitel aufrufen.

Ich rufe auf

Kapitel 0501

Ministerium

Wer dem Kapitel 0501 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Kapitel mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich rufe auf

Kapitel 0502

Allgemeine Bewilligungen

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 0503

Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Hierzu rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5805, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über das Kapitel 0503 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Kapitel 0504 bis 0512. Können wir diese Kapitel gemeinsam aufrufen?

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Kapitel 0504 bis 0507 können wir gemeinsam aufrufen!)

– Über die Kapitel 0504 bis 0507 wird also gemeinsam abgestimmt. Über Kapitel 0508 wird gesondert abgestimmt.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Kapitel 0509 und 0510 können wir gemeinsam aufrufen, und dann 0511 und 0512!)

Ich rufe auf

Kapitel 0504 bis Kapitel 0507

Wer den Kapiteln 0504 bis 0507 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Den Kapiteln ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0508

Justizvollzugsanstalten

Wer stimmt für Kapitel 0508? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0509 und Kapitel 0510

Wer zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den Kapiteln 0509 und 0510 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0511 und Kapitel 0512

Wer zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den Kapiteln 0511 und 0512 mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist die Zweite Beratung des Einzelplans 05 abgeschlossen.

Ich rufe den **Buchstaben d** der Tagesordnung auf:

**Einzelplan 11: Rechnungshof**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/5711**

**Berichterstatlerin: Abg. Ursula Lazarus**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 11 eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Die Berichterstatlerin wünscht das Wort nicht.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Dr. Scheffold für die CDU-Fraktion das Wort.

**Abg. Dr. Stefan Scheffold** CDU: Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Rechnungshof ist eine selbstständige oberste Landesbehörde und ist nur dem Gesetz unterworfen, so wie dies auch für die Richterschaft gilt. Damit hat er eine ganz besondere Stellung innerhalb der Landesverwaltung.

Er prüft die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes und fasst seine Ergebnisse in einer Denkschrift zusammen. Diese Denkschrift spielt eine tragende und zentrale Rolle für unsere Arbeit im Finanzausschuss. Bei unseren Beratungen beschäftigen wir uns intensiv mit dieser Denkschrift.

Der Landtag und die Landesregierung und natürlich die einzelnen Ministerien bekommen hierdurch immer wieder Anregungen für Veränderungen. Deshalb ist die Arbeit des Rechnungshofs nicht nur wichtig für die Ministerien, die Regierung und den Landtag, sondern letztlich auch durchschlagend für alle Bürgerinnen und Bürger.

(Dr. Stefan Scheffold)

Bemerkenswert ist, dass der Einzelplan 11 ein sehr kleiner Haushalt ist. Er umfasst lediglich knapp 20 Millionen €. Hierbei handelt es sich fast ausschließlich um Personalausgaben. Soweit ich mich erinnern kann, haben wir in den vergangenen Jahren immer einmütig über diesen Einzelplan debattiert und abgestimmt.

Wir von der CDU-Fraktion beraten den Haushalt des Rechnungshofs immer sehr gern. Jeder Euro, der in den Rechnungshof gesteckt wird, ist gut angelegtes Geld. Der Rechnungshof geht sparsam mit seinen Mitteln um. Die Denkschrift und die Beratenden Äußerungen des Rechnungshofs geben wertvolle Anregungen für das Land und für die Regierung, um Kosten einzusparen. Die CDU-Fraktion glaubt, dass der Rechnungshof eine qualitativ sehr hochwertige Arbeit leistet. Zahlreiche seiner Veränderungsvorschläge greifen wir immer wieder gern auf. Wenn man allgemein vom Prinzip der Nachhaltigkeit spricht, dann trifft dies ganz besonders für die Arbeit des Rechnungshofs und dessen Vorschläge zu.

Nun ist in der Ausschussberatung die Umstrukturierung des Geschäftsbereichs des Rechnungshofs angesprochen worden. Das Ziel des Rechnungshofs ist es, die Finanzkontrolle besser, effektiver und möglichst effizient zu gestalten, um in der Zukunft einfach besser strukturelle Handlungsempfehlungen geben zu können. Letztlich dient die Umstrukturierungsmaßnahme einer besseren Personalgewinnung und Personalentwicklung.

Die CDU-Fraktion steht diesen Planungen des Rechnungshofs – das darf ich heute sagen – sehr aufgeschlossen gegenüber. Insbesondere verfolgen auch wir das Ziel einer qualitativen Verbesserung der Finanzkontrolle; das ist auch uns sehr wichtig. Aber dennoch bitte ich den Rechnungshof um Verständnis dafür, dass wir mit dieser Entscheidung zuwarten wollen. Wir haben uns vorgenommen, ab dem Jahr 2011 eine generelle Besoldungsstrukturreform über den Rechnungshof hinaus durchzuführen, über die kritischen Fragen und Punkte zu debattieren und dann auch zu entscheiden. Es gibt zahlreiche andere Bereiche, bei denen man ebenso hinterfragen kann, ob die aktuelle Besoldungsstruktur richtig ist oder ob dort nicht auch Veränderungen notwendig wären. Vor diesem Hintergrund haben wir uns entschieden, dem im Augenblick noch nicht zuzustimmen. Aber wir stellen ausdrücklich in Aussicht, dass dies ab dem Jahr 2011 geschehen soll und kann.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Rust das Wort.

**Abg. Ingo Rust SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Rechnungshof ist für den Finanzausschuss die wichtigste Beratungs- und Unterstützungseinrichtung. Er muss das auch für das gesamte Parlament sein; denn der Rechnungshof zeigt uns auf, wo wir im Land effizienter mit den Steuermitteln umgehen können. Er ist uns ein wichtiger Berater. Wir schätzen seine Arbeit, und ich möchte Ihnen, Herr Präsident Munding, sehr herzlich für Ihre Arbeit und für die Unterstützung unserer parlamentarischen Arbeit

danken und bitte Sie auch, diesen Dank an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzugeben.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Eugen Schlachter  
GRÜNE)

Zum Haushaltsplan, der von der Regierung vorgelegt wurde: Es wurde schon gesagt, dass es sich beim Einzelplan des Rechnungshofs um einen sehr kleinen Etat handelt. Aber, Herr Dr. Scheffold, ich habe sehr wohl Ihre Äußerung gehört, dass jeder Euro, den wir in den Rechnungshof stecken, gut angelegtes Geld ist. Umso mehr verwundert mich, dass die Regierungsfractionen Kürzungen vorgeschlagen haben.

Im Regierungsentwurf – abgesehnet vom Kabinett, abgesehnet vom Finanzministerium – waren diese Kürzungen noch nicht vorgesehen. Der Kürzungsbeschluss wurde erst nach der Vorlage des Entwurfs auf Antrag der Regierungsfractionen gefasst. Dieser Antrag ging, wenn ich es richtig mitbekommen habe, vor allem auf die CDU-Fraktion zurück, die auf ihrer Klausursitzung eine Kürzung beschlossen hat.

Man kann zu dieser Kürzung stehen, wie man will. Sie widerspricht ein Stück weit Ihrer Aussage, dass jeder in den Rechnungshof investierte Euro gut angelegtes Geld sei, aber sei's drum. Was man jedoch nicht akzeptieren kann und was ich namens meiner Fraktion auch ausdrücklich nicht akzeptieren möchte, ist, dass dies alles geschieht, obwohl wir bereits seit zwei Jahren über dieses Thema diskutieren.

Das haben im Vorfeld vielleicht noch nicht alle mitbekommen, und deswegen möchte ich es noch einmal sagen. Seit zwei Jahren wird mit dem Rechnungshof über eine neue Besoldungsstruktur diskutiert. Beteiligt waren alle Fraktionen und die Regierung. Alle Fraktionen und die Regierung – das Staatsministerium mit dem Ministerpräsidenten – haben dem Rechnungshof signalisiert, dass man mit einer Änderung der Besoldungsstruktur einverstanden sei, weil – Sie haben das richtig begründet; leider fehlt aber die Konsequenz – die Besoldungsstruktur beim Rechnungshof so ist, dass es für jemanden aus einem Ministerium aus Stuttgart nicht attraktiv ist, zum Rechnungshof nach Karlsruhe zu gehen. Denn die Besoldungsstruktur dort ist gemessen an vergleichbaren Positionen in einem Ministerium eher schlechter. Das war nachvollziehbar.

Für die geplanten Stellenhebungen hat der Rechnungshof sogar einen Gegenfinanzierungsvorschlag gebracht, was ich toll finde. Ich hätte dieser Veränderung der Besoldungsstruktur sogar ohne einen Einsparvorschlag zur Gegenfinanzierung zugestimmt, weil ich glaube, dass jeder Euro beim Rechnungshof richtig angelegt ist. Er hätte seine interne Reform also sogar selbst gefinanziert.

Was Sie jetzt machen, ist Folgendes: Sie lehnen die Stellenhebungen ab und nehmen nur das vorgeschlagene Einsparpotenzial in Anspruch.

Meine Damen und Herren, nach einem zwei Jahre währenden Abstimmungsprozess zwischen den Fraktionen und dem Ministerpräsidenten, der der Vorlage zugestimmt hat – das Finanzministerium hat den Vorschlag in den Einzelplan 11 aufgenommen; er liegt Ihnen so vor –, sagten Sie Anfang Januar: „Jetzt machen wir da nicht mehr mit; jetzt haben wir alles vergessen, was wir zwei Jahre lang mit dem Rechnungshof

(Ingo Rust)

abgestimmt haben, und nehmen diese Zusage zurück.“ Das halte ich für höchst schwierig. Ich halte es, meine Damen und Herren, sogar für unanständig, dass man so etwas macht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wenn über die Besoldungsstruktur nicht schon zwei Jahre lang diskutiert worden wäre, dann hätte ich gesagt, dass man über die Kürzung reden kann. Dann ist es eben eine Kürzung wie in vielen anderen Bereichen auch. Aber wenn man das Ganze zwei Jahre lang abstimmt, dann ist ein solches Vorgehen, wie Sie es praktiziert haben, eigentlich nicht akzeptabel, zumal gegenüber einer Einrichtung – Herr Dr. Scheffold, da haben Sie völlig recht –, die eine gewisse Unabhängigkeit haben sollte und hat, gegenüber einer Einrichtung, über die wir alle hier im Landtag uns immer einig waren. Wir als Opposition haben dem Haushaltsplan des Rechnungshofs stets zugestimmt. Wir haben alle Änderungen, die den Rechnungshof betreffen, in diesem Haus einmütig und einstimmig verabschiedet.

Diesen Konsens im Landtag heben Sie in diesem Jahr auf – vor allem Sie, meine Damen und Herren von der CDU. Es tut mir wirklich leid, dass Sie mit einer solchen Änderung daherkommen. Sie ist ein schlechtes Signal gegenüber dem Rechnungshof, sie ist ein schlechtes Signal gegenüber der Öffentlichkeit.

Ich möchte einfach noch einmal sagen, was ich im Finanzausschuss auch gesagt habe. Wir erhöhen unsere Stellenzahl im Landtag – zu Recht; ich stehe zu dieser Erhöhung –, aber zum gleichen Zeitpunkt, am gleichen Tag beantragen Sie im Finanzausschuss eine Kürzung der Stellen beim Rechnungshof. Meine Damen und Herren, das passt für mich nicht zusammen. Das ist schlicht unanständig.

Deswegen werden wir dem Haushaltsplan des Rechnungshofs nicht zustimmen, Herr Munding. Wir tun das nicht deshalb, weil wir den Rechnungshof nicht unterstützen oder seine Arbeit nicht schätzen, sondern weil wir dem Haushaltsplan so, wie die CDU ihn im Finanzausschuss verändert hat, nicht zustimmen können. Sie hätten jetzt noch Gelegenheit, zu sagen: Wir nehmen den ursprünglichen Plan. Sie können über diese Strukturreform noch immer nachdenken. Dagegen habe ich gar nichts. Man kann die Struktur auch wieder ändern, wenn Sie zu anderen Ergebnissen kommen, was ich nicht glaube.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das können Sie eben nicht! Das ist Quatsch!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich halte den Plan so, wie er vom Finanzministerium vorgelegt wurde, für richtig und wichtig. Deswegen würden wir dem so zustimmen. Ihren Änderungen, Ihren Kürzungen können wir nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Ursula Haußmann SPD: Sehr gut! – Abg. Peter Hofelich SPD: Gut!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Schlachter das Wort.

**Abg. Eugen Schlachter** GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Arbeit des Rechnungshofs ist für uns im Landtag und im Finanzausschuss so etwas wie das Röntgengerät für den Arzt. Der Rechnungshof

durchleuchtet sozusagen die Arbeit der Verwaltung, zeigt Symptome auf und gibt an, wo es Fehlfunktionen gibt, und – das ist ganz wichtig – der Rechnungshof trifft nicht nur Feststellungen, sondern er macht uns auch Vorschläge, wie die Landesverwaltung ihre Arbeit verbessern kann. Vor allem für den Finanzausschuss – ich habe es schon gesagt – ist die Arbeit des Rechnungshofs eminent wichtig, zumal der Finanzausschuss – zumindest auf dem Papier – die Hauptverantwortung für Haushalt und Finanzen hat.

Ihnen, Herr Präsident Munding, gilt der Dank der Fraktion GRÜNE, und wir freuen uns auf ein weiteres konstruktives, aber gern auch kritisches Miteinander.

Für uns Grüne ist das Prinzip der Nachhaltigkeit auch bei der Haushaltsführung das große Gebot. Exakt da finden wir die Unterstützung des Landesrechnungshofs. Mit seinen Erkenntnissen kann es gelingen, wenn man will, die Finanzausstattung unseres Landes zu verbessern, gerade vor dem Hintergrund der riesigen Deckungslücken, die wir in unseren Haushalten auch zukünftig haben.

Freilich wäre es manchmal hilfreich, man würde den Vorschlägen des Rechnungshofs etwas mehr folgen. Die Regierungsfractionen fassen immer wieder Beschlüsse, die da lauten, der Bericht des Rechnungshofs sei zur Kenntnis zu nehmen und das Ministerium oder die Regierung möge bitte prüfen, um irgendwann am Sankt-Nimmerleins-Tag wieder zu berichten.

Unsere Vorschläge sehen ein wenig anders aus. Wir sagen: Der Landtag möge beschließen, das Ministerium aufzufordern, bis zum Zeitpunkt X umzusetzen. Es ist meines Erachtens die Aufgabe des Parlaments, mit guten Vorschlägen, die auf der Kontrolltätigkeit des Rechnungshofs basieren, hinterher auch etwas zur Fortentwicklung beizutragen.

Manchmal wäre es schon schön, wenn die Macht der Argumente, die auch immer in der Denkschrift stehen, etwas mehr Gewicht hätte als die Macht der bloßen Mehrheit, die – wie ich meine – hier manchmal nur einer gewissen Verantwortungslosigkeit nachgibt.

Jetzt möchte ich etwas aufgreifen, was der Kollege und Vorsitzende des Finanzausschusses, Herr Ingo Rust, hier vorgelesen hat. In einem zwei Jahre währenden Abstimmungsprozess waren sich alle Fraktionen einig,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

dass es bei diesen strukturellen Veränderungen vor allem um Qualitätsverbesserung geht. „Jeder Euro ist gut angelegt“, sagten Sie, Herr Dr. Scheffold. Wir waren uns einig, und der Ministeriumsvorschlag für diesen Haushalt sieht eine neue personelle Ausstattung beim Landesrechnungshof vor,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das ist doch keine neue Ausstattung!)

und zwar, wie man feststellen kann, kostenneutral.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Beförderungen, Herr Kollege Schlachter, keine neue Ausstattung!)

– Ach was.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Keine neuen Uniformen!)

(Eugen Schlachter)

Die Stellenhebungen sind im Haushaltsplanentwurf vorgesehen. Jetzt passiert im Finanzausschuss etwas völlig Überraschendes: Ohne sich mit den anderen Fraktionen abgesprochen zu haben, kommen die Regierungsfaktionen daher und streichen exakt diese Qualitätsverbesserung, die der Rechnungshof möchte und auch braucht.

(Unruhe)

Herr Dr. Scheffold, ich betone noch einmal: Sie haben recht, jeder Euro ist gut angelegt. Aber der Fakt, den Sie durch die Verabschiedung Ihres Beschlussvorschlags geschaffen haben, ist einfach ein anderer. Ich habe den Eindruck, dass dies ein Strafantrag gegen den Rechnungshof ist. Dieser hat saubere Arbeit abgeliefert. Er hat auch Ihr Handeln immer wieder kritisch hinterfragt. Als Schlagwort nenne ich den Straßenbau, bei dem Sie immer ganz „hip“ sind, wenn Sie eine neue Straße bekommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Die Grünen gehen in Sack und Asche, wenn irgendwo eine neue Straße gebaut wird!)

Der Rechnungshof hat gemeint, dass Sie ein bisschen zu viel planen. Ich habe den Eindruck, diese Kritik war Ihnen nicht so recht.

Ich glaube, dieser ungeheuerliche Vorgang ist beispiellos. Ich bin erst seit zwei Jahren im Landtag, aber ich habe mit anderen Kollegen gesprochen: Es gab noch nie Uneinigkeit über den Haushalt des Rechnungshofs.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wir waren uns einig, aber Sie sind anderer Ansicht!)

Heute stellen Sie uns vor die Alternative, zu sagen: Sollen wir das mitmachen oder nicht? Ich darf Ihnen eines sagen: Wir werden vor diesem Hintergrund genau wie die SPD-Fraktion aus Protest diesem Haushalt des Rechnungshofs so nicht zustimmen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Schade!)

Sie haben aber noch immer die Gelegenheit: Ziehen Sie diesen unsinnigen Antrag zurück, dann können wir zustimmen. Ich glaube, Sie wären damit gut beraten. Wir würden die Tradition des Hauses gern fortsetzen. Aber mit solchen Straffaktionen können wir nicht einig sein.

Danke.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Wetzel das Wort.

**Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Üblicherweise wird – das haben wir heute wieder gehört – die zweite Lesung des Einzelplans 11 von den Fraktionen zum Anlass genommen, die jährliche Denkschrift und die Arbeit des Rechnungshofs zu loben. Diesem Lob kann ich mich anschließen. Ohne die Arbeit des Rechnungshofs wäre vieles anders. Ohne die Arbeit des Rechnungshofs würde man vieles nicht so machen, wie wir es gemacht haben.

Insbesondere muss man dazusagen, dass der Etat des Rechnungshofs der kleinste im ganzen Haushalt ist. Ich möchte aber fast sagen, er ist der effektivste Etat.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Klein, aber oho!)

Die Höhe und die Effizienz stehen nicht in der üblichen Relation zueinander. Der Etat ist wesentlich effektiver.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch einmal Dank an den Rechnungshof. Er ist insbesondere – das muss man sagen – im Ländervergleich sehr effizient; er ist der effizienteste in ganz Deutschland.

(Zuruf: In Europa!)

Nicht alle Anregungen des Rechnungshofs werden aufgegriffen. In manchen Fällen geschieht das zu Recht. Manche Anregungen werden wohl auch deshalb nicht aufgegriffen, weil den Politikern eventuell der Mut fehlt, die Anregungen aufzugreifen und konsequent umzusetzen.

(Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Das stimmt für-wahr!)

Nicht immer und überall ist dies so ausgeprägt, wie es tatsächlich sein sollte. Angesichts der gewaltigen Konsolidierungsaufgaben, die vor uns liegen, werden wir es uns aber kaum noch leisten können, realistische Vorschläge des Rechnungshofs für einen sparsameren, effizienteren Umgang mit öffentlichen Mitteln zu übergehen. Im Gegenteil: Wir werden den gesammelten Sachverstand des Rechnungshofs dringend brauchen, um die anstehenden Konsolidierungs- und Strukturänderungsprobleme im Landeshaushalt und bei uns anzugehen.

Dass wir alle vor diesem Hintergrund auch ein hohes Interesse an einer qualitativ guten Arbeit und an der Verbesserung und Weiterentwicklung der Finanzkontrolle haben müssen, steht außer Zweifel. Wenn der Finanzausschuss – das wurde hauptsächlich gerügt; alles andere ist in Ordnung – dennoch den vom Rechnungshof gewünschten Änderungen der Besoldungsstruktur im ersten Anlauf nicht zugestimmt hat, dann sollte man dies weder als gezielte Brückierung noch als Ungeheuerlichkeit – wie es teilweise von der SPD gesagt wurde – bezeichnen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist aber so! – Abg. Ingo Rust SPD: Nach zwei Jahren! – Weitere Zurufe)

– Ja, nach zwei Jahren. Ich habe es gehört. Ich habe Ihnen aufmerksam zugehört, Herr Rust.

(Abg. Ingo Rust SPD: Ja!)

Auch die Erwähnung der zwei Jahre habe ich gehört.

(Abg. Ingo Rust SPD: Und die Zusage vom Ministerpräsidenten auch?)

Denken Sie doch einfach daran, dass wir von der Koalition einfach gescheitert geworden sind

(Abg. Margot Queitsch SPD: Davon merkt man nichts!)

(Dr. Hans-Peter Wetzel)

und sagen: Wir wollen die Besoldungsstruktur im Gesamtzusammenhang ändern und nicht eine Besoldungsstruktur herausnehmen, sondern wir wollen dies insgesamt. Wir wollen die Besoldungsstruktur in einem Wurf und nicht in zwei, drei oder vier Würfeln ändern. Das war der Grund, weshalb wir uns zu dem Antrag entschlossen haben.

Die bislang vorgesehenen Änderungen der Besoldungsstruktur des Rechnungshofs sollen daher – wie in der Begründung zum Antrag ausgeführt – im Hinblick auf andere besoldungsstrukturelle Vorhaben in der Landesverwaltung bis 2011 zurückgestellt und die Ansätze im Entwurf des Einzelplans 11 entsprechend angepasst werden.

Das ist die Vorgehensweise. Natürlich, muss ich sagen, würde ich mich an Ihrer Stelle auch aufregen. Dafür habe ich Verständnis. Aber ich muss doch darangehen und sagen: Ich werde jeden Tag gescheitert, jeden Tag klüger, und wenn ich das geworden bin, dann muss ich es entsprechend umsetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Ingo Rust SPD:  
Aber nicht, indem man eine Zusage zurücknimmt!)

Dass man diese Entscheidung und insbesondere die Art und Weise ihres Zustandekommens kontrovers beurteilen kann, ist mir bewusst. Ich gehe aber davon aus, Herr Munding, dass die kritische und stets konstruktive und partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Landtag und dem Rechnungshof dadurch nicht beeinträchtigt, sondern weiterhin aufrechterhalten wird und die Vorgehensweise keine Brüskierung des Rechnungshofs darstellt.

In diesem Sinn will auch ich hier dem Präsidenten des Rechnungshofs und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich danken. Wir sind auf ihre Arbeit dringend angewiesen, und sie wissen, dass wir sie auch anerkennen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der  
CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 11 – Rechnungshof.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/5711.

Ich rufe auf

Kapitel 1101

Rechnungshof

Wer stimmt dem Kapitel 1101 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Kapitel mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich rufe auf

Kapitel 1102

Allgemeine Bewilligungen

Wer stimmt dem Kapitel 1102 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Mehrheit für das Kapitel 1102.

Ich rufe auf

Kapitel 1103

Staatliche Rechnungsprüfungsämter

Wer ist für das Kapitel 1103? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das Kapitel mehrheitlich so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der Beratungen über den Einzelplan 11.

Gleichzeitig sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung gelangt.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Nur wegen Herrn Murschel müssen wir morgen nachsitzen! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Blödes Geschwätz!)

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 4. Februar 2010, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 14:57 Uhr**

## **Vorschlag**

der Fraktion GRÜNE

### **Umbesetzung bei den Schriftführern**

Funktion	scheidet aus	tritt ein
Schriftführer	Lehmann	Neuenhaus

03. 02. 2010

Winfried Kretschmann und Fraktion